Nr. 293. 9. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,10 Mark, monatlich 0,70 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 2,10 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 4958.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß Amt I. Nr. 4136.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 14. Dezember 1892. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Eine Musterleistung fiskalischer Sozialpolitik.

Alarmnachrichten von einem Streik der Bergleute in den königlich preußischen Saar-Kohlengruben werden eben von kapitalistischen Blättern in die Welt gesetzt. Vielleicht soll der lahme Börsenverkehr durch dieselben wieder etwas belebt werden, damit in dieser schlechten Zeit ein paar Profitchen für Schlaumeier abfallen. Jedenfalls werden die Genossen im Saarrevier es den Bourgeoisblättern nicht auf die Nase binden, wann sie etwa zu streiken gedenken. Glaubt die Bourgeoispresse an solche Gerüchte, so muß sie allerdings wohl vom Vorhandensein genügenden Anlasses überzeugt sein. Als solchen bezeichnet sie selbst die neue Arbeitsordnung, welche den Bergarbeitern in den staatlichen Saarkohlengruben für den 1. Januar 1893 bescheert werden soll. Ueber diese Arbeitsordnung haben sich die Saarbergarbeiter und die königlich preußische Grubendirektion in Saarbrücken in der That noch nicht geeinigt. Ein Exemplar dieses Entwurfes liegt uns im Wortlaut vor. Derselbe zeigt die „väterliche Fürsorge" des preußischen Staates für seine Arbeiter im schönsten Lichte. Er ist eine Art Urkunde für den Geist, der nach wie vor die preußische Sozialpolitik beherrscht. Es sind ein paar Ecken von der früheren Unternehmer-Brutalität abgeschliffen; im Uebrigen aber könnten Stumm, Krupp und Baare die geplante Arbeitsordnung ohne Bedenken auf ihren Gruben einführen.

Es bleibt in dieser Arbeitsordnung bei der neunstündigen Schicht für die eigentlichen Kohlenhauer, bei der zehnstündigen für die mit Verladung und Förderung Beschäftigten, also gerade für die jüngeren, als Schlepper verwendeten Arbeiter, und bei der zwölfstündigen Arbeitszeit für Maschinenwärter u. s. w. Für möglichste Freihaltung des Sonntags als Ruhetags sind so gut wie keine besonderen Bestimmungen getroffen.*) Für die schwerste Arbeit, diejenige der Kohlenhauer, darf während der ganzen neun Stunden der Umfang der Arbeitspausen eine halbe Stunde nicht überschreiten! Zweistündige Ueberschichten können außerdem in jeder Woche zweimal eingelegt, Nebenschichten bis zu neun Stunden einmal wöchentlich von den Arbeitern verlangt werden, wenn es der Nutzen der Gruben-Verwaltung erheischt und der Arbeiterausschuß „gehört" ist — bekanntlich wurde der letztere dementsprechend zusammengesetzt, und er braucht ja außerdem nur „gehört" zu werden, nicht aber erhört; die staatliche Grubenverwaltung macht doch was sie will. Auf diese Weise kann der preußische Staat nahe an 70 Stunden in 6 Werktagen aus seinen Kohlenhauern herausholen — es lebe der Staatskapitalismus! Verlangt es also der Profit, so sind die staatlichen Arbeiter zur Mehranstrengung verpflichtet — „machen" dagegen „Betriebsstörungen" (wir zitiren wörtlich den § 4 des schönen Entwurfes!) „oder Stockungen des Absatzes die Einlegung von Feierschichten erforderlich, so haben die Arbeiter für dieselben keinen Anspruch auf Lohn." So will es der christliche preußische Staatssozialismus! Man denke sich nur, welche Freiheit — zum Verhungern er dafür seinen Lohnarbeiter gewährt: legt er mehr als zwei Feierschichten wöchentlich ein, so kann der fiskalische Bergmann — seine Entlassung verlangen. Es geht doch nichts über diese Liberalität! Selbstverständlich behält sich die staatliche Grubenverwaltung vor, jugendliche Arbeiter über Tage zu genau denselben früheren und späteren Stunden auszunutzen, wie sie eine bundesräthliche Verordnung abweichend von der Gewerbe-Ordnung für Kohlenbergwerke zuläßt — warum sollte der fiskalische Betrieb in irgend einer Beziehung an Findigkeit dem privaten nachstehen?*) Er verkündet ja auch die schönste Lohnwucherei als Gesetz in § 39 des Entwurfes, nach welchem die Auszahlung des verdienten Lohnes erst „während des auf die Ausführung der Arbeit folgenden Monates stattfindet", und zwar die Hauptlohnung sogar erst in der zweiten Hälfte dieses Monats, eine gütige Abschlagszahlung vorher; er scheut sich nicht, den Bergleuten die „durchschnittlichen Selbstkosten der verbrauchten Sprengmaterialien, Werkzeuge, des Oels und der Unterhaltungskosten der Sicherheitslampen" vom Verdienst abzuziehen, er zieht rückständige Steuern als Gehilfe des Exekutors vom Verdienst ab, er macht den Bergmann für jeden, auch nur durch ein Versehen entstandenen Schaden haftbar und trifft die sinnreiche Vorschrift, daß „wer an Tagen nach Feiertagen, Fastnacht, Löhnungen, Aushebungen, Kirmessen und sonstigen Festlichkeiten ohne Urlaub feiert, auf ebenso viele Tage abgelegt wird, als er gefeiert hat", d. h. mit doppeltem Verdienstverlust bestraft wird — namentlich im Zusammenhang mit der langen Lohnfrist muß diese Anordnung als höchst genial ausgedacht bezeichnet werden; erst vorenthält man dem Arbeiter beinahe sechs Wochen seinen verdienten Lohn, und dann bestraft man ihn recht gründlich, wenn er etwas über die Stränge geschlagen hat, nachdem er das Sauerverdiente endlich in Händen hatte!

Ja, sie sind klug und weise, und sie betrügt man nicht, die königlich preußischen Grubendirektionen! Die Saarbrücker ahmt in ihrem Entwurf einer Arbeitsordnung auch bezüglich der Entlassungsgründe rheinisch-westfälische Schlotbarone recht glücklich nach: sie behält sich neun Fälle vor, in denen sie einen Bergarbeiter sofort entlassen kann, (u. A. wenn er die — Familienangehörigen eines Grubenbeamten beleidigt oder sich „einer besonderen Rohheit schuldig macht"), während dem Arbeiter nur fünf Gründe zum Austritt ohne Kündigung gegeben werden (die „besondere Rohheit" eines Betriebsführers steht natürlich nicht darunter).

Nach dem alten Sprichwort, gemäß dessen dort wo Rauch, auch Feuer ist, steckt also hinter den Alarmmeldungen der bürgerlichen Presse aus dem Streikrevier ein bischen Wahrheit, aber nur jene Wahrheit, welche die Bourgeoisblätter nicht sagen können, weil sie ihren eigenen Auftraggebern damit ins Fleisch schneiden würden: daß der staatliche Kohlenbetrieb im Reich der frommen Zucht und Sitte sich eben nur den blühendsten Privatkapitalismus zum Muster nimmt, wenn er seinen Arbeitern eine Arbeitsordnung zumuthet, wie sie eben im Entwurf die schwarzen Lohnsklaven des Saarreviers empört. Sicher werden die Genossen im Saarrevier dem Staat und der Bourgeoisie nicht den Gefallen thun, in diesen ungünstigen Zeiten zu streiken. Der Unwille über die jetzt schriftlich beurkundete Praxis wird weit besser und sicherer wirken, als ein ungewisser Streik!

*) Ob die Bergbehörde an Vorabenden vor Sonn- und Festtagen die Leute etwas eher entlassen will, ist nach dem Entwurf ganz in ihre Willkür gestellt.

*) Er erlaubt sich ja sogar eine Reihe lästiger Vorschriften für minderjährige Arbeiter außerhalb des Betriebes und erkauft sich wahrscheinlich durch diese „moralische" Fürsorge das Ausbeutungsrecht im Betriebe.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Dezember.

Der zweite Tag der Lesung der Militärvorlage brachte zunächst eine Zustimmungserklärung des Neunkirchener Schlotjunkers Stumm und dann eine „große staatsmännische" Rede des Herrn von Bennigsen. Nachdem die Rede des Herrn von Huene das Zentrum etwas schwierig erscheinen ließ, beeilte sich der nationalliberale Führer, sich und seine Freunde in freundliche Erinnerung zu bringen. Dringend warnte aber Herr von Bennigsen davor, das Experiment von 1887 zu wiederholen. Es ist charakteristisch für die Stimmung im Lande, daß der nationalliberale Redner schlankweg zugab, daß Neuwahlen nur der Opposition zu gute kommen würden und der neue Reichstag viel weniger als der jetzige geneigt sein dürfte, Militärforderungen in annähernder Höhe, wie sie jetzt gefordert werden, zu bewilligen. Der Redner setzt seine Hoffnungen auf eine Verständigung in der Kommission, zu der er alle Parteien einlud, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, von denen Bennigsen mit gutem Grund annimmt, daß sie zu keinem Techtel-Mechtel in der Kommission zu haben seien. Hätte aber in diesem Punkte noch irgendwo ein Rest von Zweifel bestanden, er würde sicher gehoben sein durch die glänzende Rede, mit welcher Bebel den Standpunkt unserer Partei zu der Vorlage und zu dem System der stehenden Heere überhaupt darlegte. Unser Genosse beleuchtete in eingehender Weise unsere politische Lage, welche, eine Folge der Annexion von Elsaß-Lothringen, sich mit dem Worte charakterisiren lasse: Feinde ringsum!

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.) 37

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Zwei Bauern waren es, Mann und Frau, die in ungleichem Schritt daherkamen. Sie wackelten ein wenig und stießen sich zuweilen an die Schulter. Der Mann war von kleiner, untersetzter Gestalt, ein bischen dickbäuchig, roth im Gesicht, aber trotz seiner Jahre noch rüstig; die Frau war lang und dürr und gebeugt, ein trauriger Anblick, die richtige Arbeitsgestalt einer Bäuerin, die von Kindheit an geschafft und nie gelacht hat, während der Mann gezecht und mit den Kunden gespaßt hatte.

Auch Madeleine war ausgestiegen. Der Anblick der beiden armen Wesen ließ ihr Herz erschaudern und stimmte sie unerwartet traurig. Sie erkannten in dem schönen Herrn ihren Sohn nicht, so wie sie nie in der schönen Dame im hellen Kleide ihre Schwiegertochter geahnt hätten.

Stumm und rasch schritten sie dahin, um dem erwarteten Sohne entgegen zu gehen und warfen nicht einmal einen Blick auf die beiden Stadleute, denen ihr Wagen nachfuhr.

Sie wollten vorübergehen. Da rief Georges lachend: „Gu'n Tag, Vatel."

Beide blieben auf der Stelle stehen; zuerst starr vor Staunen, dann ganz dumm vor Ueberraschung. Die Alte kam zuerst wieder zu sich und stotterte, ohne sich vom Fleck zu rühren: „Du .... Du .... sullst unser Sujn ...?"

„Gewiß bin ich's, Mutter Duroy," rief der junge Mann, ging auf sie zu, umarmte sie und gab ihr auf beide Backen einen langen Sohneskuß.

Dann rieb er seine Schläfe an der seines Vaters, der seine Mütze abgenommen hatte, eine schwarzseidene Ballonmütze, wie sie die Viehhändler tragen, und wie sie in Rouen gebräuchlich ist.

Dann sagte Georges: „Das ist meine Frau."

Die beiden Landleute betrachteten Madeleine. Sie betrachteten sie, so wie sie ein Wunder angestarrt hätten, mit Furcht und Unruhe, in die sich beim Vater eine Art befriedigter Genugthuung, bei der Mutter eifersüchtige Feindschaft mischte.

Der Alte, der von Natur heiter und von Alkohol- und Apfelwein-Fröhlichkeit ganz durchtränkt war, nahm sich zuerst ein Herz und fragte mit listigem Augenzwinkern:

„Nu, da kennten wer wull der Tuchter auch an Kuß gaben?"

„Versteht sich," erwiderte sein Sohn.

Und Madeleine bot nicht gerade gern ihre beiden Wangen dem Bauern, der einen lauten Schmatz darauf drückte, nachdem er sich vorher die Lippen mit dem Handrücken abgewischt hatte.

Auch die Alte küßte ihre Schwiegertochter, aber in ihrem Kuß lag feindliche Zurückhaltung. Nein, das war nicht die Schwiegertochter, wie sie sie sich gedacht hatte, die kräftige, frische Pächterstochter mit Backen so roth wie Aepfel. Die sah ja wie ein Häppchen aus, die Dame, die in ihren Spitzen und Schleifen und mit ihrem Muskatparfüm. Denn für die Alte waren alle Parfüms Muskat.

Man setzte sich wieder in Bewegung. Der Wagen, der das Gepäck der Neuvermählten trug, fuhr an der Seite.

Der Alte faßte seinen Sohn unter'm Arm, blieb mit ihm zurück und fragte begierig:

„Nu, wie geht's?"

„Oh, sehr gut."

„Scheen, scheen! Nu, und was hat se mitgebracht?"

„Vierzigtausend Franken."

Der Vater stieß einen leisen Pfiff der Bewunderung aus und konnte nur „Alle Wetter!" flüstern, solchen Eindruck machte die Zahl auf ihn. Dann setzte er ernst und überzeugt hinzu: „Ein verflucht scheenes Frauenzimmer."

Er fand sie auch nach seinem Geschmack, und er hatte seiner Zeit als Kenner gegolten.

Madeleine und die Mutter gingen nebeneinander her, ohne ein Wort zu wechseln. Die beiden Männer schlossen sich ihnen wieder an.

Sie langten im Dorfe an. Es war ein kleines Dorf; zehn Häuser etwa lagen auf beiden Seiten des Weges, strohgedeckte Lehmhütten und kleine Ziegelbauten mit Schieferdächern.

Die Wirthschaft des alten Duroy nannte sich „Zur schönen Aussicht" und war eine alte Baracke, die aus dem Erdgeschoß und dem Boden darüber bestand. Sie lag links, wo das Feld wieder anfing, und ein Fichtenzweig, der nach alter Sitte über der Thür an die Wand genagelt war, sagte dem durstigen Wanderer, daß er hier einkehren könne.

In dem großen Gastzimmer waren schon die Vorkehrungen zum Mittagbrot getroffen. Zwei Tische waren zusammengeschoben und durch zwei Tischtücher verdeckt.

Eine Nachbarin, die in der Küche mithalf, knixte in großer Ehrfurcht, als sie eine so schöne Dame eintreten sah, dann aber erkannte sie Georges und rief: „Jeses! Jeses! Bist Du's denn wirklich, Kleiner?"

— Den Herrn von Bennigsen, welcher im Deutschen Reiche alles im rosigsten Lichte sieht, erinnerte Bebel an den Kulturkampf, die Lebensmittel-Zölle und das Sozialistengesetz. Alles Dinge, welche das Deutsche Reich in erster Linie Herrn von Bennigsen und seinen Freunden verdanke. Nach Bebel betrat der Führer der bayerischen Zentrumspartei, Graf Konrad von Preysing die Tribüne. Derselbe versprach kurz zu sein und — hielt auch Wort. Aus der Rede klang der tiefe Unmuth hervor, welcher bei der bayerischen Bevölkerung durch die Militärvorlage hervorgerufen worden ist. Die finanziellen und volkswirthschaftlichen Bedenken drängen Berge hoch gegen die Vorlage. Der dumpfe Unmuth des Volkes, so meinte der Herr Graf, lehrt, daß es so nicht weiter gehen kann. In Bayern ist die Militärvorlage von Haus aus mißgünstig aufgenommen worden. Das waren alles sehr entschiedene Worte, aber ob Graf Preysing schließlich nicht doch die Vorlage annehmen wird, darüber gab die Rede keine endgiltige Auskunft.

Während die rechte Seite und das Gros des Zentrums die Verhandlungen heute zu Ende führen wollte, wurde von der Linken ein Vertagungsantrag eingebracht. Derselbe wurde per Hammelsprung angenommen und findet deshalb morgen Fortsetzung der Debatte statt.

Die Existenz Deutschlands hängt von der Annahme dieser Militärvorlage ab — sagte der Reichskanzler in der gestrigen Sitzung des Reichstags. Ausnahmsweise stimmen wir einmal mit dem Herrn Reichskanzler überein. Ja, die Existenz Deutschlands hängt von dieser Vorlage ab. Wird sie angenommen, und wird unser Volk unwiderruflich dem Militarismus überantwortet, dann ist Deutschland dem Ruin verfallen und wird bald aufhören, als politische und ökonomische Macht zu existiren. Bei der nächsten Neuwahl — wenn die Auflösung kommt — werden wir das Wort des Reichskanzlers in unseren Aufrufen zu dem unseren machen, nur mit dem Zusatz: Wird sie angenommen, dann sind wir verloren. Also fort mit dieser Vorlage. Und fort mit jedem, der sie befürwortet! —

„Die Militärvorlage ist gefallen," verkündete am Sonnabend triumphirend die „Freisinnige Zeitung". Und wahr ist, daß die Vorlage in dieser Form gefallen ist. Indeß das stand von vornherein so ziemlich fest.

Aber wer da glaubte, daß in dieser Form die Vorlage nicht durchgehen könne, der nahm auch an, daß die Regierung sowohl als die Majorität des Reichstags mit sich handeln lassen werde. Und das Handelsgeschäft wurde wirklich begonnen. Daß es gescheitert sei, kann aus den Reden der Sonnabend-Sitzung durchaus nicht geschlossen werden. Die Rede des Zentrumssprechers Huene ist von den meisten Zuhörern recht falsch aufgefaßt worden. Sie hörten nur das Nein! heraus, welches von dem klugen Zentrumsführer mit Rücksicht auf die Wähler berechnend kräftig und laut ausgesprochen wurde; sie überhörten aber die Verklausulirungen und bedingten Ja, welche berechnend leis ausgesprochen wurden. Gelesen macht die Rede einen wesentlich anderen Eindruck, als gehört. Sie besagt klar und deutlich: das Zentrum ist bereit zum Schachern.

Damit fällt auch die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung vor Weihnachten, von welcher bereits gemunkelt wurde.

Die Vorlage wird in die Kommission kommen; in der Kommission und hinter den Koulissen wird geschachert werden. Und wenn die Wähler ihren Abgeordneten nicht scharf auf die Finger sehen, wird das Schachergeschäft auch zu stande kommen. Bei den Wählern liegt die Entscheidung!

Uebrigens wird jetzt von der, im Ganzen gut unterrichteten „Schlesischen Zeitung" behauptet, der Berliner Magistrat sei angewiesen worden, die Reichstags-Wählerlisten für den 20. Februar d. J. festzustellen.

Gewiß ist, daß die Regierung mit der Möglichkeit einer Reichstags-Auflösung rechnet. Und gut ist es, daß die Wähler stets an diese Möglichkeit denken. —

Den Windthorst'schen Beschlüssen soll die neue Militärvorlage entsprechen — hat der deutsche Reichskanzler gesagt. Man staunt wirklich, wenn man Solches hört; und es ist diese Aeußerung ein neuer Beweis dafür, welche Streiche die Phantasie auch einem nüchternen, verständigen Mann, wie der Reichskanzler es unzweifelhaft ist, spielen kann. Der Wille ist in der That der Vater des Gedankens. Um den gewaltigen Unterschied zwischen Dichtung und Wahrheit jedem vor Augen zu führen, lassen wir nachstehend die Windthorst'schen Resolutionen noch einmal folgen:

1. „Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen Abstand nehmen werden von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller wehrpflichtigen Mannschaften zum aktiven Dienst durchgeführt werden soll, indem dadurch dem Deutschen Reiche geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen müßten."

2. „Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen in eine etwaige weitere Vorlage behufs Abänderung des Gesetzes über die Friedens-Präsenzstärke des Heeres unter Aufhebung der Fristbestimmung des Septennats das Etatsjahr als Bewilligungsfrist aufnehmen werden, während der Reichstag es sich vorbehält, auch bei sonstiger sich ergebender geeigneter Gelegenheit die Durchführung dieser Aenderung der Frist zur Geltung zu bringen."

3. „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine baldige Herabminderung der thatsächlichen Präsenzzeit bei der aktiven Armee, sei es durch die thatsächliche Verlängerung der Rekrutenvakanz, sei es durch Vermehrung der Dispositions-Beurlaubungen, eintreten zu lassen."

4. „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen in ernstliche Erwägung zu ziehen."

Es ist wahrlich eine halsbrecherische Logik, in einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 80 000 Mann eine Herabminderung der thatsächlichen Präsenzstärke, wie sie die Windthorst'schen Resolutionen verlangen, zu erblicken. —

Die Konservativen unter sich. Seit dem jüngsten konservativen Parteitage ist die Fehde unter den Konservativen in hellen Flammen entbrannt. Der Parteitag selbst ging mit lauter Verachtung über die Erklärung der von 21 Abgeordneten unterzeichneten konservativen Reichstagsfraktion hinweg. Auf der ganzen Linie der konservativen Partei giebt es heiße Wortgefechte. Im „gemüthlichen" Sachsen geht es dabei selbstverständlich am „gebildetsten" zu. Das sächsische Regierungsblatt, das sonst mit jedem Antisemitenblatt es in der Hetze aufnehmen kann und für den Antisemitismus in Sachsen der Vorkämpfer war, läßt jetzt alltäglich Wuthartikel regnen, in denen es donnert gegen den Parteitag, der, ohne sich um die konservativen Größen à la Ackermann, Hartmann u. s. w. zu kümmern, die Fahne des Antisemitismus aufpflanzte. Da hat sie aber im eigenen Lager heißen Grimm erweckt, und der Abg. v. Friesen zahlt der „Leipziger Zeitung" böse heim, und beschuldigt sie der bewußten Unwahrheit. Die „Leipziger Zeitung" hatte der großen Mehrheit des Parteitages vorgeworfen, es für die Summe aller politischen Weisheit zu halten, den Radau-Antisemitismus zu übertrumpfen. Herr v. Friesen giebt ihr zu verstehen, daß unter dieser Majorität sich außer dem Kern der Partei, dem konservativen Mittelstande — Handwerker, Gewerbetreibende, Landwirthe u. s. w. —, die höchsten Staatsbeamten, hohe Offiziere a. D., die gesammten aristokratischen Kreise Sachsens angehören. Der Beweis hierfür sei durch die auf dem konservativen sächsischen Parteitage zu Dresden erfolgte einstimmige Annahme seiner vorgeschlagenen Resolutionen, durch die Theilnahme zahlreicher Angehöriger dieser Kreise an dem weiteren allgemeinen deutschen Parteitag in Berlin erbracht. Diese Thatsachen seien der Leitung der „Leipziger Zeitung" bekannt.

Die „Leipziger Zeitung" hat seiner Zeit selbst die Friesen'schen Resolutionen befürwortet. Wenn sie jetzt den Ton ändert, so zeigt das nur, daß der antisemitische Wind nicht mehr von der Regierung her weht. —

Die Militäranwärter. Es wird uns geschrieben: Am vorigen Sonnabend wurde im Reichstag bei der Militärvorlage die Frage aufgeworfen: „Was soll auch künftig mit dem vermehrten Ausbildungspersonal (Unteroffizieren ꝛc.) nachher in der Zivilversorgung werden? Wo sollen wir mit all' den Militäranwärtern hin? Die Antwort darauf dürfte sich aus Nr. 98 des Grimmer Kreisblattes ergeben, welches zwei den Militäranwärtern ausdrücklich vorbehaltene Stellen ausschreibt. Es heißt dort:

Nr. 764. **Bekanntmachung.**

Bei dem unterzeichneten Kreisausschusse sind zwei Lohnschreiberstellen zu besetzen.

Die Anstellung erfolgt gegen eine monatliche Remuneration von anfänglich 5 bis 10 Mark, welche je nach den Leistungen bis zu 40 Mark Höchstbetrag gesteigert werden kann, und ist jederzeit kündbar.

Diese Stellen sind Militäranwärtern ausschließlich vorbehalten.

Grimmen, den 3. Dezember 1892.

Der Kreisausschuß des Kreises Grimmen.

Wahrlich, die Militäranwärter können stolz sein auf das ihnen vorbehaltene Privilegium. Und bei der großen Fürsorge, welche die Regierung schon jetzt diesem Stande widmet, kann man mit Sicherheit annehmen, daß nach Bewilligung der durch die Militärvorlage bedingten Mehrforderung für derartige Stellen sogar 6—11 Mark in Zukunft gezahlt werden.

Sollte es aber zur Auflösung des Reichstages und zur Neuwahl kommen, so werden hoffentlich die ca. 250 000 Mann, welche bei den verschiedenen Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden gegen tägliche Kündigung, absolut unzureichende Diäten und unter zum Theil recht unangemessener Behandlung als sogen. Bureau-„Hilfsarbeiter" beschäftigt werden, ihre Stimme nur solchen Männern geben, welche ein warmes Herz für ihre Interessen haben, und eine solche Ausnutzung gediegener Arbeitskräfte, die durch die allseitige Nothlage gezwungen einen derartigen Hungerlohn annehmen müssen, für einen des Reiches unwürdigen Krebsschaden halten, der beseitigt werden muß.

Solche Männer aber, die Gesuche der Hilfsarbeiter an die Abgeordneten als „Schleichwege" bezeichnen oder gar behaupten: „Das Damoklesschwert der täglichen Kündigung muß über dem Haupt dieser Leute schweben, sonst arbeiten sie nicht", können nicht als geeignete Vertreter ihrer Interessen angesehen werden. —

Dem Reichstage ist eine Denkschrift über die Thätigkeit der physikalisch-technischen Reichsanstalt in den Jahren 1891 und 1892 vorgelegt worden. —

Reichstags-Ersatzwahl in Kaufbeuren-Mindelheim. Amtliches Resultat. Es wurden 15 646 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Oekonomen Ludwig Zinth-Ingenried (ultramontan) 8886 Stimmen, auf den Redakteur des „Vaterland" Dr. Sigl-München (wild) 3105 Stimmen, auf Landgerichtsrath Jos. Wagner-Memmingen (liberal) 2815 Stimmen und auf den Drechslermeister Ulrich Zitt-Irsee (Sozialdemokrat) 826 Stimmen. Die übrigen Stimmen zersplitterten sich. Der Erstgenannte ist somit gewählt. —

Eine Abnahme des Alkoholismus in Berlin glaubt Prof. Siemerling, Oberarzt an der Irrenklinik der Charitee, infolge seiner Untersuchungen annehmen zu dürfen. Aus diesen Untersuchungen macht die „Vossische Zeitung" folgende Mittheilung:

„Er (Prof. Siemerling) hat bei jedem der neu aufgenommenen Trinker vermerkt, das wie vielte Mal dieser in die Krankenpflege der Klinik kam. Dabei hat sich herausgestellt, daß die Zahl derjenigen, die zum ersten Male wegen Trunksucht der Charitee zugeführt wurde, stetig von Jahr zu Jahr herabgegangen ist. Hingegen sind nicht selten alte Trinker immer wiederkehrende Gäste der Klinik. So ist einer in sieben Jahren 17 Mal dort untergebracht gewesen, zwei andere in drei Jahren 14 Mal, einer in elf Jahren 15 Mal. Von ganz besonderem Interesse ist gegenwärtig, wo eine Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer in Frage steht, eine Aeußerung Siemerlings über den Gegensatz, der zwischen der schädlichen Wirkung von Bier und Branntwein in übermäßigen Mengen besteht. „Alle diese Trinker, schreibt Siemerling, sind Schnapstrinker; die wenigen Bier- und Weintrinker erscheinen als ganz vereinzelte Ausnahmen und erklären sich aus dem Berufe der Betreffenden (herrschaftliche Diener, Kellner, Weinreisende)."

Eine nette Gemeindevertretung muß der Gemeinderath und Bürgerausschuß von Stuttgart sein. Sie, die selbst nur aus den Wahlen der Bürger hervorgegangen sind, agitiren mit allen Kräften dafür, daß dem mit mehr als 5000 Stimmen gewählten Oberbürgermeister Rümelin die Bestätigung versagt werde. Diese Agitation dürfte ihnen nichts helfen, wohl aber dürften ihnen die Wähler bei der bevorstehenden Neuwahl der Bürgerausschuß-Mitglieder die passende Antwort ertheilen. —

So langweilig das letzte Bismarck-Interview ist, so enthält es doch einige Aussprüche, die das Charakterbild des Mannes, welcher ein Vierteljahrhundert für die klassischste Verkörperung des deutschen Geistes galt, dankenswerth vervollständigen. In den Reichstag geht er nicht, weil er dem Reichstag Verlegenheiten bereiten würde. Nach Berlin kommt er nicht, weil ihm auf den Straßen zu viel Ovationen (Huldigungen) gebracht würden. „Die wahren guten Arbeiter" wünschen ihn zurück. Und „in Frankreich treibt man jetzt den schlimmsten Sozialismus, indem man einen Lesseps als Dieb vor Gericht stellt." Der „schlimmste Sozialismus" ist also, daß die Spitzbuben zur Strafe gezogen werden. Jetzt begreifen wir, warum Bismarck den Sozialismus so haßt — oder fürchtet. —

Der italienische Senatsskandal — nämlich die schon erwähnte Ernennung einer durch und durch korrupten Persönlichkeit zum Senator und die Austreibung dieser Persönlichkeit aus dem Senat — beschäftigte gestern den Senat zu Rom. Herr Giolitti wurde sehr heftig angegriffen, und seine Vertheidigung war überaus matt. Zur Rechtfertigung dieser und anderer Unregelmäßigkeiten wußte er schließlich nichts anderes zu sagen, als daß alles in Ordnung verlaufen, und es immer so gewesen sei. Die Sache stand für das Ministerium so schlecht, daß es das geplante Vertrauensvotum gar nicht einbringen ließ. Es glaubt also selbst nicht mehr an seine Majorität. —

Zur Ersatzwahl in Carmaux schreibt man uns aus Paris:

Während der Dauer des Ausstandes von Carmaux hat bekanntlich der Schwiegersohn des Hauptbesitzers der dortigen Werke, des Barons Reille, sein Mandat als Abgeordneter des Departements, zu welchem Carmaux gehört, niedergelegt, um den Gegnern nicht noch mehr Anlaß zu geben, über die Verkümmerung des allgemeinen Wahlrechts zu klagen. Es wird sich nun binnen Kurzem darum handeln, dem reaktionären Marquis einen Nachfolger zu geben. Von Seiten der Arbeiter ist ein Kandidat bereits aufgestellt; und diese Kandidatur ist so charakteristisch, daß es sich wohl verlohnt, auf dieselbe etwas näher einzugehen; sie wirft noch nachträglich helle Streiflichter auf die Bedeutung des in Carmaux stattgehabten Kampfes. Das in ein Wahlkomitee verwandelte Streikkomitee nahm von der Aufstellung eines Sozialisten marxistischer Richtung — als

---

„Natürlich bin ich's, Mutter Brulin!" erwiderte er heiter.

„Dann wandte er sich an seine Frau: „Komm in unsere Kammer und leg Deinen Hut ab."

Er ließ sie durch die Thür rechter Hand in ein kahles, weißgetünchtes Zimmer treten. Auf dem mit Fliesen belegten Fußboden stand hinter einem baumwollenen Vorhang ein Bett. Ueber einem Weihkessel hing ein Kruzifix und zwei bunte Bilder, die Paul und Virginia unter einem blauen Palmbaum und Napoleon I. auf einem gelben Pferde darstellten, schmückten allein das saubre, trübjelige Gemach.

Sobald sie allein waren, küßte er seine Frau: „Sei willkommen hier, theure Magda. Ich bin so zufrieden, daß ich die Alten wieder einmal zu Gesicht bekommen habe. Ist man in Paris, so denkt man nicht daran, kommt man aber zu ihnen, so freut man sich doch darüber."

Aber schon klopfte der Vater mit der Faust an die Wand und rief:

„Marsch, die Suppe steht schon auf dem Tisch."

Man mußte sich zu Tisch setzen.

Eine lange, bäuerliche Mahlzeit war es; es gab eine Reihe schlecht auf einander folgender Gerichte: Zuerst eine Hammelkeule, dann Wurstsuppe, dann Eierkuchen. Vater Duroy war dank des Apfelweins und einiger Gläser Bordeaux in so vorzüglicher Laune, daß er den Hahn aufdrehte und seine besten Geschichten zum Besten gab, die sonst nur an hohen Festtagen an die Reihe kamen. Es waren ziemlich schlüpfrige und unanständige Abenteuer, die einem Freunde von ihm, wie er behauptete, passirt waren.

Georges lachte herzlich über sie, obwohl er sie alle schon kannte. Aber die Luft des Vaterhauses machte ihn wie trunken, und die angeborene Liebe zur Heimath, zu den vertrauten Stätten der Kindheit verstärkte den Eindruck noch. All' die alten Empfindungen und Erinnerungen stellten sich wieder bei ihm ein. Alles, was er da sah, und war es noch so unbedeutend, bewegte ihn. Hier in der Thür war noch die Spur seines Messers, das er danach geworfen, dort der zerbrochene Stuhl mahnte ihn an einen Kinderstreich. Der Erdgeruch, der sich mit dem kräftigen Harzduft des nahen Waldes, der Zimmerluft und dem Gestank des Düngerhaufens und der Abgußrinne vereinigte, war ihm so vertraut.

Mutter Duroy sprach kein Wort. Traurig und ernst saß sie da und durchbohrte ihre Schwiegertochter mit ihren Blicken. Haß saß ihr im Herzen. Die alte, arbeitsame Bäuerin mit den abgearbeiteten Händen und den vom harten Schaffen gekrümmten Gliedern haßte diese Städterin, die ihr wie ein verfluchtes und verworfenes, unreines Geschöpf vorkam, zum Nichtsthun geschaffen und zur Sünde. Sie stand fortwährend vom Tisch auf, um neue Schüsseln aufzutragen oder die Gläser mit dem gelben, scharfen Trank aus der Karaffe oder rothen, schäumenden Apfelwein-Champagner aus den Flaschen zu füllen, deren Pfropfen knallend herausflog, als wäre Brause-Limonade darin.

Madeleine aß und sprach nur wenig; ihr war traurig zu Muthe, wenn auch ihr gewöhnliches Lächeln auf ihre Lippen geheftet war, aber in diesem Lächeln lag resignirte Verstimmung. Sie war enttäuscht und geärgert. Warum nur? Ihr Wille war doch dieser Besuch gewesen. Sie hatte genau gewußt, daß sie zu Bauern, kleinen Bauern kommen würde. Wie hatte sie sie sich nur vorgestellt, sie, die sonst nie träumte?

Wußte sie selbst warum? War es, weil die Frauen immer etwas anderes erhoffen, als was wirklich geschieht? Hatte sie sich Georges Eltern aus der Entfernung poetischer vorgestellt? Nein, nur literarischer vielleicht, vornehmer, edler, dekorativer. Und doch wünschte sie sich seine Alten gar nicht so distinguirt, wie sie in Romanen vorkamen. Woher kam es also nur, daß sie sich bei ihnen durch Tausenderlei verletzt fühlte, durch tausend unmerkliche Ungehörigkeiten, ja durch ihre Bauernatur sogar. Was sie sagten, wie sie sich benahmen, worüber sie lachten, war ihr unangenehm.

(Fortsetzung folgt.)

solcher kam Genosse Duc Quercy, der sich bekanntlich fast während der ganzen Dauer des Ausstandes in Carmaux aufhielt, in Betracht — Abstand und wählte in der Person des Professors Jaurès einen Kandidaten, der dem linken Flügel der radikalen Partei angehört. Diese Wahl, die nach reiflicher Ueberlegung getroffen wurde, beweist auf's neue, in einem wie verhängnißvollen Irrthum man sich befindet, wenn man die Vertheidiger der Arbeitersache und die Verfechter des Sozialismus im allgemeinen auf den engen Kreis der Genossen beschränkt wähnt, die den strikt sozialistischen (marxistischen, possibilistischen und blanquistischen) Organisationen angehören. Man darf nicht vergessen, daß hinter dieser Vorhut des Sozialismus, hinter diesen revolutionären Sturmkolonnen noch die große Masse der französischen Demokraten steht und daß erst diese dem Ansturm der ersteren Nachdruck verleiht. Nur dadurch, daß alle überzeugten Republikaner sich mit Energie der ausständigen Arbeiter von Carmaux als der Vertheidiger des allgemeinen Stimmrechts annahmen und so den verhältnißmäßig schwachen Organisationen der ausgesprochenen Sozialisten die nöthige Widerstandsfähigkeit verliehen, ist der Sieg in dem großen Streik davongetragen worden. In richtiger Erkenntniß dieser Sachlage haben die Arbeiter von Carmaux ihren Kandidaten der politischen Gruppe entnommen, die augenblicklich das Bindeglied zwischen den fortgeschrittenen Republikanern und den Sozialisten bildet, der Gruppe, die sich um den jungen thatkräftigen Abgeordneten Millerand schaart. Letzterer hat sich noch kürzlich in einer wichtigen zu Lyon gehaltenen Rede in bezug auf die bevorstehenden allgemeinen Wahlen für ein gemeinsames Vorgehen aller entschieden demokratischen Elemente mit den Sozialisten ausgesprochen und tritt beständig, gemeinsam mit Goblet, dem radikalen Senator des Seine-Departements, und im Verein mit Malon und Fournière, in der Zeitung „La petite republique française" nachdrücklich für dieselbe Idee ein. So begrüßt er auch mit besonderer Genugthuung die Kandidatur Jaurès. „Will man das Gebiet der Versprechungen verlassen", hat Jaurès seinen Wählern geschrieben, „und endlich zu einem Ziele kommen, so müssen sich nach meiner Ansicht zuerst alle sozialistischen Gruppen versöhnen, und dann muß die geeinigte sozialistische Partei die Hand allen den Republikanern reichen, die sich ihr am meisten nähern. Keine Abdankung und keine Heuchelei; aber auch keine eifersüchtige Ausschließlichkeit und kein Bannfluch; das ist meine Empfindung. Ich hoffe, daß es die aller sozialistischen Republikaner von Carmaux ist, welche in dem neulich von ihnen bestandenen Kampfe die Hilfe aller sonst getrennten sozialistischen Gruppen und aller aufrichtigen Demokraten angenommen haben." Millerand fügt diesen Auslassungen folgendes hinzu: „Der Streik von Carmaux hat in der That das erste und lehrreichste Beispiel für die Nothwendigkeit dieses Bundes aller sozialistischen Republikaner gegeben. Dieser Bund hat den Bergleuten den Sieg verschafft; er wird auch die Wahl ihres Kandidaten sichern, die das glückliche und logische Nachspiel des Sieges von Carmaux bilden wird."

Wie der Leser sieht, betrachtet unser Korrespondent das Verhältniß der Sozialisten zu den Bürgerlich-Radikalen in etwas anderem Lichte als wir. Wir können unser Urtheil nicht ändern, wollen jedoch — aus eigener Kenntniß — die Erklärung abgeben, daß an der persönlichen Ehrenhaftigkeit Millerand's ein Zweifel nicht sein kann, und daß er — der persönlich auf sozialistischem Boden steht, aber mit der bürgerlichen Demokratie noch nicht gebrochen hat — den Versuch eines Wahlbündnisses der französischen Sozialisten und Bürgerlich-Radikalen jedenfalls in gutem Glauben macht. —

In Spanien hat das neue liberale Ministerium sofort die Kammern vertagt. Madrid ist in Gährung und republikanische Kundgebungen haben stattgefunden. Es scheint ein Staatsstreich in der Luft zu liegen. Zwischen Staatsstreichen und Pronunciamentos (Volkserhebungen) bewegt sich seit Menschenaltern die spanische Politik. —

Zum Panama-Skandal. Das Gutachten der Aerzte über den Befund der Leiche Reinach's, des Hauptdrahtziehers in dieser Riesen-Schmutzgeschichte ist noch nicht abgegeben. Es steht aber bereits fest, daß Reinach sich vergiftet hat. Und über seinen Tod sind nachträglich auch mancherlei Einzelheiten bekannt geworden, welche uns hoffen lassen, daß volles Licht über die faulen Machenschaften verbreitet wird.

Neuerdings ist Clemenceau und durch diesen der Finanzminister Rouvier in die Sache hineingezogen worden. Eine neue Ministerkrise wäre infolge dessen leicht möglich. —

Parlamentarische Regierung. In verschiedenen Zeitungen wird, um das republikanische Regierungssystem herabzusetzen, der französischen Kammer der Vorwurf gemacht, sie habe das Ministerium Loubet blos deshalb gestürzt, weil Loubet sich dem Willen der Kammer nicht gefügt, und sie habe dem neuen Ministerium Ribot nur deswegen ein Vertrauensvotum gegeben, weil es sich der Kammer unbedingt gefügt habe. Wir dächten, dieser Vorwurf sei das schönste Lob, wir fürchten blos, daß es nach beiden Seiten nicht ganz verdient ist. —

In Belgien wird die Bewegung zu gunsten des allgemeinen Stimmrechts immer leidenschaftlicher; und da die Polizei das Versammlungsrecht nicht achtet, so kommt es zu häufigen Zusammenstößen; z. B. gestern Abend in Gent, wo die Aufregung am größten zu sein scheint. Es sollen dort 30 Personen verwundet worden sein. Jedenfalls wird das Land nicht eher zur Ruhe kommen, als bis das Volk gesiegt hat. —

Die englische Post hat eine wichtige Reform beschlossen: das Briefporto für das gesammte britische Reich soll hinfort nur einen Penny (etwas über 8 Pfennig) für den einfachen Brief betragen. Da das britische Reich die ganze Erde umspannt und in allen Welttheilen große Länderstrecken besitzt, so ist mit dieser Reform der Anfang eines einheitlichen Penny-Weltportos gemacht. Wenn ein Brief von England nach Indien, Australien, Kanada, der Kapkolonie u. s. w. nur einen Penny kostet, dann hat es keinen Sinn, für einen Brief nach Deutschland oder Frankreich, also für eine hundertmal geringere Entfernung, zwei Pence zu nehmen. Nach dem geltenden internationalen Postvertrag beträgt das internationale Porto jetzt das Doppelte des nationalen. Das ist ein nicht zu vertheidigendes Hemmniß des Weltverkehrs. Und es wäre hohe Zeit, daß eine internationale Weltpost-Konferenz, nachdem der Vorgang Englands die praktische Ausführbarkeit bewiesen hat, den Unterschied zwischen nationalem und internationalem Porto aufhöbe und das einheitliche Weltporto von 1 Penny oder 1 Groschen herstellte. —

Die Londoner Polizei will ein anarchistisches Komplott entdeckt haben. Als Entdecker wird der berüchtigte Melville genannt, der schon verschiedene Komplotte — z. B. die Walhall-Verschwörung — gemacht und hernach auch entdeckt hat. —

Ein mysteriöses Nachspiel der Homesteader Tragödie wird von amerikanischen Blättern gemeldet. Es herrscht in Homestead, dem Schauplatz der bekannten Arbeitermetzeleien, eine Art von Belagerungszustand, und Miliztruppen sind dort stationirt, um „die Ordnung" aufrecht zu erhalten. Jetzt heißt es nun, eine große Anzahl Milizsoldaten seien vergiftet worden, und mehrere auch an Gift gestorben. Ein Arzt und Apotheker seien verdächtig. Die Nachricht klingt sehr seltsam; und ist sie nicht ganz erfunden, so handelt es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um irgend einen jener Fälle von zufälliger Massenvergiftung (z. B. durch Mehl), wie sie nicht selten vorkommen. —

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage haben weiterhin stattgefunden in Zeulenroda (Ref. Leven-Gera), Ellen (Referent Gottlieb-Hasledt), Rudolstadt (Ref. Hofmann-Saalfeld), Bielefeld (Ref. Büchel), Dresden-Striesen (Ref. Hermann Schoenfeld).

Ferner hielt Reichstagsabgeordneter Auer in Glauchau, Meerane und Mülsen, St. Niklas überaus stark besuchte Protestversammlungen ab, in welchen die bekannten Resolutionen, wie fast überall in Deutschland, einstimmig angenommen wurden.

* * *

Gemeindewahlen. In Grumbach b. W. wurden in der Klasse der Ansässigen und in der Klasse der Unansässigen je zwei Sozialdemokraten gewählt. Selbst Gutsbesitzer, welche die Sozialdemokratie noch bei der letzten Wahl bekämpften, haben diesmal für uns gestimmt.

In Waldheim (Sachsen), wo unsere Partei zum ersten Male an den Stadtverordneten-Wahlen theilnahm, erhielten wir von 510 insgesammt abgegebenen Stimmen 72.

Bei der Gemeinderaths-Ergänzungswahl in Stötteritz bei Leipzig siegten in sämmtlichen drei Klassen (Höchstbesteuerte, Minderbesteuerte und Unangesessene) die Kandidaten der Sozialdemokratie.

* * *

Zustimmungserklärungen zu den Beschlüssen des Berliner Parteitages liegen weiter vor von den Parteigenossen in Crimmitschau, Gera, Rathenow, Ellen, Herford.

* * *

Parteifinanzen. Crimmitschau: Jahreseinnahme 2681,63 M., Ausgabe 1697,28 M.

* * *

Auf der Agitation. Inmitten von Sturm und Schnee unternahmen am Sonntag ca. 40 Elberfelder Parteigenossen die letzte diesjährige Agitationstour, und zwar ging der Weg nach den Ortschaften Cronenberg, Bergbausen, Sudberg und den umliegenden Höfen. Die sozialdemokratischen Schriften konnten um so besser vertheilt werden, als die Leute durch das tobende Unwetter daheim gehalten wurden. Ueberall kam man unseren Genossen freundlich entgegen. — Volksversammlungen, in denen Genosse Martitke aus Hamburg referirte, fanden, wie das „Hamburger Echo" berichtet, am 8., 9. und 10. d. Mts. in Warnemünde, Rostock und Schwaan statt. Der Redner sprach über die Arbeitslosigkeit und ihre Wirkungen. In diesen Versammlungen durfte nach dem mecklenburgischen Vereinsrecht über Politik nicht gesprochen werden, sondern nur über gewerkschaftliche und wirthschaftliche Angelegenheiten. „In Schwaan ließ der Bürgermeister recht lange auf die Bescheinigung warten. Der Lokalwirth mußte noch kurz vor der Versammlung zu dem Bürgermeister kommen, und erklärte dieser, daß über Bier- und Branntweinsteuer nicht gesprochen werden dürfe. Der dortige Arbeiter-Bildungsverein wurde aufgelöst, weil die Mitglieder angeblich Politik getrieben haben. Auf dem letzten Feste des Vereins ist nämlich die Arbeiter-Marseillaise gesungen worden. Der Geist für freiheitliche Ideen ist im Bereich der mecklenburgischen Agrarier ein sehr guter. Hauptsächlich besuchen die Landarbeiter die Versammlungen und scheuen den Weg von zwei bis drei Stunden nicht."

* *

Was an polizeilichen Liebenswürdigkeiten gegen die Sozialdemokratie Elsaß-Lothringens geleistet wird, geht auf keine Kuhhaut. Nachdem die Polizei die Errichtung sozialdemokratischer Organisationen nicht mehr verbieten kann, seitdem unsere Parteigenossen nur solche mit weniger als 21 Mitgliedern gründen, die keine Vereine im Sinne des französischen Rechtes sind und daher der Genehmigung nicht bedürfen, spinnt sie eine Nummer desselben Fadens weiter, indem sie, gestützt auf Art. 294 des Code pénal, diejenigen Wirthe in Strafe nehmen läßt, welche ihre Lokalitäten unseren Parteigenossen zu den Sitzungen der neuen Organisationen überlassen. Daß jener Artikel nur von „Vereinen" spricht und daß nach französischem Rechte „Vereine" mehr als 21 Mitglieder haben müssen, um von der Polizei abhängig zu sein, bleibt natürlich unberücksichtigt. Die Wirthe müssen nun erst den umständlichen Beschwerdeweg beschreiten, um Organisationen unter 21 Mitgliedern ohne Schaden aufnehmen zu können.

Während die elsässischen Reptilblätter unseren Straßburger Genossen Böhle, der übrigens wieder auf freien Fuß gesetzt ist, wegen seines angeblich tadelnswerthen Verhaltens in der Petri-Versammlung in schandbarer Weise verlästern, rückt die nicht sozialdemokratische Straßburger „Bürgerzeitung" die Angelegenheit mit anerkennenswerther Objektivität ins Helle. Sie schreibt:

„Wer gewöhnt ist, daß in einer politischen Versammlung keine Rang- und Standesvorzüge, keine Staatsräthe und Barone, sondern nur gleichberechtigte Bürger zu finden sind, den hat es, auch wenn er nicht Sozialdemokrat ist, tief verletzt, als der Vorsitzende (Staatsrath Dr. Gunzert) den Redner Böhle, der die Bildung eines Bureaus aus der Versammlung heraus und durch diese ganz korrekt verlangt hat, vom hohen Olymp herab abzukanzeln suchte. Wir sind hier, wir haben beschlossen, das Bureau zu sein, später kommen Sie zum Worte! Diese seltsame Handlungsweise brachte eine starke Erbitterung nicht blos bei den Sozialdemokraten hervor. Das Komitee (die Einberufer der Versammlung) hat sich blamirt. Das Selbstgefühl desselben erinnerte lebhaft an die Zeiten Manteuffel's, nun ja, die Herren sind ja dort so groß geworden." Ueber Böhle sagt das Blatt: „Der einfache Schuster hat sympathische Formen, spricht korrekt deutsch und im großen und ganzen zur Sache." Und über den Schluß der Versammlung: „Den Schußeffekt hatten die Sozialdemokraten, Petri war widerlegt in vielen Punkten; unter diesem Eindruck gingen viele nach Hause. Wollte man Sonne und Wind gleich vertheilen, so mußte der Versuch gemacht werden, die Ruhe herzustellen. Eine kurze Pause hätten die lauten Elemente benützt. Ein einigermaßen geübter Vorsitzender hätte es auch erreicht, freilich Gunzert niemals. Dann hätte man der Sozialdemokratie den moralischen Erfolg des Abends noch entreißen können. Allerdings wäre dann für Herrn Petri die Sache nicht so leicht geblieben. Man hätte ihm noch manches sagen können."

* *

Der Lippesche Landtag soll die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Schnitger für ungiltig erklärt haben.

*

In Celle wurde dem Verein für volksthümliche Wahlen der zur Sylvesterfeier verlangte Saal des städtischen Schützenhauses vom Wirth erst überlassen und dann mit der Behauptung versagt, er müsse sonst befürchten, daß über sein Lokal der Militärboykott verhängt werde. Der Hauptgrund zu dieser Maßregel soll darin bestehen, daß Reichstags-Abgeordneter Meister in der neulich stattgehabten Versammlung mit der Militärvorlage „allzuscharf" ins Gericht gegangen ist. — Mit Ausnahme der Berufsmilitärs, die im Vergleiche zur Gesammtheit des deutschen Volkes ungefähr so viel wie ein Tropfen im Meer bedeuten, ist aber so ziemlich jeder Zivilist der Meinung, daß die Militärvorlage gar nicht scharf genug verurtheilt werden kann. Der Wirth des Schützenhauses zu Celle, der doch vom Zivil und nicht von den paar Militärs leben wird, würde daher nicht klug handeln, wenn er der Militärvorlage zu Gefallen dem Zivil wirklich den Stuhl vor die Thür setzte.

*

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Das Vertheilen sozialdemokratischer Flugblätter an Sonntagen wurde von Polizeibehörden schon mehrfach für Störung der Sonntagsruhe erklärt, trotzdem die Flugblätter unentgeltlich und zwar in den Wohnungen der Bevölkerung abgegeben werden. Die Polizei beruft sich danach mit Unrecht auf die Gewerbe-Ordnung. Die unentgeltliche Vertheilung von Druckschriften in den Wohnungen (nicht auf der Straße, nicht im Korridor ꝛc.) ist keine gewerbsmäßige Beschäftigung und fällt daher nicht unter die Gewerbe-Ordnung. Wo also die Polizei den Versuch macht, durch Berufung auf die Bestimmungen über die Sonntagsruhe die Vertheilung sozialdemokratischer Flugblätter in den Wohnungen zu hindern, mag man ihr erklären, daß man sofort gegen sie Beschwerde führen wird.

— Aus Magdeburg. Die „Volksstimme" hatte in einem Artikel gerügt, daß Genosse Königstedt in Fesseln gelegt worden war. Dadurch ist der Erste Staatsanwalt beleidigt worden und der Redakteur Dr. Lux muß diese Uebelthat mit einem Monat Gefängniß büßen. Die Staatsanwaltschaft wünschte ihn sogar auf ein Jahr hinter Schloß und Riegel.

— Genosse Horn in Kahla (Sachsen-Altenburg) war vor einiger Zeit von einer Rotte Rowdies überfallen und ihm das Gesicht mit Theer beschmiert worden. Ferner hat man ihm das Firmenschild ruinirt. Es ist gelungen, von zwei der Buben, welche zu der Rohheit wahrscheinlich von Gegnern der Sozialdemokratie animirt worden sind, den Nachweis der Thäterschaft zu erbringen. Schilling und Schmalfuß ist der Name dieser Edlen. Sie wurden vom Schöffengericht zu je 12 Tagen Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte auf 4 Tage Gefängniß plädirt, mit dem Bemerken, daß auf Geldstrafe nicht zu erkennen sei, weil von dieser eventuell nur die Hintermänner der Rowdies betroffen würden. Der Gerichtshof ging also über den Antrag der Staatsanwaltschaft noch hinaus, und zwar, wie der Vorsitzende bei der Begründung des Urtheils bekannte, wegen der großen Gemeinheit und Feigheit, welche die Angeklagten bei der That gezeigt hätten.

Soziale Uebersicht.

Aufforderung! Die Lokalkommissions-Mitglieder von Berlin und Umgegend werden nochmals dringend ersucht, dem Unterzeichneten sofort ihre Adressen einzusenden. Dem Ersuchen vom 6. d. M. sind bis jetzt nur zwei zur hiesigen Lokalkommission neugewählte Genossen nachgekommen. Aus der Umgegend Berlins sind von sämmtlichen Ortschaften die Adressen nochmals einzusenden, da die früheren Adressen, wie anzunehmen ist, vielfach Veränderungen erfahren haben werden. Die Provinzpresse bitte ich, obige Notiz abzudrucken. J. Wernau, Rosenstr. 80.

Achtung, Arbeiter! Da bereits geschriebene Listen für die streikenden Korbmacher zirkuliren, so geben wir hiermit bekannt, daß nur die gedruckten, mit dem Stempel der Streik-Kontrollkommission vom 3. Dezember versehene Listen Giltigkeit haben. Etwaige falsche Listen bitten wir anzuhalten.

Das Streikkomitee der Korbmacher.

Aufforderung! Alle Diejenigen, welche ihren Verpflichtungen gegenüber der Agitationskommission der gewerblichen Hilfsarbeiter noch nicht nachgekommen sind, werden hiermit aufgefordert, bis zum 1. Januar 1893 ihren Obliegenheiten nachzukommen; andernfalls werden die Namen der Betreffenden an dieser Stelle veröffentlicht werden. Zahlungen sind bei dem Kassirer Gustav Beland, Reichenbergerstr. 142, zu leisten. Die Agitationskommission.

Aufforderung! Alle Schmiedemeister und Gesellen, denen an einer Aenderung der unhaltbaren Zustände auf unserer Herberge gelegen ist, werden hiermit dringend aufgefordert, zu der heute, Mittwoch, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr, in Hensel's Salon, Invalidenstr. 1, Ecke Brunnenstraße, stattfindenden Versammlung Mann für Mann zu erscheinen.

Das Bureau der vorigen Versammlung.

Gegen 1500 Arbeitslose Magdeburgs wählten in einer Versammlung eine fünfgliedrige Kommission, welche den Magistrat um Beschaffung von Arbeit ersuchen soll. Weitere Arbeitslosen-Versammlungen haben stattgefunden in Bielefeld, Bernburg, Zeitz.

Auch eine Bergarbeiter-Versammlung zu Quichenbach, die am 8. Dezember stattfand und nach Angabe des „Reichsanzeigers" von 500 Personen besucht war, stellte den Streik in Aussicht, für den Fall, daß am 1. Januar die neue Arbeitsordnung unverändert eingeführt werden sollte. — Die „Voss. Ztg." befürchtet, daß an dem Streik 20—30 000 Bergleute theilnehmen werden. (Siehe im Uebrigen den heutigen Leitartikel.)

Wegen zehnprozentiger Lohnherabsetzung stellten die Schmiedearbeiter des Eisenhüttenwerkes Wilhelmshütte bei Trzynietz die Arbeit ein. Man befürchtet noch größere Ausdehnung des Ausstands, falls es zu keiner Einigung kommen sollte. — Warum wird sich denn der Besitzer des Werkes nicht darüber „einig", anstatt eine Herabdrückung der gewiß sowieso kargen Arbeitslöhne vorzunehmen, sich mit einer geringeren Profitrate zu begnügen? Immer soll der Arbeiter Haare lassen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie Rheinland-Westfalens halten am 26. Dezember von Vormittags 11 Uhr an im Linden'schen Lokale zu Hagen i. W., Frankfurterstraße, eine Konferenz ab, die sich mit folgenden Punkten befassen wird: Unsere wirthschaftliche Lage; die Neu-Organisation der deutschen Gewerkschaften, die Beschlüsse des Halberstädter Gewerkschafts-Kongresses, sowie der diesjährigen Branchenkongresse und Verbandstage der Bekleidungsindustrie; Regelung der Agitation.

Krankenkassenwesen. Auf Grund des § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes ist der Kranken- und Sterbekasse für die Fabrikarbeiter des F. Raeuber'schen Messingwerks in Elbing vom Reichskanzleramt die Bescheinigung ertheilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des bezeichneten Gesetzes genügt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, 14. Dezember.

Opernhaus. Martha.
Schauspielhaus. Das Buch Hiob. Die gelehrten Frauen.
Lessing-Theater. Cyprienne.
Berliner Theater. Kean.
Wallner-Theater. Die Großstadtluft.
Kroll's Theater. Der Freischütz.
Deutsches Theater. Die Jüdin von Toledo.
Neues Theater. Logirbesuch.
Residenz-Theater. Im Pavillon (Le Parfum).
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das verwunschene Schloß.
Mésalliance-Theater. Keine Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Thomas-Theater. Der Herrgottschnitzer von Ammergau.
National-Theater. Die Rumpelstilzchen.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Letzte Woche.

Die wilde Madonna.

Gesangsposse in 3 Akten von **L. Treptow**. Couplets von **G. Görns.** Musik von **G. Steffens.** Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. **Köpke**, und neuen Dekorationen v. **Lütkemeyer** in Coburg. In Scene gesetzt von **Adolph Ernst.**
Anfang 7½ Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung:
Modernes Babylon.
Gesangsposse in 3 Akten v. **Ed. Jacobson** und **W. Mannstädt.** Couplets theilweise von **G. Görns.** Musik von **G. Steffens.**
Jeder Besucher der morgen stattfindenden Jubiläums-Vorstellung erhält ein Souvenir-Exemplar gratis.

American-Theater.

Mittwoch, den 14. Dezember:
Zum 50 Male:
Die Trockenwohner,
oder „Das Kind in der Kommode", **parodistisch-realistischer** Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus, von Oskar Wagner. Jeden Abend jubelnder Beifall des urkom. **Bendix:**
Man merkt's am Gang, Da is was mang —

Castan's Panoptikum.

Sensationell!
Prinzeß Topase.
Vorstellungen 11—1 und 4—9½ Uhr stündlich.
Ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Passage-Panopticum.
Der Tigermensch.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
Auf. Wochent. 7½ Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Jeden Mittwoch: 539b
frische Grützwurst.
C. Laeske, Schlächterm. Oranienstr. 2a.

Donnerstag
Auftreten von Kanarienvögel.
539b] **Kommandantenstr. 52.**

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Mittwoch, den 14. Dezember 1892, Abends 7½ Uhr:
Außerordentliche Vorstellung.
Aus dem Progr. besonders hervorzuheben: **Mr. James Fillis** mit dem Schulpferde **Markir.** Vier hohe Schulen, zu gleicher Zeit ger. von den Damen Frl. **Clot. Hager, Oceana Renz, Helga u. Zephora. Mr. Leop. Renz,** d. beste Jockeyreiter d. Gegenwart. Frl. Thora u. Thekla in ihren hervorragenden Produktionen am einf. Reck.
Zum Schluß: **Auf Helgoland.** Aufzug der **Leib-Garde-Artillerie, 1. Garderegiment z. Fuss, Hamby. Bürgerwehr.** Ballet von 82 Damen.
Morgen, Donnerst., Abends 7½ Uhr: **Grosse Vorstellung** mit neuem Progr. und **Auf Helgoland.** Billet-Vorverkauf beim „Invalidendank", Markgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstraße.
Mittwoch, den 14. Dezember, Abends 7½ Uhr:
Gala-Damenvorstellung.
U. A.: Auftr. d. Luftgymnastikerin **Mlle. Marie.** Frl. **Adele Rossi,** Jockey. **Negro,** ger. v. **Mlle. Vidal.** Frl. **Clotilde** und **Natalina,** Reitkünstlerinnen. **Baronesse de Walberg** mit ihrem Schulpferd **Szabadka. 4 Hengste,** vorgef. v. Frl. **Adele. Pas de deux** z. Pf., ausgef. von Frl. **Althoff** u. Hrn. **Lee. Harras,** ger. v. **Miss Blanche. 55 Hengste,** vorgef. v. Dir. **Althoff.** — Donnerstag 7½ Uhr gr. Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Vollständig neues Programm.
Soeurs Leuth, Salon-Athletinnen.
Bernhard-Trio, Parterre-Akrobaten.
Miß Ophelia mit ihren dressirten Cacadus.
Clown Richards, Schnellzeichner und seinem Gänse-Zirkus.
Clara Betoni, bildhübsche Soubrette,
sowie Auftreten sämmtlicher anderer Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77—79.
Täglich:

Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Kinder 10 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen. sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen,
F. Sodtke.

Empfehle Freunden und Bekannten meine
Stehbierhalle
Neue Ross-Strasse No. 19/20
(geöffnet bis 2 Uhr Nachts).
Ausschank von **Patzenhofer, hellem Lager-Bier** (Münchener Brauhaus), sowie **Weißbier.**
Max Sudicatis.

Mittagstisch 40 Pf. Kreuzstr. 14 an der Niederwallstraße, v. 1 Tr. r.

Todes-Anzeige.

Am Montag früh um 6 Uhr entschlief nach kurzem, schweren Leiden meine innigst geliebte Gattin
Marie Saxert
geb. **Hellmann**
im 32. Lebensjahre.
Um stille Theilnahme bittet tiefbetrübt
Rudolf Saxert.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zionskirchhofes (Weißensee) aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Tischler 531b
Aug. Westenberger
am Montag, den 12. Dezember, früh 1½ Uhr sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Jerusalemer Kirchhofs (Rixdorf Herrmannstraße) statt.
Ww. Johanna Westenberger geb. Herbst.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein guter, lieber Mann, Bruder, Schwager und Onkel, der Drechsler 3427L
Friedrich Loss
am 10. d. M., Nachmittags 5 Uhr in Pranitz bei Halle nach 1½jährigem schwerem Krankenlager an der Proletarierkrankheit verstorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma **Bouveron** meinen herzlichsten Dank. 541b
Frau Röhr nebst Kindern.

Danksagung.

Dem Beerdigungsverein der Berliner Zimmerer, sowie den Vereinen „Solidaria" und „Humanität" nebst den Kollegen des Holzzimmermstr. Krausse, sowie seinen übrigen Freunden u. Bekannten für die Theilnahme am Begräbniß unseres Bruders **Wilhelm Grothe** unseren herzlichsten Dank.
537b] **Die Hinterbliebenen.**

Ich nehme die Beleidigung gegen den Arbeiter **Kreis** zurück. [533b
Adolf Wiggert.

Ich nehme die Beleidigung gegen Frau Schmidt zurück und erkläre sie für eine achtbare Frau. 542b
M. Hermsdorf.

Erstes und ältestes
Herren-Garderoben-Geschäft
des Ostens von
Julius Lindenbaum,
Gr. Frankfurterstr. 139,
empfiehlt sich seinen werthen Kunden und Bekannten zum Einkauf von **eleganten Herren-Garderoben.**
Täglicher Eingang von Neuheiten.
Spezialität:
Anfertigung nach Maaß.
Zuschneider im Hause.
Geschäftsprinzip:
Strenge Reellität.
Julius Lindenbaum,
Gr. Frankfurterstr. 139.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg 1785L
H. F. Dinslage,
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Trikottaillenstoff, Blousen, Reisemuster, halbe Preise, Adalbertstr. 43

Meerschaum-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.

Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer **(Lassalle, Marx u. A.)** in **Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Shliponadeln,** Manschettenknöpfen, Stöcken, Brochen, **Büsten. En gros. En détail.**
2274 L **B. Günzel,** jetzt **Lothringerstr. 53,** am Rosenthaler Thor.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr:
Versammlung
in Habel's Brauerei, Bergmannstr.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Uebervölkerung". Referent Herr **Dr. Bernstein.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch wird gebeten. 372/2
Am Sonntag, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag), Abends 6 Uhr, findet im großen Saal **großes Vokal- und Instrumental-Konzert,** verbunden mit komischen Vorträgen, statt. Billets sind bei den Vorstandsmitgliedern und in den Zahlstellen zu haben. **Der Vorstand.**

Wilmersdorf.

Am Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr, im Viktoria-Garten, Wilhelmsaue Nr. 13—14:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. **Die Militärvorlage.** Referent **Alwin Gerisch.** 2. Abrechnung des Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes. — Zahlreichen Besuch erwartet 340/19 **Der Vertrauensmann.**

Pankow—Nieder-Schönhausen.

Mittwoch, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr:
Grosse Volks-Versammlung
in **W. Borchardt's Vereinshaus** zu **Pankow,** Schulzestraße Nr. 23.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Arthur Stadthagen.** 2. Gründung des Allgemeinen Arbeitervereins für Pankow und Umgegend. 3. Statutenberathung und Wahl eines provisorischen Vorstandes. 328/8

Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 2½ Uhr, findet für die II. Abtheilung (grüne Karten) im „Lessing-Theater" eine Vorstellung statt. Zur Aufführung gelangt: 352/15
Die arme Löwin,
Schauspiel in 5 Akten von **Emil Augier.**
Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Pölnitz, Sauer, Wagen und der Herren Brandt, Reicher und Sauer.
Mitglieder zur zweiten Abtheilung werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren,

sowie **ganze Ausstattungen,** empfiehlt
H. Strelow, Rixdorf,
Berliner Strasse 40, am Denkmal.

Zur Nachricht, daß die zur
W. Krause'schen Concursmasse,
Brunnenstraße 43, 1. Etage,
gehörenden Bestände an
Uhren u. Goldwaaren
zu Taxpreisen nur bis Ende dieses Monats verkauft werden. 536b
Auch ist das ganze Geschäft, resp. nur die Ladeneinrichtung zu verkaufen.

Auf die Hausnummer bitte zu achten.
Honigkuchen mit 10 pCt. Rabatt bei kleinen Einkäufen von 1 M. ab. Zuckerwaaren, Marzipan am besten und billigsten bei 3398Zl
J. Sturm, Münzstraße Nr. 5, an der Rochstraße.
J. Sturm (Inh. Karl Meinhardt) Neue Königstr. 42.
Fr. Reinsch, Elsasser- und Gartenstraßen-Ecke.

Musik. Empfehle den Genossen meine selbstverfertigten **Zugharmonika** in nur guter und hocheiner Ausführung zu billigsten Fabrikpreisen. 3190Z
Ad. Franke,
Untersachsenberg (Vogtland).
Für Berlin Muster bei **E. Sparfeld,** Eisenbahnstr. 38, Hof 1 Tr.

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Wintermänteln, Jackets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. 2754L
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Für Raucher.

Offerire direkt ab Fabrik zu Engros-Preisen 719b
100 Stück Messalina M. 4,40
100 „ Castillo „ 4,90
aus besten überseeischen Tabaken. Versand franko gegen Nachnahme.
Stift Quernheim bei Bünde i./W.
Aug. Budde, Cigarren-Fabrik.

Kinderwagen-Bazar Jerusalemerstr. 42 u. Brunnenstr. 6, Hf. pt.
Gr. Weihnachts-Ausverkauf.
Puppenwagen, Kinder-Sportwagen, Leiter- u. Kastenwagen. Billigste Preise.

Meyer's Lexikon, Brockhaus u. Bücher jeder Art kauft **Hannemann,** Kochstr. 56.

Achtung! 445b
Parteigenossen empfehle mein schön eingerichtetes Lokal zum gefälligen Besuch. Vereinszimmer oder Zahlstelle für 40—50 Personen ist Donnerstags, Freitags u. Sonnabends noch zu haben Steinmetzstr. 36a, Restaurateur **Brodlow.**

Empfehle allen Freunden und Genossen mein 3233L
Weiss- und Bairisch-Bierlokal,
Zahlstelle der Zentral-Kasse der Tischler, der Töpfer, des Verbands der Metallarbeiter und des Sanitätsvereins.
Wilhelm Schmidt, Adalbertstr. 16.

Gardinen-Fabrik.

Großes Lager gestickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und cröme. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knape 3206Z
aus **Eutzsch** in Sachsen.
Brunnenstraße 26, 1 Treppe.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. H. p.**

Pelzwaaren.

Einzelverkauf zu Engros-Preisen direkt in d. Werkstatt **Stallschreiberstr. 50/51,** v. 1 Tr., Ecke Alexandrinenstr. 3459

Empfehle den Genossen u. Vereinen meine anerkannt großartige **Saaldekoration,** auch lebende Bilder zu allen Festlichkeiten. **Otto Arendt, Friedrichsbergerstr. 3, v. 1 Tr.**

Laubsägerei- und Kerbschnitzerei-Arbeit, 3405
angenehme und nützliche Beschäftigung für Jung und Alt. Katalog mit über 150 Abbildungen über sämmtl. Werkzeuge, Laubsäge-Masch., Materialien, Vorlagen ꝛc. gratis und franko.
J. Brendel, Markdorf (Pfalz).

Flottes
Obst- u. Gemüse-Geschäft
14 Jahre bestehend ist an Genossen zu verkaufen Mühlenstr. 31. [540b

Kleine Wohnungen jetzt [3429Z
sehr billig
Swinemünderstr. 44 zu vermiethen.

Arbeitsmarkt.

Junges Mädchen oder Frau, welche die Schneiderei erlernen will u. etwas in der Wirthschaft hilft, kann gegen gänzlich freie Station mit einwohnen. Adr. unter **M. H. 106** Postamt 68.

Graveur auf Schildpatt zur Aushilfe verlangt **J. Waldmüller,** Reichenbergerstr. 47, Stat. II. 5338

Arbeiterinnen a. beff. Knabensachen verl. Martin, Reichenbergerstr. 192 I.

Einen tüchtigen **Rahmenmacher** verlangt die Goldleistenfabrik Kottbuser Ufer 32. 5229

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 293. Mittwoch, den 14. Dezember 1892. 9. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

14. Sitzung vom 13. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: Graf von Caprivi, von Maltzahn, von der Planitz, von Safferling, von Bötticher.

Auf Antrag des Abg. Singer wird in die Kommission für Arbeiterstatistik an Stelle des aus dieser Kommission geschiedenen Abg. Schippel der Abg. Molkenbuhr durch Zuruf gewählt und darauf die erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres fortgesetzt.

Sächsischer Kriegsminister **v. d. Planitz**: Bei der Wichtigkeit der Vorlage ist es begreiflich, daß die Frage aufgeworfen worden ist, ob alle Bundesregierungen mit der Vorlage einverstanden sind. Es ist das Gerücht entstanden, daß einzelne Bundesregierungen der Vorlage widersprochen hätten. Davon ist mir aber nichts bekannt geworden. Alle Regierungen haben der Vorlage zugestimmt. Es ist auch hervorgehoben worden, daß einzelne Regierungen der zweijährigen Dienstzeit widersprochen hätten. Was ist denn jetzt die dreijährige Dienstzeit? Sie besteht nur noch zum kleinsten Theile bei der Infanterie und es handelt sich gar nicht um die Frage: Zwei oder dreijährige Dienstzeit. Bereits im Sommer hat die Sächsische Militärverwaltung die Vorlage in den Händen gehabt und konnte ihre Wünsche zur Geltung bringen. Durch die Vorlage wird meiner Ansicht nach keinerlei Schwächung der Armee herbeigeführt, numerisch tritt eine Verstärkung ein und besonders auch eine Verjüngung dadurch, daß die älteren Jahresklassen erst später herangezogen werden. Wenn die sächsische Regierung jetzt auf dem Boden der Vorlage steht, so muß sie wohl einen Fortschritt bedeuten, denn Sachsen hat seit 1860 stets Werth darauf gelegt, daß es seine Schuldigkeit für das Reich thut. Die Vorlage hat auf den ersten Anblick nichts Anziehendes. (Lachen links.) Aber ich möchte sie mit einem Manne vergleichen, der beim ersten Bekanntwerden keinen guten Eindruck macht, der aber im Laufe der längeren Bekanntschaft gewinnt. Ich hoffe, daß es mit der Vorlage ebenso gehen wird.

Abg. **v. Stumm** (Rp.): Ein Theil meiner Freunde ist für die Vorlage, denn wir müssen mit einem Kriege gegen zwei Fronten rechnen, und dabei fällt in das Gewicht, daß wir den Streitkräften unserer beiden Nachbarn, die dabei in Betracht kommen, nicht gewachsen sind. Frankreich hat nicht blos unsere Organisation nachgemacht, sondern hat sie überflügelt. Es kann mit seinen 36 Millionen Einwohnern mehr Streitkräfte aufstellen, wie Deutschland mit seinen 50 Millionen. Jetzt würden wenige Tage nach der Mobilmachung alle Jahrgänge der Landwehr eingezogen werden müssen. Ist die Vorlage geeignet, eine Vermehrung der Armee in quantitativer und eine Verbesserung in qualitativer Beziehung herbeizuführen? Die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht muß angestrebt werden. Herr Richter befindet sich dabei in einem gewissen Widerspruch. Er sieht in der Vorlage einen Triumph des Laienverstandes. (Lebhafter Widerspruch links: In der zweijährigen Dienstzeit!) Das ist doch dasselbe. (Widerspruch links.) Also er sieht in der zweijährigen Dienstzeit einen Triumph des Laienverstandes über die militärischen Autoritäten; andererseits widerspricht er aber der Erhöhung der Präsenzstärke. Wie will er denn die allgemeine Wehrpflicht durchführen, ohne Erhöhung der Präsenzstärke? Die heutige Vorlage ist eine Rückkehr zu den Prinzipien von 1861, die auch eine Verjüngung der Armee darstellten. Wir können dem damaligen Könige nur dankbar sein, daß er allen Anfechtungen zum Trotz diese Organisation, die 1866 und 1870 noch bestand, durchgeführt hat. Man hat sich genöthigt gesehen, das zweite Aufgebot der Landwehr wiedereinzuführen und den Landsturm einzurichten, weil man die hohen Kosten scheute, welche die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht mit der dreijährigen Dienstzeit verursachen würde. Wenn die Regierung jetzt die zweijährige Dienstzeit für durchführbar hält, so sollten wir dafür dankbar sein. Daß man über die Kosten der Vorlage erstaunt gewesen ist, kann ich nicht glauben, denn ursprünglich hat man doch von 80 bis 90 Millionen Mark gesprochen, und nicht von 64 Millionen Mark. Ein Erstaunen über die Vorlage könnte höchstens bei den höheren Offizieren vorhanden gewesen sein in bezug auf die Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Wenn auch eine kleine Verminderung der Qualität der Truppen eintreten sollte, so wird das aufgewogen durch die Verjüngung der Truppen, welche zuerst in das Feuer geführt werden. Die Windthorst'schen Resolutionen stehen der Vorlage nicht entgegen. Die erste Resolution bezieht sich auf die Unerschwinglichkeit der Kosten der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, aber sie ist damals von verschiedenen Seiten nur so aufgefaßt worden, daß sie sich auf die jetzige dreijährige Dienstzeit bezieht. Ich als alter Landwehrmann kann feststellen, daß meine Kameraden und meine Untergebenen damals das Möglichste geleistet haben; aber wir konnten nicht sagen, daß man uns das hätte zumuthen können, was man der aktiven Truppe zugemuthet hat. Die Landwehrleute sind an ein bequemeres Leben gewöhnt und deshalb nicht so felddienstfähig. Es liegt keine Beleidigung darin, daß man sagt, die Landwehrleute können das nicht leisten, was der junge Mann leisten kann. Es wäre eine viel größere Beleidigung für die Landwehr, wenn man sie in erster Linie in das Feuer schickte und die jungen Leute zu Hause ließe. Es wird nicht möglich sein, die Vorlage sofort in einem Tage durchzuführen; es wird eine Reihe von Jahren nothwendig sein, die Vorlage wird Schritt für Schritt durchgeführt werden müssen. Der erheblichste Vorwurf gegen die Vorlage ist die Beseitigung der dreijährigen Dienstzeit. Die Dispositionsurlauber dienen ja nicht einmal zwei Jahre. So groß die Unsterblichkeit des Grafen Moltke ist, so liegt die Sache doch nicht so, daß alles unverändert erhalten werden muß, sondern er hat eine Schule geschaffen, welche die Truppen in den Zustand setzt, der den Zeitverhältnissen entspricht. Ich meine, es ist der Geist des Grafen Moltke, der aus dieser Vorlage spricht. Die zweite Windthorst'sche Resolution, welche sich auf die zweijährige Dienstzeit bezieht, wird durch die Vorlage erfüllt. Die Kosten können dabei nicht ins Gewicht fallen; jetzt müssen wir 50—60 Mill. M. jährlich aufbringen, das bedeutet garnichts gegenüber den 20 oder mehr Milliarden, die wir im Falle eines Krieges zahlen müßten. Außerdem hat sich durch die Wirthschaftspolitik der Wohlstand des Landes so gehoben, daß die Belastung als keine so erhebliche erscheint. Grade diejenigen, welche den jetzigen wirthschaftlichen Niedergang als einen Grund gegen die Vorlage anführen, sollten für dieselbe stimmen, weil die 64 Millionen im Lande bleiben und den Arbeitslosen Beschäftigung geben. (Widerspruch links.) Uebrigens ist der Niedergang kein so erheblicher; die Baumwollenindustrie befindet sich sogar in einem Aufschwung wie seit langer Zeit nicht und ich glaube, daß der Export sich bald wieder heben wird bei anderen Industrien. Mit dem Bimetallismus hat die Sache garnichts zu thun. Es handelt sich darum, wie sollen die Ausgaben aufgebracht werden. Nach meiner Ansicht wäre der Tabak ein sehr viel besseres Steuerobjekt als das Bier. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn statt der Biersteuer eine andere Steuer durchgeführt werden könnte, vielleicht eine Inseratensteuer. Wenn wir jetzt die Wähler vor die Frage stellen; was ziehst Du vor, dreijährige Dienstzeit und sofortige Einberufung als Landwehrmann, oder zweijährige Dienstzeit und Zurückstellung der Landwehrleute im Kriegsfall und dafür 1 M. pro Kopf der Bevölkerung mit der Sicherheit vor feindlichen Angriffen; dann wird kein Wähler zweifelhaft sein. Ich weise weit von mir die Verantwortung dafür, die Hand der Regierung, welche dargeboten ist zur Rettung des Vaterlandes, zurückzuweisen. (Vereinzelter Beifall rechts.)

Abg. **v. Bennigsen** (natl.): Ueber die Vorlage hat ein unglücklicher Stern gewaltet. Wochen- und monatelang kamen bruchstückweise Nachrichten in die Oeffentlichkeit; richtige und unrichtige, zum Theil hinsichtlich der Zahl vollständig übertriebene Nachrichten wurden bekannt. Naturgemäß bemächtigte sich eine große Unruhe der Bevölkerung, und denjenigen Parteien und politischen Persönlichkeiten, welche den Grundlagen der Vorlage widerstrebten, wurde es erleichtert, in der Presse und in Versammlungen der Vorlage entgegenzutreten. Das wurde befördert dadurch, daß sich herausstellte, daß die bedeutenden Summen zur Deckung der Vorlage durch neue Steuerbewilligung beschafft werden müssen. Die Deckung durch Matrikularbeiträge könnte nicht erfolgen wegen der Finanzverhältnisse der Einzelstaaten. Ueber die Art der Deckung, über die Artikel, welche dafür in Aussicht genommen werden, stehen die Ansichten der verbündeten Regierungen nicht fest oder wurden nicht gleichmäßig aufrecht erhalten. Dadurch wurde eine Menge von Interessen beunruhigt und die Heranziehung des Tabaks hatte den Nachtheil, daß alle Zweige der Tabaksindustrie, die schon oft beunruhigt waren, besonders aufgeregt wurden, weil eine Erhöhung der Tabaksteuer kaum durchzuführen war. Um so größer war die Beunruhigung in weiten Kreisen. Dadurch fand eine gewisse Ableitung des Interesses von der wichtigen Militärvorlage auf die Steuervorlagen statt. Die Vorlage enthält gewisse Vorzüge, die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit, welche im liberalen Lager allseitig verlangt wurde, die Verjüngung der Armee u. s. w. Mit den Steuern werden wir uns demnächst noch besonders zu beschäftigen haben; aber ich muß jetzt schon sagen, wenn die drei Steuervorlagen bewilligt werden sollten, geben sie keineswegs eine volle Deckung für die Militärvorlage. Sie geben nur eine Deckung für die laufenden Ausgaben des ersten Jahres von 56 Millionen M. Ob die Vorlagen das wirklich einbringen werden, was die Regierung annimmt, möchte ich bezweifeln. Es fehlt also an der Deckung für die 64 Millionen, welche die Vorlage vom zweiten Jahre ab kosten wird und an der Deckung der einmaligen Ausgaben beziehungsweise deren Verzinsung. Ein Betrag von reichlich 70 Millionen Mark jährlich wird erforderlich sein; damit müssen wir rechnen und wir können davon nichts auf die Matrikularbeiträge abwälzen. Durch die Steuervorlagen ist die Aufmerksamkeit vom Kern der Militärvorlage abgelenkt worden; hätte man sofort die ganze Militärvorlage veröffentlicht, so wäre der Eindruck von den Vorzügen der Vorlage jedenfalls ein anderer gewesen. Die Herabsetzung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre ist eine große Erleichterung für die Bevölkerung. Die Ungerechtigkeit, die in der jetzigen Dienstzeit mit dem System der Dispositionsurlauber liegt, ist überall hart empfunden worden, zumal da bei der Mitwirkung subalterner Stellen Menschlichkeiten nicht vermieden worden sind. Daß die Verjüngung der Armee ein außerordentlicher Vorzug ist, wird wohl allgemein anerkannt; die Ungerechtigkeit wird aus der Welt geschafft, daß die ersten entscheidenden Schlachten von älteren, verheiratheten Männern geschlagen werden, während Hunderte von jungen Männern mangelhaft ausgebildet in der Heimath bleiben. Der gemeine Mann aus dem Volke wird diesen Vorzug auch begreifen. Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 83 000, der Aushebung um 60 000 Mann jährlich ist ein Sprung, wie wir ihn in der Bedeutung bei den Militärvorlagen noch nicht gehabt haben; alles was man seit 1874 gefordert hat, kommt zusammen der jetzigen einmaligen Bewilligung gleich. Die verbündeten Regierungen haben aus allen Reden, abgesehen von Herrn von Stumm, wohl den Eindruck bekommen, daß die Vorlage auf Annahme im vollen Umfange nicht zu rechnen hat. In der Presse und im Hause ist keine Stimme der entscheidenden Parteien für die vollen Zahlen der Vorlage erhoben worden, und ich bedauere, auch im Namen meiner Freunde eine solche Zustimmung nicht in Aussicht stellen zu können. Schon wegen der mangelnden Deckung können wir der Vorlage in vollem Umfange nicht zustimmen. Weiter sind nicht blos bei uns, sondern auch in weiteren Kreisen Bedenken vorhanden, ob es möglich ist, die Umgestaltung auf einmal vorzunehmen, namentlich das Instruktionspersonal sofort zu gewinnen, welches zur Durchführung der Maßregel erforderlich ist; also abgesehen von dem noch nicht ausgeglichenen Manquement in der jetzigen Verfassung, ein Mehr von 2100 Offizieren und 12000 Unteroffizieren. General von Verdy hat selbst von einem etappenweisen Vorgehen für seine Pläne gesprochen, weil das Instruktionspersonal in einem so kurzen Zeitraum nicht beschafft werden kann. Bezüglich der Vermehrung der Spezialwaffen möchte ich nur bemerken, daß von der Nothwendigkeit der Vermehrung der Kavallerie meine Freunde nicht recht überzeugt sind. Das wichtigste ist die Bildung von 173 vierten Bataillonen. Hierüber sind die Begründungen nicht vollkommen ausreichend. Der Reichskanzler und der Kriegsminister haben wohl mit Recht darauf hingewiesen, daß dies am besten in der Kommission geschehen könne; ich muß das abwarten. Ueber militärische Dinge müssen wir uns schließlich hier im Parlament auch ein Urtheil bilden können, wenn auch vielleicht nicht so leicht wie die Militärs. Da halte ich es doch für nothwendig hervorzuheben, daß sowohl wegen der Beschaffung des Instruktionspersonals, als wegen der vierten Bataillone erhebliche Bedenken bestehen. Es wird sehr wesentlich darauf ankommen, zu vermeiden, daß die vierten Bataillone eine minderwerthige militärische Bedeutung erhalten. Hinsichtlich der zweijährigen Dienstzeit ist eine dauernde Aufrechterhaltung im Verwaltungswege in Aussicht genommen. Ich zweifle nicht, daß es in der Kommission gelingen wird, eine Formulirung zu finden, welche die zweijährige Dienstzeit im Gesetz dauernd festlegt. Die Zumuthung kann nicht an uns gestellt werden, daß wir eine Armee besitzen, die den beiden Gegnern nach zwei Fronten hin gewachsen ist. Aber das wird man verlangen können, daß wir den Franzosen vollständig gewachsen sind, namentlich weil die französische Bevölkerung hinter der deutschen um rund 12 Millionen zurückbleibt. Einer Ausgleichung des Vorsprungs, den Frankreich vor uns hat, werden ernsthafte Gründe wohl nicht entgegengesetzt werden können. Im französischen Parlament werden solche Forderungen auch von den Oppositionsparteien genehmigt. Die Neigung zu solchen Bewilligungen ist in Frankreich naturgemäß eine größere als in Deutschland, einmal wegen der Begeisterung der Franzosen für ihren Ruhm und wegen der Neigung, für die Niederlage an Deutschland Revanche zu nehmen. Solche Gründe sind bei uns nicht vorhanden. Nach militärischem Ruhm geizen wir nicht. Unsere Grenzen sind abgeschlossen, wir begehren nicht nach neuen Ländern. Aber in der geographischen Lage Deutschlands ist ein Umstand von schwerem Gewicht vorhanden, daß in Deutschland jeder Zeit das Gefühl, die gesammten Volkskräfte zur Verfügung zu haben, um das zu vertheidigen, was wir 1870 gewonnen haben, mächtig sein muß. (Zustimmung). Der schwere Niedergang der Industrie und des Handels stellt sich jedem neuen Opfer an Steuern entgegen, und es sind manche Umstände in Deutschland vorhanden, welche eine gewisse Mißstimmung verbreitet haben. Es ist Kritik und Unzufriedenheit erhoben gegen manche Maßregel der Regierung; es sind gewiß große und kleine Fehler begangen, welche eine weitgehende Mißstimmung hervorzurufen geeignet waren. Die Autorität der Regierung steht jetzt nicht so hoch und kann auch nicht so hoch stehen, wie in den siebziger Jahren unter dem Eindruck der großartigen Siege und der Wiederherstellung des Deutschen Reiches. Der Abglanz aller Dinge verbreitete sich auf die Häupter der Männer, des Kaisers, des Kanzlers und des großen Schlachtenlenkers, welche den Ruhm der deutschen Nation in sich vereinigten. Das waren Umstände, wie sie kaum in hundert Jahren für eine Nation wiederkehren können. Es folgte ein so großer Aufschwung des Gefühlslebens, des Wirkens und Schaffens, des Volkes selbst, welcher sich überall bemerkbar machte. Wenn solche Zeiten nicht immer wiederkehren können, dann müssen sich Regierende und Regierte daran gewöhnen, daß ein Verhältniß, wie es damals vorhanden war, nicht immer wieder herzustellen ist. Eine Regierung, die Großes erstrebt und große Vorlagen zu machen sich gezwungen sieht, kann nicht immer die Gunst aller Momente für sich in Anspruch nehmen. Eines sprach sehr dafür, daß man jetzt eine so bedeutende Mehrforderung und eine solche Umgestaltung der Organisation des Heeres macht. Wenn für die nächste Zeit die Wahrscheinlichkeit eines Kriegsausbruches vorhanden wäre, würde die verbündeten Regierungen ein schwerer Vorwurf treffen, wenn sie jetzt solche Aenderung in der Organisation vornehmen würden. Daß wir in der Lage sind, durch den Vorrang des Infanteriegewehres, welches wir besitzen, einige Jahre in Frieden zu leben, ist ein großer Vorzug. Nun sagt man: Wir haben die Bündnißverträge, unsere Bundesgenossen können uns einen Theil der Lasten abnehmen. Aber das Hauptgewicht in dem großen entscheidenden Kampf werden doch wir zu tragen haben, nicht blos wegen der europäischen Lage, sondern auch wegen der großen Bevölkerung und weil wir das Meiste in die Waagschale zu werfen haben. Unsere nationale Existenz ist die jüngste. Auf uns wird die Entscheidung ankommen und auf die feste grimmige Entschlossenheit des deutschen Volkes, dasjenige zu erhalten, was wir mit so schweren Opfern erkauft haben. (Zustimmung.) Bei allen Parteien wird dieses Gefühl vorhanden sein, ich möchte keine ausnehmen, bis auf die Sozialdemokraten, denen wir das bei ihrer besonderen Stellung nicht übel nehmen werden. Deshalb glaube ich, daß auch hier wieder eine Uebereinstimmung gefunden wird zwischen den verbündeten Regierungen und dem Parlamente, wie in früheren Jahren. Manche Dinge haben auf eine Verstimmung und Unzufriedenheit hingewirkt. Aber die Verstimmung ist zum Theil unbegründet. Die Aufgabe des Parlamentes wird es sein, dieser pessimistischen Strömung entgegen zu wirken, sich den Kopf und den Willen frei zu halten gegenüber solchen Anwandlungen. Hier mag manches in Deutschland nicht sein, wie es sein soll. Aber so wie vielfach es behauptet wird, sind unsere Zustände doch nicht. Die Zustände in Deutschland sind in ihren Unterlagen auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete immer noch so gesund, wie in irgend einem anderen Land (Zustimmung) und wir dürften keine Neigung haben in den Tausch einzugehen. Bei der augenblicklichen Unzufriedenheit dürfen wir nicht vergessen, daß wir in der Zeit eines großen Umschwunges leben. In Kirche und Wissenschaft, in Technik und Industrie sind seit dreißig Jahren neue Erscheinungen, gewaltige Gegensätze aufgetreten, Probleme ungeheuerster Art, deren Lösung noch nicht gefunden ist. Alle diese Dinge beunruhigen und beängstigen die Menschheit und wenn die Thatsachen des augenblicklichen Lebens hinzutreten, so ist es Aufgabe der gewählten Volksvertretung und der Regierung, der Zukunft fest ins Gesicht zu sehen. Ich denke, der Reichstag wird sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen und es wird zu einer Verständigung kommen, wenn auch nicht der ganzen Vorlage, so doch des Kernes derselben. Bei den verbündeten Regierungen wird aber dasselbe Gefühl der schweren Verantwortlichkeit vorhanden sein müssen wie bei uns. Wenn es sich als unmöglich herausstellt, die ganze Vorlage bewilligt zu erhalten, dann wird die Regierung sich fragen müssen, was sie als absolut erforderlich betrachtet. Dann werden wir im Laufe des Winters zu einer Verständigung gelangen können. Was würde geschehen, wenn eine Verständigung nicht erfolgte? Wenn die Vorlage abgelehnt würde, könnte sich die Regierung eine solche Antwort nicht gefallen lassen; das wäre ein Schlag nicht sowohl im Innern als auch namentlich nach Außen. Die Regierung müßte den Reichstag auflösen. Bei sonstigen Auflösungen war für die Regierung immer eine große Minderheit vorhanden. Eine solche große Minderheit ist für die Vorlage jetzt nicht vorhanden. Es würde eine Verwirrung in die Parteien hineinkommen, wie sie niemals dagewesen ist: der Erfolg würde sein, daß die Neigung, diese ganze Vorlage zu bewilligen, in dem neugewählten Reichstage noch weniger vorhanden wäre als jetzt. Es würde sogar schwierig sein, auch Vorlagen von geringerem Umfange durchzusetzen. Wir fänden dann vor dem Konflikt, den zwar ein alter Staat ertragen kann, ein neuer Bundesstaat aber nicht, jedenfalls nicht auf dem Boden der Heeresverfassung. Hier kann das Parlament zeigen, wenn es sich freihält von vorübergehenden Strömungen, was seine Bedeutung und Wichtigkeit ist. Der Reichstag ist die jüngste von den politischen Mächten. Sie hat noch nicht die volle Gleichberechtigung neben den anderen Mächten: Fürstenthum, Beamtenthum, Militär und Kirche. Nur durch leidenschaftslose feste Führung der Geschäfte, durch den richtigen Gebrauch ihrer Stellung wird sie sich Anerkennung erwerben, und dazu beizutragen, wird auch jetzt wieder Gelegenheit sein. Erfolgt das in einigen Monaten, nachdem in der Kommission die weiteren Mittheilungen gegeben sind, so werden wir das erreichen, daß wir dem Auslande gegenüber den Eindruck hervorgerufen haben, daß wir über solche Fragen nach wie vor uns mit unserer Regierung verständigen können; wir werden damit das Vertrauen unserer Bundesgenossen verstärken, wir werden unsere Gegner zur Vorsicht und Zurückhaltung nöthigen, das Selbstgefühl der Nation erhöhen, wir werden den Frieden durch eine solche gesteigerte Rüstung sichern auf längere Zeit und, wenn wir noch einmal in einen Krieg ungerecht hineingedrängt werden, so werden wir diesen Krieg führen können mit der gesteigerten Sicherheit des endlichen glücklichen Erfolges. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler Graf **von Caprivi**: Ich danke dem Vorredner, daß er die Verhandlungen wieder aus der Menge der Einzelheiten herausgehoben hat auf die nationalen Grundgedanken. Ich muß mir sagen: Wie ist es möglich, daß eine solche Verstimmung eingetreten ist. Erkennt die Nation nicht die schwere Pflicht, welche die Regierung übernommen hat, die Schwierigkeiten in jeder Beziehung, welche der Vorredner geschildert hat? Ich hoffe, daß sein Wort weit über diesen Raum hinaus wirken wird. Der Grundgedanke der Vorlage ist: Ist es möglich, daß Deutschland in die Lage kommt, in dem Kampf um seine Existenz seine ganze Kraft einzusetzen und ist es möglich, dazu die personellen und finanziellen Opfer aufzubringen. Unter einer Menge von Detailfragen tritt dieser allgemeine Gesichtspunkt immer mehr zurück. Der Vorredner hat richtig bemerkt, daß diese Detailfragen in die

Kommission gehören, aber auf einige Punkte möchte ich doch jetzt schon eingehen; weil ich von der Ansicht ausgehe, wie unsere Wehrverfassung entstanden ist und sich eingelebt hat, brauchen wir für jede Aenderung derselben die Theilnahme der Nation, wie für jeden großen Zukunftskrieg, denn es wird nicht möglich sein, daß ein Volk in einen Krieg geführt wird, dem es seine Zustimmung nicht giebt. Deshalb muß auch für die Organisation des Heeres in weiten Schichten der Ueberzeugung Raum geschafft werden, daß sie gut ist und den Zwecken entspricht. Wenn die älteren Offiziere abfällige Urtheile über die Vorlage gefällt haben, so nehme ich diese Urtheile nicht allzu schwer, weil ich weiß, daß jeder hochgestellte General die Möglichkeit hat, seine Anschauungen direkt an die Krone zu bringen und er hat die Pflicht, das zu thun, wenn er in grundlegenden Fragen anderer Meinung ist. Wenn wirklich abweichende Ansichten vorhanden sind und die Betreffenden geneigt sind, sich darüber zu äußern; dann werden diese Aeußerungen an die höchste Stelle und nicht anderswohin gerichtet werden. Es ist der Versuch gemacht, zu erproben, welche Kompensationen nöthig sind, um die zweijährige Dienstzeit einzuführen. Es wurde berichtet, daß von den kommandirenden Generalen in früherer Zeit sich nur ein einziger für die zweijährige Dienstzeit ausgesprochen hat. Das ist nicht ganz richtig. Das kommt auch im wesentlichen auf die Fragestellung an und bei der damaligen Fragestellung würde ich wohl auch gesagt haben: Es geht nicht. Ueber die angestellten Versuche liegen 31 Gutachten vor, die alle darin einverstanden sind, daß der gegenwärtige Zustand der Ausbildung ein unbefriedigender, ungleichmäßiger, für die Kräfte des Ausbildungspersonals erschöpfender ist. 10 Stellen finden die Abhilfe in der vollen Durchführung der dreijährigen Dienstzeit bei gleichzeitiger Verstärkung der Armee; vom militärischen Standpunkt auch das richtige, aber auch ich müßte sagen: Undurchführbar. 21 Stellen sprechen sich für die Möglichkeit des zweijährigen Dienstes aus bei Vermehrung des Ausbildungspersonals, Erhöhung der Etatsstärke der Truppen und Vermehrung der Zahl der Offiziere und Unteroffiziere unter Entlastung von dem Kommando- und dem Arbeitsdienst. Der Vorredner meinte, wir könnten nicht die nöthige Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren beschaffen. Wie war es denn 1861? Da wurde nicht blos die Infanterie verdoppelt, sondern auch bei den anderen Waffen traten erhebliche Verstärkungen ein, und obwohl nichts Besonderes vorgesehen war, fand sich das Material an Offizieren und Unteroffizieren. Eine Schwierigkeit ist damals der Armeeorganisation daraus nicht erwachsen. Die Sache liegt bei uns so, daß wir an Offizieren bei einer Waffe überkomplet, bei andern komplet sind. Wir werden am 1. Oktober 1893 in der Lage sein, nicht allein den gegenwärtigen Etat voll zu haben, sondern auch Ueberschüsse durch die Zahl der Avantageure, und der Anmeldungen, die wir haben, sind wir sicher, daß die Offizierkarriere sich eines großen Zulaufes erfreut, so daß wir alles decken können. Keine Armee der Welt hat ein Unteroffizierkorps, wie die deutsche, nur muß für die Verwerthung der Kräfte das nöthige Aequivalent gegeben werden. Es ist gestattet im Etat, daß Vizefeldwebel als Lieutenants gelöhnt werden und mancher Unteroffizier ist auf diese Weise Zugführer geworden. Sollte Deutschland nicht so viel Offiziere aufbringen können, wie Frankreich? Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob im Kriege nicht Offiziere durch Unteroffiziere ersetzt werden müßten. Das ist nicht nöthig. Wir verfügen über ein Offizierkorps des Beurlaubtenstandes, wie es in der Welt kein zweites giebt und dieses Offizierkorps bringt Eigenschaften mit sich, die für den Krieg die werthvollsten sind. Der Offizier des Beurlaubtenstandes würde mehr leisten können, wenn er als Berufsoffizier gedient hätte; aber für die unteren Stellen bringt er mit, was man verlangen kann: Vaterlandsliebe und ein Ehrgefühl, daß jeder Einwurf dagegen schweigen muß. Es wird gefragt, ob man denn die Reform auf einmal durchführen kann. Man hat sich auf den Vorgänger des jetzigen Kriegsministers berufen. Der Plan desselben ging aber viel weiter und könnte nicht auf einmal durchgeführt werden. Er geht hinaus auf die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Warum soll diese partiell durchgeführt werden? Sollen die Grenzgebiete wiederum mehr belastet werden als die Innengebiete des Reiches? Wir haben keinen Grund in Perioden vorzugehen. Das hat auch einen politischen Grund. Wenn wir erkennen, daß Abhilfe geschafft werden muß, dann müssen wir sofort vorgehen, zumal wir eines längeren Zeitraumes bedürfen, um fertig zu werden. Die Etatserhöhung der Bataillone mit niedrigem Bestande ist eine nothwendige Folge der zweijährigen Dienstzeit, sonst würden wir während der Rekruten-Ausbildungszeit zu schwache Truppen haben. Der Mann würde das Gefühl verlieren, in einer Truppe zu dienen und das ist in militärischer Beziehung sehr bedeutend, namentlich für den Fall der Mobilmachung. Ich habe schon früher ausgeführt, daß die Kompagnien jetzt so viel abgeben müssen, daß das, was übrig bleibt, kein genügender Stamm für die volle Stärke von 200 Mann ist. Durch die Nothwendigkeit der schnellen Mobilmachung sind wir mit Rücksicht auf die Freizügigkeit schon dazu gedrängt worden, daß in die einzelnen Truppentheile nicht die Mannschaften eingestellt werden, welche in demselben gedient haben, sondern die Mannschaften, welche in der Nähe der betreffenden Garnison wohnen und vielleicht ganz wo anders gedient haben. Ein Hauptmann sieht seine ganze Kompagnie und seine Unteroffiziere vielleicht verschwinden und findet sich 200 neuen Personen gegenüber. Vom Geist der Truppe hängt die Leistungsfähigkeit derselben ab; dieser Geist ist begründet in dem Verhältniß der Vorgesetzten zu den Untergebenen; die Regimentsgeschichte trägt einen Truppentheil, aber nur, wenn derselbe nicht bunt zusammengesetzt ist. Die vierten Bataillone sind eine nothwendige Kompensation für die zweijährige Dienstzeit. Denn die Ausbildung muß jetzt eine intensivere sein und deshalb soll den vierten Bataillonen die Arbeit übertragen werden, um die Hauptbataillone zu entlasten, und diese vierten Bataillone sollen den Stamm bilden für die Neuformationen im Kriegsfalle. Daß diese vierten Bataillone sich zu Regimentern auswachsen könnten, ist unmöglich; denn dadurch würden ja die Arbeitskräfte wegfallen, welche allein die zweijährige Dienstzeit durchführbar machen. Diese besonderen Truppentheile, die aber unter dem Kommandeur des betreffenden Regiments stehen, haben auch nichts mit dem „Schwamm" zu thun, den man früher kannte. Das waren Truppentheile, die aus Kompagnien verschiedener Regimenter bestanden und mit diesen nicht in Zusammenhang blieben, die im Kriegsfalle sofort aufgelöst wurden. Dabei wollte Niemand gern dienen. Die anderen Forderungen stehen nicht so eng mit der zweijährigen Dienstzeit in Verbindung. Die Verstärkung der Reservedivisionen ist nothwendig, weil sie bisher aus Landwehrleuten bestanden. Der Laie ist geneigt, die Ausbildung des Infanteristen als einfach anzusehen und danach seine Leistungen im Kriege auch gering zu beurtheilen. Aber es ist schwerer mit dem Tornister zu Fuß nach Paris zu marschiren, als als Artillerist auf der Lafette sitzend dorthin zu fahren oder als Kavallerist dorthin zu reiten. Wie bedeutend die Leistung des Infanteristen ist, geht daraus hervor, daß die Verwundung im Kriege 1870/71 zu 80 pCt. von der Infanterie, 18 pCt. von der Artillerie und 2 pCt. von der blanken Waffe herrührte. Deshalb müssen die Reservedivisionen verstärkt werden, denn sie sind für ihre jetzigen Aufgaben wenig vorbereitet, namentlich in bezug auf die Artillerie; wir müssen diese entnehmen aus den Feldbatterien, die dadurch geschwächt werden. Ein Granatschuß kostet hundert Mal so viel als ein Gewehrschuß. Geht ein Granatschuß fehl, so ist ein erhebliches Kapital umsonst in die Luft verknallt. Der Infanterie bleibt die Hauptrolle, daß wir Abends von dem Fleck Besitz nehmen, den der Feind am Morgen inne gehabt hat. Aber das Vorgehen der Artillerie erleichtert das Vorgehen der Infanterie. Deshalb muß die Artillerie verstärkt werden bei den Reservedivisionen, die immer noch schwach genug sein werden, da sie, zu Armeekorps zusammengestellt, immer noch der Korpsartillerie entbehren. Die Artillerie ist für die Reservedivisionen um so nothwendiger, als sie in ihren Bewegungen etwas langsamer sein werden als die Linientruppen. Bezüglich der Stamm-Eskadrons hat man auf die hannöversche Einrichtung verwiesen. Dieser Hinweis trifft nicht zu. In Hannover gingen Mann und Pferd auf Urlaub und rückten zusammen wieder ein. Hier soll das Pferd in Uebung bleiben? Uebrigens hat die hannoversche Kavallerie bei Langensalza Attacken geritten, die sich sehen lassen konnten. Von einer stärkeren Belastung des platten Landes kann keine Rede sein. Durch die Freizügigkeit sind die jungen Leute in die Stadt gezogen worden; wir wollen aber gerade die Städte jetzt mehr heranziehen und dadurch wird das platte Land entlastet. Es wird darüber geklagt, daß die Leute nach dreijähriger Dienstzeit die schwere Arbeit verlernt haben. Bei zweijähriger Dienstzeit wird diese Entfremdung von der Arbeit nicht so groß sein. Das Wort von den Ferienkolonien war ja eine rhetorische Hyperbel. Daß aber der militärische Dienst für die jungen Leute sehr nützlich ist, habe ich von hervorragenden Industriellen gehört, und ich behaupte, die jungen Sozialdemokraten dienen in ihrer Mehrzahl sehr viel lieber, als man es annimmt. Meine eigenen Erfahrungen sprechen dafür. Ich habe Truppentheile unter mir gehabt, von denen ich annehmen mußte, daß sie sozialdemokratisch gesinnt seien; aber während der drei Jahre ist mir nichts davon zu Augen gekommen; sie haben gleichmäßig gedient. Ich habe daraus den Schluß gezogen, daß diese Leute das instinktive Gefühl hatten, daß die Dienstzeit für diese Leute, welche immer in den staubigen Werkstätten arbeiten, eine gewisse Erholung war. (Beifall rechts.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Ich habe keine Veranlassung, auf die sehr ausführlichen aber sehr ins militärische Detail gehenden Ausführungen des Reichskanzlers einzugehen, bei denen ich übrigens die großen allgemeinen Gesichtspunkte vermißt habe. Nur auf die Schlußworte komme ich zurück, in denen er besonders hervorhob, daß die sozialdemokratischen Rekruten mit voller Lust und Freude ihren militärischen Verpflichtungen obgelegen haben. Das wundert mich gar nicht und beweist nur, daß die Herren von der Rechten und von der Regierung von der Tüchtigkeit der Sozialdemokraten eine ganz falsche Anschauung haben. Ich glaube sogar, daß die Bereitwilligkeit, mit der gerade meine Parteigenossen sich der vorschriftsmäßigen Disziplin gefügt haben, ein Ausfluß der Disziplin ist, die ihnen das Leben beibringt. Die Sozialdemokratie ist also gewissermaßen eine Vorschule für den Militarismus. Wir stehen ja, in dieser Beziehung unterscheiden wir uns von allen Parteien dieses Hauses und von der Regierung, auf dem Boden, daß jeder, der die physischen Kräfte dazu hat, Soldat werden soll. Wir wollen in Wahrheit das durchgeführt wissen, was angeblich die Regierung vertritt, die aber nie das erreicht, was sie erreichen will. Abg. v. Bennigsen hat dagegen polemisirt, daß infolge der übertriebenen Nachrichten in der ersten Zeit eine ganze Anzahl von Personen und Parteien der Opposition Gelegenheit zu Verdächtigungen der Regierung genommen habe, und hat diese Anschuldigung besonders gegen meine Partei gerichtet. Wenn wir uns gegen die Vorlage erklärten, so geschah das aus voller Ueberzeugung; wenn die ersten Nachrichten falsch waren, so sind sie von Organen in die Oeffentlichkeit getragen, von denen man annahm, daß sie genaue Nachrichten brächten. Wir wissen nicht, welcher Art die Pläne waren, die im Anfang im Schooße der Regierung vorhanden gewesen sind. Wenn schon vor 3 bis 4 Jahren der Plan bestand, eine Militärvorlage, ähnlich wie die jetzige, einzubringen, die aber größere Anforderungen stellte, so kann immerhin die Möglichkeit bestanden haben, daß die Zahlen, die schon im Laufe dieses Frühjahrs in die Oeffentlichkeit kamen, vollkommen der Wahrheit entsprachen. Erst die einmüthige Opposition, die in der Presse aller Parteien gegen diese neuen Pläne laut wurde, hat die Regierungen veranlaßt, sich noch einmal genau zu überlegen, ob sie damit kommen könnten. Und da war das Resultat, daß man sich, nachdem man sah, daß auch die neuen Steuern nicht so viel einbringen könnten, auf die gegenwärtige Vorlage zurückzog. Wenn jetzt Jemand über das Schicksal der Vorlage ein klares Bild geben wollte, so wäre er dazu gänzlich außer Stande. Abg. v. Bennigsen hat mit so begeisterten Worten auf die Vorzüge der Vorlage hingewiesen, auf den großen Werth der zweijährigen Dienstzeit, auf die Vortheile der Verfügung der Armee, daß es schließlich ganz befremdlich war, zu hören, daß er nicht geneigt sei, der Vorlage zuzustimmen, wenigstens nicht in ihrem vollen Umfange. Er hat es aber vermieden, sich des Näheren auszusprechen, inwieweit er geneigt ist, mit der Regierung ein Kompromiß zu schließen. Denn daß es dazu kommt, wissen wir ja. Die Regierung wird ein menschliches Rühren fühlen und nachgeben, und schließlich werden sie sich in die Arme fallen, ein Herz und eine Seele. Ueber die Bedeutung der Rede des Abgeordneten v. Huene ist man auch verschiedener Ansicht. Ich meinte, das Zentrum werde sich unter allen Umständen nur dazu herbeilassen, diejenige Ziffer von Rekruten zu bewilligen, welche nöthig ist, um bei zweijähriger Dienstzeit die gegenwärtige Präsenzziffer aufrecht zu erhalten. Da aber das Zentrum in bezug auf die Windthorst'schen Resolutionen ein sehr großes Entgegenkommen der Regierung in der Vorlage findet, so wird das Zentrum wohl bereit sein, einige weitere tausend Mann zu bewilligen. Man wird sich also ungefähr auf die Hälfte des von der Regierung Verlangten verständigen. Das Uebrige folgt dann später nach. Nur Abg. von Stumm hat klar und nett ausgesprochen, daß er und seine Freunde bereit seien, Kleinigkeiten abgerechnet, der Vorlage voll und ganz zuzustimmen. Bei der Nothwendigkeit, die Vorlage anzunehmen, scheinen mir doch nicht so sehr die militärtechnischen und die finanzpolitischen Gesichtspunkte in Betracht gezogen zu sein als die rein politischen Gesichtspunkte. Die Armee soll die Aufgabe haben, die Integrität und die Machtstellung des Deutschen Reiches nach außen unter allen Umständen zu wahren. Sie sind dabei aber in sehr einseitiger Weise verfahren und haben Ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf Frankreich gerichtet. Abg. v. Bennigsen hat den Zuständen und Einrichtungen ein hohes Lob gezollt, die nach dem Kriege von 1870 in Folge der Einheit Deutschlands das deutsche Volk zu genießen gehabt habe. Er versteht es gar sehr gut, die Dinge so zu färben und darzustellen, daß alles schön und glänzend ist. Er hat aber vergessen, daß in den letzten zwanzig Jahren gar böse schwarze Flecken vorhanden sind, er hat vergessen zu erinnern an den Kulturkampf, der das Werk seiner Freunde ist, an die Gründerzeit von 1872/73, an das Sozialistengesetz, das zwölf Jahre auf uns gelastet hat und noch heute auf uns lasten würde, wenn er und seine Freunde hier das entscheidende Wort zu sprechen gehabt hätten, und an die neue Steuerpolitik seit 1879, die dem Volke ungeheure Lasten auferlegt hat. Zwar nach außen hin hat sich die deutsche Macht enorm gesteigert, aber ebenso ist die fortwährende Bedrohung des Friedenszustandes gewachsen und die ganze Steuerkraft des Landes wird von militärischen Rüstungen verschlungen. Erst die Annexion von Elsaß-Lothringen hat die schwierige politische Stellung Deutschlands in Europa verschuldet; daher die Möglichkeit eines Krieges mit doppelter Front. Wir haben nie von einer nackten Zurückgabe der Reichslande gesprochen; immer haben wir eine Verständigung mit Frankreich für nöthig erklärt. Aber das will man nicht und muß daher die Konsequenzen tragen. Fürst Bismarck hat alles aufgeboten, um Rußland für uns freundlich zu stimmen, um diese Koalition Frankreichs mit Rußland zu verhindern, aber alle seine Anstrengungen reichten nicht aus, er mußte den Dreibund schaffen, der seine Spitze gegen Rußland richtet. Man spricht immer von Frankreich und seinen Revanchegelüsten; aber es kann doch nicht bestritten werden, daß ein großer Theil der dortigen Bevölkerung anders denkt und auch der Präsident Carnot sich in ganz friedlichem Sinne geäußert hat. In Frankreich glaubt man, daß Deutschland nur auf den Augenblick wartet, um Frankreich zu überfallen und vollständig zu vernichten. Neben dem linken Rheinufer stehen gerade unsere Ostprovinzen für uns auf dem Spiel bei einem unglücklichen Krieg. Das riesige Rußland ist naturnothwendig auf das Mittelmeer, das Schwarze Meer und die Ostsee hingewiesen, und es folgt dieser Weisung mit großer Energie; man braucht ja nur zu sehen, wie es sich Dänemark für seine künftige Herrschaft in der Ostsee bedient. Das ist in wenigen Strichen die Situation, in der wir uns befinden. Man wird auch in Regierungskreisen diesen Zustand der Dinge ganz genau kennen. Graf Caprivi sagte: Rußland ist gewöhnt, seine politischen Ziele in langsamem Tempo zu erreichen und den günstigen Moment abzuwarten, genau so in militärischen Dingen. Es hat sein Eisenbahnnetz nach dem Westen ausgebaut, seine ungeheuren Armeen nach dem Westen vorgeschoben, um im gegebenen Moment, wenn auch erst nach Jahren, vollkommen gerüstet dazustehen. Liegt die Sache so, dann ist es vom Standpunkt der Regierung vollkommen gerechtfertigt, daß die Regierung mit Anforderungen kommt, wie in dieser Vorlage. Der Reichskanzler hat in seiner Rede vom Sonnabend von der Million waffenfähiger junger Leute gesprochen, die im Fall eines Krieges hinter dem Ofen bleiben. Aber auch nach Annahme dieser Vorlage würde ½ Million noch hinter dem Ofen bleiben. Die vollständige Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht, die auch wir für nothwendig halten, ist in dieser Vorlage nicht gegeben, dennoch erfordert sie kolossale Ausgaben. Wenn sie voll bewilligt wird, wächst der Militäretat im Ganzen auf 708½ Millionen Mark, dazu kommen die Marine-Ausgaben, Pensionen und Zinsen der zur Vervollständigung der Kriegsrüstungen aufgenommenen Gelder, sowie der Reichsinvalidenfonds, so daß die Gesammtsumme auf 913 Millionen steigt. Das sind Ausgaben, die die Nation nicht tragen kann, ohne schon in Friedenszeiten sich aufs Aeußerste zu verbluten. Nach den früheren Verdy'schen Plänen kommt man jetzt mit einer Abschlagszahlung und wird bei späterer Gelegenheit das Ganze fordern, wird mit Forderungen kommen, die ungefähr noch einmal so hoch sind wie die gegenwärtigen. Auch nach dieser Vorlage bleiben jährlich 57 bis 60 000 waffenfähige Mannschaften unausgebildet. Auch das ist nicht wahr, daß die Vorlage in hohem Grade dazu beitrage, größere Gleichheit in der Ausübung der Dienstpflicht herbeizuführen. Auch nach dieser Vorlage werden wir Soldaten haben, die drei Jahre, die zwei Jahre und die ein Jahr dienen. Die Kavallerie und reitende Artillerie wird auch fernerhin drei Jahre dienen, das Privilegium der Einjährig-Freiwilligen aber bleibt auch bei der Kavallerie und Artillerie bestehen. Darüber wird es nicht an Mißstimmung in den betr. Kreisen fehlen, und diese Mißstimmung wird gerade durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit besonders verstärkt. Ist es möglich, daß Söhne privilegirter Eltern in einem Jahre ihre Dienstpflicht erfüllen und dann noch Lieutenants werden, dann werden Sie keinem Menschen klar machen, daß er, weil er das Unglück hat, als Sohn eines kleinen Mannes geboren zu sein, nun zwei oder drei Jahre dienen soll. Der Klassengegensatz bleibt bestehen und hätten Sie für Ihre Söhne nicht das Privilegium des einjährigen Dienstes, dann würden Sie energischer für die zweijährige Dienstzeit auch bei Kavallerie und Artillerie eintreten. Die Ersatzreserve, welche jetzt im Ganzen 20 Wochen übt, läßt man fallen, weil auf diese Art der Soldat nicht kriegsbrauchbar ausgebildet werden könne. Dabei hat jedoch Hauptmann Müller in Württemberg in seiner Broschüre bekundet, daß in Offizierkreisen, obwohl man es nicht öffentlich ausspreche, die Leistungen der 10 Wochen gedrillten Leute als überraschend gute gelten. Der Hinweis auf die Verfügung der Armee ist nur ein captatio benevolentiae, im Ernstfalle ist gar nicht daran zu denken, daß auch nur ein kriegstüchtiger Mann zu Hause bleibt. Im Fall einer Kriegserklärung wird auch der letzte Mann herangezogen werden. Die Nachbarstaaten haben zu diesem Zweck schon eine Organisation eingeführt. Man wird also durch das Versprechen, daß die Landwehrleute zunächst zu Hause bleiben, bei den Landwehrfrauen keinen Erfolg erzielen. Leider haben die Frauen kein Stimmrecht, sonst würde das bei einer Auflösung des Reichstags, an die wir übrigens nicht glauben, zum Ausdruck kommen. Die Versprechung trifft um so weniger zu, wenn man der Regierung in so kolossalem Maße entgegenkommt, wie es nach den Reden der Abgeordneten von Huene und von Bennigsen den Anschein hat. Wenn wir innerhalb von fünf Jahren einen Krieg bekommen, so werden allerhöchstens 300 000 Mann mehr als gegenwärtig ins Feld geführt werden. Die kommen bei der kolossalen Masse, die wir bei einem Kriege nach zwei Fronten ins Feld stellen, gar nicht in Betracht. (Widerspruch.) Wir haben 1888 die Landwehr zweiten Aufgebots und den Landsturm organisirt, weil die französische und russische Armee ähnliche Organisationen ins Leben gerufen haben. Die neue militärische Organisation, nach welcher auch der letzte Mann herangezogen wird, geht von einem Manne aus, der in seinen jüngeren Jahren nie eine Flinte getragen hat, nämlich von dem bürgerlichen französischen Kriegsminister Freycinet. Dies und der Umstand, daß Gambetta, nachdem die kaiserliche Armee Frankreichs zu Boden geschmettert war, neue Heere aus dem Boden stampfte und fünf Monate lang den Krieg fortsetzte, giebt zu denken. Man sollte nicht mit souveräner Unterschätzung auf die Unkenntniß der Bürgerlichen in militärischen Dingen herabsehen. Die Politik der Regierung hat Deutschland in eine außerordentlich gefahrdrohende Lage gebracht, und Deutschland muß beim Ausbruch eines europäischen Krieges mit Aufbietung aller Kräfte kämpfen, wenn es in der Reihe der selbständigen Völker bleiben will. Nach Annahme dieser Vorlage können sie aber nicht die gesammten Kräfte der Nation heranziehen, auch nicht vom finanziellen Standpunkte. Wenn wir in der Lage sein sollen, für den Fall der Gefahr mit den nöthigen Mitteln ausgerüstet zu sein, müssen wir in der Friedenszeit unsere Mittel nach Möglichkeit schonen. Diese Schonung ist aber nur möglich, wenn der alte Scharnhorst'sche Gedanke in vollem Umfange verwirklicht wird, und zwar auf derselben Basis, wie sie Scharnhorst hat durchführen wollen. Der Gedanke war übrigens nicht im Kopfe Scharnhorst's entsprungen. Er war schon vorhanden und praktisch durchgeführt in dem großen amerikanischen Befreiungskampf, sowie in dem Kampfe der jungen französischen Republik fast gegen alle europäischen Staaten. Damals wurden unter Carnot, dem Großvater des jetzigen Präsidenten, alle waffenfähigen Mannschaften unter Beseitigung alles Drills und alles Gamaschendienstes ausgebildet. Bei Durchführung des Scharnhorst'schen Gedankens wurden alle drei Monate neue Rekruten eingezogen und dadurch Preußen in die Lage versetzt, im Kriege 1813 die entscheidende Rolle zu spielen. Nach Beendigung des Krieges haben natürlich die Berufssoldaten sofort alles aufgeboten, um den alten Scharnhorst'schen Gedanken nach Möglichkeit zu verballhornisiren. Der Berufssoldat ist eben der ganz natürliche Feind des Volkssoldaten, und so lange die Berufssoldaten über unsere Militärorganisation zu entscheiden haben, werden wir nicht zu einem Volksheere gelangen; es sei denn, daß ähnliche Verhältnisse wie 1807 eintreten, wo die revolutionäre Kraft der Nation aufgeboten wurde, um das zu leisten, was die Berufssoldaten nicht leisten konnten. Das Buch des Generallieutenants v. d. Goltz über Gambetta und seine Armee ist ein Panegyrikus auf eben diesen Gambetta. Welche ungeheure Kraft liegt in einer Nation! so ruft v. d. Goltz aus, wie auch seiner Zeit Gneisenau. Der Krieg gegen Frankreich wäre, nachdem Gambetta neue Armeen aus dem Boden gestampft hatte, möglicherweise anders ausgefallen, wenn eben die Armee andere Führer gehabt hätte. Auch Freiherr v. Manteuffel hat bei Gelegenheit mit großer Anerkennung von der Gambetta'schen Armee gesprochen. Seine diesbezüglichen Auslassungen stehen im Widerspruch zu seinen Aeußerungen vom letzten Sonnabend, wo er die zweijährige Dienstzeit eine große Gefahr für die Tüchtigkeit der Armee nannte. Preußen hat durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auch die anderen Staaten Europas gezwungen, dieselbe einzuführen. Heute haben wir in dieser Beziehung keinen Vorsprung mehr; es besteht nur noch ein quantitativer Unterschied in den

Armeen. Wenn Deutschland wiederum einen wirklichen Vorsprung vor allen übrigen Staaten Europas haben will, dann bleibt nichts Anderes übrig, als den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht im vollen Umfang zur Durchführung zu bringen und ein allgemeines Volksheer, eine Volksbewaffnung durchzuführen, wie wir sie wünschen. Die Schweiz hat das Milizsystem, aber nicht die allgemeine Volksbewaffnung. Dennoch ist die schweizerische Wehrkraft von 408 000 Mann auch so schon höchst achtunggebietend. Bei dem gegenwärtigen Milizsystem wird in der Schweiz viel zu sehr militärische Spielerei getrieben: Die Uniformirung ist unpraktisch, und der schweizerische Kavallerist ist der schwerfälligste Soldat, den ich mir denken kann. Es ist nothwendig, daß von frühester Jugend an unsere Kinder zu militärischen Uebungen in Verbindung mit den Turnübungen herangezogen werden, wie auch Frhr. v. d. Goltz bereits 1877 richtig anerkannte. Im März d. J. wurde mir von einem Einjährigen des 7. Bayerischen Infanterieregiments mitgetheilt, daß bei einer parademäßigen Uebung, die er und die übrigen Einjährigen zu machen hatten, der Offizier erklärt habe: es kommt mir garnicht darauf an, ob Ihr etwas lernt, sondern nur daß Ihr eine gute Figur macht. Derselbe Einjährige schrieb mir, daß seine Kompagnie nur siebenmal eine Felddienstübung hatte und im ganzen Jahre nur eine Felddienstübung im Regiment. Als die Erwerbung eines Geländes zu Felddienstübungen in Frage kam, verbot der Oberst den Ankauf des geeignetsten Terrains, weil zufällig einige Offiziere die Jagd darauf gepachtet hatten. Auch in der bekannten Broschüre „Videant consules“ wird gesagt, daß der Gamaschendienst in hohem Grade eingeschränkt werden müsse, und es unterliegt keinem Zweifel, daß dies möglich ist, wenn militärische Jugenderziehung eingeführt wird. Auch die Wirkungen in physischer Hinsicht sprechen unter dem gegenwärtig herrschenden System gegen die Vorlage. Die Landbevölkerung stellt im Verhältniß etwa 1½ Mal so viel zur Armee als die städtische. Dieser Zustand wird in demselben Maße ungünstiger werden, wie das Land sich immer mehr entvölkert und die Industriebevölkerung zahlreicher wird. Diesen Momenten sollten die Herren vom Bundesrathstische die höchste Aufmerksamkeit schenken. Es ist dringend nothwendig, für eine gesunde physische Entwickelung der Bevölkerung zu sorgen, was heute garnicht geschieht. Wir brauchen nicht blos gesunde Männer, sondern auch gesunde Frauen, die gesunde Kinder zur Welt bringen können. Eine gründliche, tief eingreifende Arbeiterschutz-Gesetzgebung muß geschaffen und im höhern Grade für den Schutz der Arbeiterfrau gesorgt werden. Wir brauchen ein kräftiges Geschlecht nicht blos zur Fortentwickelung des Staats, sondern für die Wehrfähigkeit der Nation, damit wir im gegebenen Falle den äußersten Anforderungen gerecht werden können. Das ist aber bei dem gegenwärtigen System unmöglich. Unsere Bevölkerung ist 12 Millionen größer als die Frankreichs und auch die Vermehrung der deutschen Bevölkerung ist verhältnißmäßig. Aber was wir in bezug auf Frankreich voraushaben, das sind wir in bezug auf Rußland zurück. Es bleibt nichts übrig, als zu dem Reservoir von Kräften zu greifen, welches in der vollen allgemeinen Wehrpflicht liegt, um so mehr, als das gegenwärtige Reservoir bei der Landbevölkerung immer mehr und mehr abnimmt. Der heutige Militarismus wirkt wider Willen revolutionär, dadurch, daß der vom Lande kommende Soldat in den großen Städten andere Lebensanschauungen und Genüsse kennen lernt. Von den 65 000 Mann, die neu gefordert werden, wird wenigstens 45—50 000 Mann das platte Land zu stellen haben, den Rest die städtische Bevölkerung. Auch dieses Moment sollte Veranlassung sein, um einen Wandel von Grund aus herbeizuführen. Immer neue Lasten werden der Nation auferlegt, und dabei zeigt eine Statistik der jüngsten Zeit, daß die Konsumtionsfähigkeit und damit die Leistungsfähigkeit unserer Nation bedeutend abnimmt. Für München ergiebt diese Statistik, daß von 1889/91 die Zahl des verbrauchten Rindviehs um 18 000, der Kälber um 14 000, der Eier von 88 auf 86 Millionen gefallen ist, dagegen wurden statt früherer 989 gegenwärtig 1755 Pferde geschlachtet. Diese Statistik, für ganz Deutschland aufgenommen, würde dasselbe Bild für alle übrigen Staaten ergeben. Auch in Berlin ist der Fleischverbrauch bedeutend zurückgegangen. Die Bier- und Branntweinsteuer wird wiederum besonders die arbeitenden Klassen treffen und in dieser Zeit des allgemeinen Nothstandes doppelt drücken. Es ist ein wunderbarer Widerspruch, in dem sich Regierung und Reichstag bewegen, daß in einer Zeit der allgemeinen Nothlage, wo Hunderttausende von Arbeitern brotlos sind, der Verdienst herabgesetzt wird, und der kleine Bauernstand in ähnlicher Lage sich befindet, man nichts anderes zu thun hat, als jetzt die Lasten zu vermehren. Gerade dieser Widerspruch zwischen dem Stande der Dinge und der Theorie erzeugt in weiten Kreisen eine große Masse von Unzufriedenheit und Verbissenheit. In einer solchen Zeit will man dem Militärmoloch von neuem den Rachen füllen; an allen übrigen Stellen wird gespart und wieder gespart, nur um die Kosten für das Militär herauszubekommen. Die Beamtengehälter werden nicht aufgebessert, die Löhne der Arbeiter in den Staatswerkstätten herabgesetzt, den Eisenbahnschaffnern werden die Pelze genommen, sie sollen sie sich selbst schaffen, für die hungernden Schullehrer ist nur eine lumpige Summe übrig. Bei solchen krassen Widersprüchen zwischen der allgemeinen Volksnoth und dem Bedürfniß der Militärverwaltung, da glauben Sie ernsthaft, daß das Volk ruhig diese Vorlage hinnehmen wird? Wird sie angenommen, so greifen Sie damit unserer Partei unter die Arme, wir aber erklären uns gegen die Vorlage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf **Pretzsing**-Straubing (Zentr.): Der Zentrumsstandpunkt ist auch der meine. Ich habe nur das Wort ergriffen, damit auch ein Bayer zum Wort kommt. Eine Verständigung auf der Basis dieser Vorlage wird schwer sein. Die Windthorst'schen Resolutionen, welche sich den Verdy'schen Plänen entgegenstellten, sind auch mir Wegweiser. Die finanziellen und wirthschaftlichen Gründe, welche hergehoch gegen die Vorlage heranbrängen, vorzuführen, unterlasse ich. Die militärischen Gründe gegen die Vorlage hat schon Herr von Manteuffel hervorgehoben. Herr von Bennigsen, der die Vorlage in gewissem Sinne unterstützt haben soll, erklärt, wenn wir in wenigen Jahren vor einem Krieg ständen, würde die Regierung ein schwerer Vorwurf treffen, daß sie diese Vorlage gebracht hat. Ob daraus eine Unterstützung hergeleitet werden kann, lasse ich dahingestellt. Wenn ich den Unmuth gewahre, der das Volk erfüllt, dann meine ich, das kann so nicht weiter gehen mit der Häufung der Lasten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die neuen Lasten an sich sind erträglich, sie kommen aber zu den bestehenden Lasten hinzu. Dann liegt der Nachtheil der Vorlage darin, daß sie fortzeugend stets neue Lasten gewähren muß (Zustimmung links), während der Vortheil erst in 24 Jahren eintreten soll. Auf der selbständigen wirthschaftlichen Existenz faßt die wahre Vaterlandsliebe tiefe gründliche Wurzel. Die Militärvorlage wurde von Anfang an nicht günstig aufgenommen. Man hat das deutsche Volk das Volk der Denker genannt; jetzt denkt das Volk und sieht mit wachsender Sorge in die Zukunft.

Da bei einem Vertagungsantrag die Abstimmung zweifelhaft ist, wird zur Zählung geschritten, welche die Annahme des Vertagungsantrages mit 152 gegen 88 Stimmen ergiebt.

Schluß nach 4½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Fortsetzung der ersten Berathung des Militärgesetzes; Antrag Liebermann v. Sonnenberg, betr. die Einstellung des Strafverfahrens gegen Ahlwardt; erste Lesung des Gesetzentwurfes, betr. die Ersatzvertheilungen.)

Lokales.

Die neue Baupolizei-Ordnung für die Vororte von Berlin ist nunmehr erschienen. Sie ist durch Verordnung des Regierungspräsidenten von Potsdam, Grafen Hue de Grais, unter dem 5. d. M. erlassen und tritt am 1. Januar 1896 unter gleichzeitiger Aufhebung aller entgegenstehenden Bestimmungen in Kraft. Der Baupolizei-Ordnung, welche in der soeben erschienenen Nummer des „Zentralblatts der Bauverwaltung“ vom 12. d. M. veröffentlicht ist, sind zwei Anlagen beigefügt, deren erste den Geltungsbereich der Verordnung betrifft, der sich nur auf die Vororte der Kreise Teltow und Niederbarnim, sowie die Gemarkung Charlottenburg außerhalb der Berliner Ringbahn erstreckt; innerhalb der Ringbahn bleibt also die Berliner Bauordnung in Kraft. Die zweite Anlage enthält das Verzeichniß der Bezirke, die der Landhaus-Bebauung vorbehalten werden. Aus den 46 Paragraphen umfassenden Bestimmungen heben wir einige der wichtigeren hervor. Abweichend von der Berliner Bauordnung ist die Bestimmung über die Berechnung der bebaubaren Grundstücksfläche insofern, als hierbei die Vorgartenfläche immer mit in Ansatz gebracht wird, während diese in Berlin vorweg abzuziehen ist. In den Vororten bleibt der Vorgarten somit ein nutzbarer Theil des Grundstücks, so daß dem Besitzer aus der Anlage eines Vorgartens kein Verlust erwächst, wodurch auch in der zukünftigen Vorortbebauung die Anlage von Vorgärten gesichert wird. Ferner ist, entgegen der Berliner Bauordnung, für Eckgrundstücke eine größere bebaubare Fläche zugelassen als für die übrigen Grundstücke. Hinsichtlich der Art der Bebauung sind zunächst zwei Klassen von Grundstücken unterschieden: 1) Grundstücke, die an regulirten Straßen belegen und mit geregelter Wasserzuführung sowie mit geregelter unterirdischer Ableitung der Abwässer versehen sind (Klasse I); 2. Grundstücke an Straßen ohne unterirdische Entwässerung (Klasse II). Außerdem ist für ausgedehnte, bestimmt abgegrenzte Bezirke in den Kreisen Teltow und Niederbarnim, sowie in der Gemarkung Charlottenburg eine „landhausmäßige Bebauung“ vorgeschrieben. Endlich sind Bestimmungen gegeben für die Bebauung von Grundstücken mit „Kleinbauten“, d. h. solchen Gebäuden, die, abgesehen vom Keller und Dachgeschosse, nur zwei Geschosse enthalten und bis zur Traufe nicht höher als 9 Meter sind. In Klasse I können 5/10, bei Eckgrundstücken 6/10 der Gesammtfläche des Grundstücks bebaut werden; die Gebäude dürfen 18 Meter hoch sein und vier bewohnbare Geschosse enthalten. Das Mindestmaß für den Hof darf nicht unter 12 Meter betragen; nur für den Fall, daß die Flügelbauten nicht tiefer als 30 Meter hinter die Baufluchtreichen, genügt ein Maß von 10 Meter. Bei Eckgrundstücken braucht nur ein freier Raum von mindestens 70 Quadratmeter unbebaut zu bleiben. In Klasse II dürfen höchstens 4/10, bei Ecken 5/10 der Fläche bebaut werden, die Gebäudehöhe darf bis zu 15 Meter, die Zahl der Wohngeschosse drei betragen. In den der landhausmäßigen Bebauung vorbehaltenen Bezirken sollen der Regel nach nur Gebäude errichtet werden, die Wohnzwecken dienen und ganz oder an drei Seiten freiliegen. Es dürfen nur 3/10, bei Eckgrundstücken 4/10 des Grundstückes bebaut und nicht mehr als zwei Wohngeschosse angelegt werden. Bei Errichtung von Kleinbauten dürfen 2/10, auf Eckgrundstücken 3/10 bebaut werden. Die Anlage von Wohnräumen im Kellergeschoß ist hierbei untersagt, das Dachgeschoß dagegen darf bis zu einem Viertel Wohn- und Wirthschaftszwecken dienen. Die Mindestgröße des Hofes soll 6 Meter betragen. Bei Eckgrundstücken muß ein freier Raum von mindestens 40 Quadratmetern unbebaut bleiben. Schließlich ist die Uebergangs-Bestimmung hervorzuheben, daß bereits ertheilte Bauscheine — falls sie überhaupt so lange laufen, ihre Giltigkeit verlieren, wenn nicht innerhalb vier Monate vom Tage der Veröffentlichung dieser neuen Verordnung ab die Fundamente der genehmigten Bauten gelegt und die Kellermauern bis zur Erdoberfläche hergestellt sind.

Bedeutsame soziale Streiflichter warfen auch die Verhandlungen der vor kurzem stattgehabten Generalversammlung des Brandenburgischen Herbergsverbandes. Abgesehen von Berlin bestehen jetzt in der Provinz Brandenburg 45 Herbergen zur Heimath, das sind 34 mehr als vor neun Jahren! Dieselben hatten einen Verkehr von 102 437 Schlafgästen. In den 31 Land- und 8 Stadtkreisen befinden sich außerdem 138 Verpflegungsstationen. Von den Herbergen wurde berichtet, daß sich dieselben im besten Zustande befinden. Wenn die Zustände in den Provinzherbergen den hinreichend bekannten in den Berliner Herbergen zur Heimath gleichen, dann haben der Verbandsvorsitzende Graf Zieten-Schwerin-Wustrau und seine Mitarbeiter allerdings alle Ursache, stolz zu sein! Die bedeutende Vermehrung der Herbergen und Verpflegungsstationen findet ihre Ursache in der rapiden Zunahme der Wanderer. Diese Zunahme ist, wie konstatirt wurde, so stark, daß die Zahl der Wanderer im Jahre 1891 in den meisten Stationen doppelt so hoch war, als im Jahre 1889. Einige Zahlen mögen dies verdeutlichen. So verkehrten z. B. im Jahre 1889 in Fürstenberg 2500 Wanderer, im Jahre 1891 dagegen 4000; in Beelitz 3100—6800; in Treuenbrietzen 3900—8500; in Zehdenick 800—3300, in Küstrin 3300 resp. 5300! Die „Wanderer“ sind die arbeitslosen Proletarier, welche das Land durchqueren, die Landstraßen bevölkern und unter dem Sammelnamen „Vagabunden“ zusammengefaßt werden. Die abnorme Zunahme dieser Wanderer illustrirt recht grell die stetige Verschlechterung der wirthschaftlichen Verhältnisse, um so mehr, als die Besucher der Verpflegungsstationen nur einen schwachen Bruchtheil der Wanderer im Allgemeinen bilden, indem nur die äußerste Noth die Wanderer in die Verpflegungsstationen treibt. Für die gewährte Unterstützung müssen die Wanderer bekanntlich als Gegenleistung schwere Arbeit verrichten. Bei dem Massenandrange erwächst nun den Stationsvorstehern die Schwierigkeit, hinreichende Arbeit zu verschaffen, sodaß die Gefahr vorliegt, etwelche Wanderer ohne Gegenleistung „verpflegen“ zu müssen. Aus diesem Grunde wurde auf der Generalversammlung der Befürchtung Raum gegeben, daß die Verpflegungsstationen eine Art „Organisation des Vagabundenthums“ werden könnten! Allerhand Achtung, Ihr Herren, vor Eurem praktischen Christenthum! Wie mitgetheilt wurde, steht zu erwarten, daß im nächsten Jahre die Kreise ihre bisherigen Unterstützungen zurückziehen werden, ein Zeichen, daß der Herbergsverband mit seinen Schöpfungen sich auch dort keiner Sympathien zu erfreuen hat. Um den Ausfall zu decken, wurde der Vorstand beauftragt, bei der im nächsten Jahre tagenden Provinzialsynode die Bewilligung einer obligatorischen Kirchenkollekte für das christliche Herbergswesen in der Provinz Brandenburg zu beantragen. Durch Bettelpfennige sollen also die Institutionen erhalten werden, welche das Betteln verhindern und beseitigen sollen. Das heißt doch wahrlich, den Teufel mit Beelzebub austreiben!

Im sogenannten „Intelligenz“-Blatt, das sich seit Kurzem einen textlichen Theil zugelegt hat, sind dieser Tage mehrere Artikel über die „Palme“, d. i. das städtische Obdach in der Fröbelstraße, veröffentlicht worden. Der Ton der Artikel ist ein solcher, daß es nothwendig erscheint, gegen denselben Protest einzulegen, denn die armen Menschen, welche ihre einzige Rettung in dem Asyl suchen, werden in geradezu widerlicher Weise verhöhnt und verspottet. Die Darstellung des „Intelligenz-Blattes“ ist kaum für einzelne verwahrloste Individuen zutreffend, für die Allgemeinheit trifft dieselbe aber ganz bestimmt nicht zu. Hören wir, wie das „Intelligenz-Blatt“ das Loos eines „Arbeitsscheuen“ schildert:

„Erst besucht er das Asyl für Obdachlose in der Büschingstraße in so ausgiebiger Weise, daß der Hausvater gegen sein ferneres Erscheinen ein entschiedenes Veto einlegt. Jetzt verlegt er den Schauplatz seiner „Unthätigkeit“ nach der „Palme“. Dort verwarnt, benutzt er die gestattete Frist dazu, bei Meistern anzufragen, bei denen er mit Bestimmtheit annehmen darf, keine Arbeit zu erhalten. Wegen übermäßigen Ausnutzens der Asylvergünstigungen schließlich „verschoben“, kommt er in Untersuchungshaft, um dann bei seinem Termin durch die Aussagen der angeführten Zeugen seinen „guten Willen“ zu arbeitsreicher Thätigkeit darzulegen und freigesprochen zu werden. Jetzt steht ihm die „Palme“ wieder offen, und die Geschichte kann von vorn beginnen. Die inzwischen verstrichene Zeit berechtigt ihn auch wieder zur Benutzung des „Büschingshotels“, und so ist der programmmäßige Aufenthaltswechsel des Arbeitsscheuen im Winter etwa folgender: Büsching — Palme — Stadtvoigtei — Büsching — Palme — Stadtvoigtei ꝛc. Der Sommer bietet ihm dann eine Mannigfaltigkeit an Gelegenheit, die Nacht zu verbringen, die ihn über jede Verlegenheit hinweghebt. Um auch für den kalten Wintertag einen angenehmen Aufenthaltsort zu besitzen, sind ihm im letzten Winter zur größeren Bequemlichkeit die Wärmehallen eingerichtet worden, und dort kann man die „Palmbrüder“ resp. „Büschingspflanzen“ den Tag über vegetiren sehen. Sie verlassen die Wärmehalle nur um die Mittagszeit zu dem Zweck, in nächster Gegend ihren Appetit durch eine erfochtene Mahlzeit zu befriedigen. Ihren Unterhalt durch Fechten zu suchen, ist nicht nach ihrem Geschmack. Ist doch dasselbe mit vielem beschwerlichen Treppensteigen verbunden und sieht dadurch einer Arbeit nicht unähnlich.“

In diesem Ton, der wohl „witzig“ sein soll, geht es noch eine ganze Weile fort. Auf welchem geistigen Niveau der Artikelschreiber steht, geht daraus hervor, daß die Wärmehallen seiner Ansicht nach nur eingerichtet worden sind „zur größeren Bequemlichkeit“ der „Palmbrüder“ und daß er den Widerwillen der Arbeitslosen vor dem „fechten gehen“ dadurch erklärt, daß dieselben — das viele beschwerliche Treppensteigen scheuten!

Nach der Schilderung des „Int.-Bl.“ muß es für den Arbeitslosen nur noch ein Glück auf der Welt geben: das Nächtigen in der „Palme“. Es wird der enorme Andrang geschildert, der namentlich im Winter im Asyl herrscht, und man muß denken, wunder welche Genüsse den Leuten bevorstehen, die sich einen Platz im Asyl erkämpft haben. Dann aber wird die innere Einrichtung der „Palme“ wie folgt geschildet:

„Die Räume, in denen die Asylisten die Nacht verbringen, sind lange Säle, an deren beiden Seitenwänden dicht nebeneinander Holzpritschen aufgestellt sind, und zwar mit dem Kopfende nach der Wand. Durch die Mitte der Säle zieht sich eine dritte Reihe hintereinander aufgestellter Pritschen. Die beiden Querwände enthalten Waschvorrichtungen. Um sechs Uhr erfolgt der Einlaß der ersten Obdachlosen. Sind dieselben nach dem Passiren des Sistirungszimmers in dem ihnen angewiesenen Schlafsaale angelangt, so beginnt erst ein fröhlicher Kampf um den Besitz gewisser Pritschen, deren Vorzüge zu erwähnen wir nachher noch Gelegenheit finden werden. Hat jede Pritsche glücklich ihren Besitzer gefunden, so macht es sich dieser, so gut es eben geht, bequem. Er legt Hut und eventuell mitgeführte Bündel ab, entledigt sich des Rockes, den er, sorgfältig zusammengelegt, als Kopfkissen benutzt und streckt sich der Länge nach auf seinem harten Lager aus.“

Um also ein Nachtlager auf einer harten Holzpritsche zu erlangen, wird noch ein „fröhlicher Kampf“ ausgefochten! Und um dieses Nachtlager wird der Asylist noch von denen beneidet, die wegen Ueberfüllung des Asyls haben zurückgewiesen werden müssen. Es hat beinahe den Anschein, als ob der Artikelschreiber die Arbeitslosen beneide, welche das Asyl benutzen müssen, weil es in demselben gar zu gemüthlich hergeht. Das ist natürlich seine Sache, es giebt, wie vor Kurzem erst vor Gericht festgestellt worden ist, ja auch „Bettelredakteure“, von denen es keinem an der Stirn geschrieben steht, ob er nicht auch noch ein Mal zum Asylisten avancirt. Auf jeden Fall aber ist es eine ebenso fade wie nichtsnutzige Beschäftigung, über das Elend seiner Mitmenschen zu witzeln und zu spotten in der Weise, wie es der Artikelschreiber des „Intelligenz-Blatt“ thut.

Das Thema von der Hartherzigkeit der Hausbesitzer ist nicht neu, es ist seit Jahren nicht aus den Spalten der Zeitungen verschwunden. Einer unserer Abonnenten liefert heut zu demselben wieder folgenden Beitrag: „Ich wohne seit nahezu drei Jahren in einem Hause der Oppelnerstraße und zahle 22 M. Miethe pro Monat. Seit zwei Jahren schon bin ich brust- und lungenkrank und habe im Sommer nicht so viel gearbeitet, als in früheren Jahren. Trotzdem habe ich die Miethe stets pünktlich bezahlt, und bin dem Hauswirth keinen Pfennig schuldig. Am vergangenen Ersten, der auf den Donnerstag fiel, war das Geld bei mir besonders knapp. Ich mußte bis zum Sonnabend, als dem Lohntage, warten und schickte dem Wirth sofort 12 Mark herunter mit der Bitte, sich mit den restlichen 10 Mark bis zum nächsten Sonnabend gedulden zu wollen. Das war Nachmittags gegen 4 Uhr. Die 12 Mark wurden auch angenommen, um 5 Uhr aber erschien im Auftrage des Wirthes der — Gerichtsvollzieher und pfändete sämmtliche Sachen wegen rückständiger Miethe! Ich darf also von denselben nichts aus dem Hause schaffen und auch nichts verkaufen. Eine Bitte meiner Frau um Aufhebung des Arrestes wurde abschläglich beschieden. Der Mann erklärte, daß er jeden Menschen, den er vor sich sehe, für einen Schwindler und Betrüger halte, so lange er nicht Beweise vom Gegentheil in Händen habe. Das ist so zu sagen auch ein Grundsatz! Und dabei sollte man denken, daß der Mann die traurige Lage, in welche der Arbeiter sehr oft ohne Verschulden gerathen kann, genau kennen müßte, denn er ist auch nicht gleich als Hausbesitzer auf die Welt gekommen. Vor einem Jahrzehnt noch betrieb der Herr Hauswirth im Verein mit seinem Bruder einen kleinen Handel mit Preßkohlen, dessen hauptsächlichstes Betriebskapital durch einen Hundewagen repräsentirt wurde. Heute freilich denkt er nicht mehr gern an jene Zeit zurück, denn er ist Hausbesitzer und zugleich noch Inhaber einer Molkerei. Immerhin aber wäre es angezeigt, wenn er seinen Miethern gegenüber etwas mehr Humanität in Anwendung brächte.

Die von den Parteigenossen und Genossinnen von Friedrichsberg, Rummelsburg, Stralau und Friedrichsfelde veranstaltete Agitationstour hatte sich einer regen Betheiligung zu erfreuen. Auch einige Berliner Genossen hatten sich angeschlossen, so daß wohl 150 Personen die Tour mitmachten. In Strausberg (Bahnhof) theilten sich die Genossen in zwei Abtheilungen, die erste hatte die Ortschaften Eggersdorf, Petersdagen, Fredersdorf, Vogelsdorf und Vollensdorf zu bearbeiten. Hier ging alles glatt von statten, dagegen hatten die Genossen der zweiten Tour, welche über Hennikendorf Herzfelde, Lichtenow und Rehfelde marschirten, mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Schon in Hennikendorf wurden Broschüren und Zeitungen von zwei Gendarmen beschlagnahmt. In Herzfelde kam noch ein dritter Gendarm hinzu und ehe man sich's versah, wurde ein Genosse (Berliner aus dem vierten Reichstags-Wahlkreise) von der Straße weg verhaftet, sein Material beschlagnahmt. Trotzdem sich der Genosse durch seinen Losungsschein ausweisen konnte, genügte dem Herrn Amtsvorsteher dies nicht, der Genosse wurde in's Spritzenhaus abgeführt, und als ein zweiter Genosse den Wunsch aussprach, das Schicksal des Inhaftirten theilen zu wollen, so wurde auch diesem die Bitte erfüllt. Alle Bemühungen und Vorstellungen unsererseits beim Amtsvorsteher blieben fruchtlos. Den Herrn Landrath konnten wir nicht benachrichtigen, es blieb uns nichts übrig, als die beiden Genossen ihrem Schicksal und weitere Schritte zu ihrer Befreiung den Herzfelder Genossen zu überlassen. Dieser Zwischenfall hatte die ganze Bevölkerung auf die Beine gebracht und jedenfalls mehr für unsere gerechte Sache agitirt, als wenn wir mehrere Tausend Zeitungen verbreitet hätten. Ein kleiner Trupp wurde nach Lichtenow geschickt, denn bei dem großen Haufen blieben auch immer unsere Begleiter, die hatten ja hier allerdings das Nachsehen, da an sämmtliche Bewohner schon Material vertheilt war. Auch Rehfelde wurde auf diese Weise bearbeitet und so ge-

langten die Genossen in bester Stimmung auf dem Bahnhof Rehfelde an! Der Genosse, welcher den erst inhaftirten Genossen nicht verlassen wollte, ist bald freigegeben worden, wogegen der Berliner Genosse behufs Feststellung seiner Personalien am nächsten Tag nach Alt-Landsberg überführt worden ist.

Die Katzenbaronin. Angesichts des furchtbaren menschlichen Elends, in welchem heute weite Kreise der Bevölkerung schmachten, muß es um so unangenehmer berühren, zu sehen, wie, ungerührt von dem herrschenden Massenelende, Angehörige der besitzenden Klassen einen geradezu unverantwortlichen Gebrauch von den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln machen. So wird uns aus Charlottenburg ein Fall gemeldet, welcher so manches Dagewesene weit in den Schatten stellt. Es handelt sich um eine Frau Baronin, — die „Gesellschaft" würde sie ein „Original" nennen, wir nennen sie die „Katzenbaronin", und zwar wegen ihrer besonderen Vorliebe für diese langgeschwänzten Vierfüßler. An sich würde eine derartige Liebhaberei nichts Bemerkenswerthes bieten, wenn nicht die begleitenden Nebenumstände dem Ganzen ein besonders eigenartiges Relief verliehen. Die würdige Dame hat nämlich in ihrer Villa in Charlottenburg neben einem jungen Dienstmädchen nur Katzen als Hausgenossen und werden die letzteren von der Frau Baronin so gewartet und gepflegt, wie besser die zärtlichste und reichste Mutter ihre Lieblinge, ihre Kinder, nicht zu hätscheln vermöchte. Die Katzen bewohnen einen eigens für sie hergerichteten Salon, jedes der bevorzugten Thiere hat seine besondere Bettstelle mit Steppdecke zum Schlafen und erfreut sich auch sonst jeder erdenkbaren „standesgemäßen" Bequemlichkeit. Der ganzen Lebenshaltung entsprechend ist auch die Beköstigung, deren sich die Kätzchen zu erfreuen haben. Des Morgens warme Milch mit Weißbrod, auch Feingebäck und Kuchen fehlt nicht, des Mittags ein schmackhaftes Fleischgericht und was dergleichen für Proletarier unerschwingliche Lebensgenüsse mehr sind. Gekocht wird in der Villa nur für die Katzen und zwar von der Gnädigen in eigenster Person, wie sie auch sonst die Bedienung ihrer Schutzbefohlenen nur selber besorgt, den Katzensalon reinigt, das Katzengeschirr abwäscht u. s. w. Sie selber speist im Hotel, indessen das Dienstmädchen sich selbst beköstigen muß. Hierfür, sowie als Bezahlung ihrer Dienstleistungen, die in der Besorgung von 11 Zimmern, in Reinhaltung des Hauses und der Straße ꝛc. bestehen, erhält es von der Gnädigen das fürstliche Honorar von monatlich 40 M.! Da es überdies in tiefster Abgeschiedenheit von aller Welt wie in einem Kloster zu leben gezwungen ist, wird ihm die schönste Gelegenheit gegeben, in ihren nächtlichen Mußestunden vergleichende Betrachtungen anzustellen über menschliches Erdenglück. Der Vergleich zwischen ihrem Loose und dem der baronlichen Katzen hat denn allgemach den Entschluß in ihm gereift, die „schöne Stelle" aufzugeben und so wird denn nächstdem das Mädchen die „Katzenvilla" und die „Katzenbaronin" verlassen, um sich durch seine ehrliche Arbeit ein menschlicheres Dasein zu schaffen, als ihm bisher zu Theil geworden. — Wollte man eine Satyre auf die heutige Ordnung der Dinge schreiben, sie könnte die Sachlage nicht greller beleuchten, als geschieht durch diese wahrhafte Historie von der „Katzenbaronin".

Mit Mauersteinen beladene Zillen treffen seit gestern Nachmittag in großen Massen auf der Unterspree ein. Dieselben waren bei Charlottenburg durch den letzten scharfen Frost, der die Spree mit einer Eisdecke zu belegen anfing, in ihrem Fortkommen behindert worden. Als aber am gestrigen Nachmittage plötzlich Thauwetter mit Regen eintrat, machte man sich daran, die Ausladestellen in Berlin möglichst schnell zu erreichen. Viele dieser Kähne sah man mit sechs bis acht Kahnknechten bemannt, um nur recht schnell vorwärts zu kommen. Was an Schleppdampfern vakant war, wurde für die mit Stückgütern beladenen Fahrzeuge in Anspruch genommen; selbst während der verflossenen Nacht hielt dieser rege Schifffahrts-Verkehr auf der Unterspree an, und am frühen Morgen begann man bereits auf der ganzen Strecke von der Altonaerstraße bis zur alten Moabiter Brücke mit dem Ausladen der Mauersteine. Von zahlreichen Arbeitsfuhrwerken wurden dieselben ebenso schnell, wie sie gelandet, dann wieder fortgeschafft zu den zahlreichen, im vollen Betriebe befindlichen Bauten.

Ein verhängnißvoller Skatabend. Seit einiger Zeit spielte der hochbetagte Buchhändler B. mit zwei Freunden L. und G. in dem Ausschank der Böttgowbrauerei in der Alten Schönhauser Straße mehrere Male wöchentlich Skat, so auch vorgestern Abend. Gegen neun Uhr äußerte B.: „Jetzt werde ich zum letzten Male geben." Der Sinn dieser Worte sollte sich leider in tragischer Weise bewahrheiten, denn kaum hatte der alte Herr angefangen, die Karten zu vertheilen, da stürzte er vom Stuhle und war eine Leiche. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ziel gesetzt.

Ein Kanonier vom 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiment unternahm es am Sonntag, aus einem nach dem Lehrter Bahnhof fahrenden Stadtbahnzuge bei der Blockstation an der Luisenstraße auszusteigen. Er wurde von einem entgegenkommenden Zuge erfaßt, zur Seite geschleudert und am Kopfe so bedeutend verletzt, daß er nach dem Garnison-Lazareth gebracht werden mußte.

Ein merkwürdiges Vorkommniß beschäftigt seit vorgestern Abend die Polizei. Etwa um 5 Uhr Nachmittags fand man auf einem Gleise der Stadtbahn unweit des Bahnhofes Friedrichstraße einen Mann auf, der erhebliche Kopf- und Armverletzungen davongetragen hatte. Er nannte sich Samuel Hamburger und gab an, daß er von Hull nach Polen unterwegs sei und wahrscheinlich aus einer Abtheilung des von ihm benutzten Zuges herausgefallen sei. Der Einzelheiten könne er sich nicht mehr erinnern. Er vermißt seinen Koffer, der unter anderem zweihundert Mark in baarem Gelde enthalten haben soll. — Etwa zwei Stunden später wurde auf dem Stadtbahngleise Friedrichstraße—Börse, und zwar auf der Ueberbrückung der Georgenstraße, ein unbekannter Mann mit schweren Kopfverletzungen bewußtlos aufgefunden. Man muß vorläufig annehmen, daß auch er aus einem Zuge herausgefallen oder -gesprungen sei. Bestimmtes hat sich über diesen Punkt noch nicht ermitteln lassen, da der Verletzte noch nicht vernehmungsfähig ist. Ob vielleicht beide Fälle mit einander in Verbindung zu bringen sind, steht noch dahin. Bis jetzt sind Anhaltspunkte dafür nicht vorhanden.

Der erste Todesfall an Influenza ist hier nach den statistischen Veröffentlichungen der Stadt Berlin schon in der Woche vom 20. bis 26. November d. J. vorgekommen. Wie die „Volks-Zeitung" aus ärztlichen Kreisen hört, sind die bisherigen Beobachtungen von Influenza-Erkrankungen jedoch so vereinzelt, daß vorläufig von einem epidemischen Auftreten keine Rede sein kann.

Ein größeres Feuer brach am Montag Vormittag in dem Hause Ecke Fehrbelliner- und Veteranenstraße aus noch unbekannten Gründen in den Bodenräumen aus, dem der ganze Dachstuhl zum Opfer fiel. Die Feuerwehr hatte bis zum späten Nachmittag zu thun. Der Wintervorrath an Brennmaterialien vieler in diesem Hause wohnenden Arbeiterfamilien ist hierbei leider mit verloren gegangen.

Zum Prozeß Ahlwardt meldet die „Staatsbürger Zeitung", daß Rechtsanwalt Hertwig auf Ansuchen des Rektors Ahlwardt und seiner Familie das Mandat wieder übernommen und die Revision gegen das am Freitag verkündigte Erkenntniß eingelegt hat. Auch ein Antrag auf Herausgabe der Kaution wird gestellt werden.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Sonntag, den 4. Dezember, veranstaltete die Schule eine Besichtigung des Böhmischen Brauhauses. — Am Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 11 Uhr, findet eine Besichtigung der Städtischen Desinfektionsanstalt, Reichenbergerstr. 66, statt. Die Theilnehmer versammeln sich vor dem Eingange.

Ueber die Abendunterhaltung zu Gunsten der gemaßregelten Pferdebahner, welche am Montag Abend in den Concordia-Festsälen stattfand, wird uns mitgetheilt, daß die Polizei den Tanz untersagt hatte. Das Vergnügen soll nun in erneuerter Auflage am Sonnabend, den 17. d. Mts., Abends 8½ Uhr, in selben Lokale stattfinden und zwar haben dazu die auf den 11. Dezember lautenden Billets Giltigkeit. Es wird Vorsorge getroffen werden, daß die Polizei den Tanzlustigen dieses Mal nicht das Vergnügen verdirbt. Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Marktpreise in Berlin am 12. Dezember, nach Ermittelungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,60—15,30 M., mittlerer von 15,20—14,90 M., geringer von 14,80—14,50 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,60—13,30 M., mittlerer von 13,20—12,90 M., geringerer von 12,80—12,50 M. Gerste per 100 Kg. gute von 16,50—15,50 M., mittlere von 15,40—14,50 M., geringe von 14,40—13,50 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,00—15,30 M., mittlerer von 15,20—14,60 M., geringer von 14,50—13,90 M., Stroh, Richt- per 100 Kg. von —,— Mark. Heu per 100 Kg. von —,— Mark. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—1,00 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,80 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 5,20—3,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Aale von 2,80—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,50—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 8,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 12. d. Mts. Nachmittags schlug vor dem Hause Melchiorstraße 29 der Arbeiter Beierlein, anscheinend ohne jede Veranlassung, einem Kaufmann mit der Faust ins Gesicht, so daß dieser zu Boden fiel und anscheinend innere Verletzungen erlitt. Er wurde nach dem Krankenhause Bethanien gebracht und der Thäter verhaftet. — In seinem Komtoir, in der Königsbergerstraße, wurde ein Tischlermeister erhängt vorgefunden. — Gegenüber dem Grundstück Belle-Alliance-Platz 2 fiel Abends ein Herr beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen zur Erde und erlitt einen Bruch des Unterschenkels. — Auf der Stadtbahn, am Kupfergraben, wurde ein unbekannter, etwa 30 jähriger Mann bewußtlos mit einer bedeutenden Verletzung am Kopfe aufgefunden und nach der Charitee gebracht. Er ist anscheinend von einem Zuge erfaßt und gegen das eiserne Geländer geschleudert worden. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Der Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung", Dr. Otto Bachler, stand gestern wegen Beleidigung durch die Presse vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Beanstandet war ein Artikel, der am 28. Februar d. J. in der genannten Zeitung erschienen und aus der „Neuen deutschen Zeitung" entnommen war. Derselbe handelte vom Xantener Knabenmord. Es wurde darin behauptet, daß der Staatsanwalts-Sekretär Mellin auffallend viel mit einem reichen Juden in Cleve verkehre und daß derselbe auch in einem öffentlichen Lokale sich in einer Weise ausgesprochen habe, wodurch die öffentliche Meinung und die Geschworenen leicht zu Gunsten Buschoff's beeinflußt werden konnten. Der Angeklagte behauptete und bewies, daß er zur fraglichen Zeit schwer krank gewesen sei und sich um die Redaktionsgeschäfte nicht habe kümmern können. Wenn sein Name während dieser Zeit immer noch als verantwortlicher Redakteur unter der Zeitung gestanden, so könne ihm dies nicht zur Last gelegt werden. Während der Staatsanwalt die Ansicht vertrat, daß der Angeklagte trotzdem für den Artikel verantwortlich sei und gegen denselben eine Geldstrafe von 300 M. beantragte, hielt der Gerichtshof den Angeklagten für hinreichend entschuldigt und fällte ein freisprechendes Urtheil.

Versammlungen.

In der öffentlichen Versammlung der Drechsler, die am 3. Dezember stattfand, hielt Genosse Mattutat einen Vortrag über „Freiland". Diskussion fand nicht statt. Nach Schluß des Vortrages blieben die Kollegen in gemüthlicher Weise bei Gesang und Tanz beisammen.

Eine Drechslerversammlung hatte zum 11. Dezember die Agitationskommission der Drechsler nach dem Norden der Stadt einberufen, um die dortigen Kollegen zum Anschluß an die Organisation zu veranlassen. Die Versammlung war aber so schwach besucht, daß Herr Kantius sofort einen Antrag auf Schließung stellte. Den schwachen Besuch führte er auf die Nähe des Weihnachtsfestes zurück. Die Anwesenden stimmten seinem Antrage zu. Der Einberufer schloß die Versammlung mit dem Wunsche, die Agitation von Mund zu Mund möge unter den Kollegen des „Norden" mehr gepflegt werden; dann werde auch die Theilnahme an den Versammlungen eine regere werden.

Oeffentliche Versammlung der Schmiedemeister und Gesellen Berlins am Mittwoch, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr in Hentzel's Salon, Invalidenstr. 1. Tagesordnung: Das Verhalten des Innungsvorstandes in betreff des Arbeitsnachweises und Herbergswesens.

Verband deutscher Zimmerleute. Lokalverband Berlin. Mittwoch, den 14. Dezember, Abends 8½ Uhr, bei Zoel, Andreasstr. 21 (ob. rer Saal): Wandervorsammlung. Vortrag: „Wird das Elend siegen?" Referent: Genosse Roland.

Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Berliner Hausdiener. Mittwoch, den 14. d. Mts., Abends 8½ Uhr, Sitzung. Auflage im Kassenlokal, Neue Friedrichstr. 44, bei Rölig.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 14. Dezember, Abends 8½ Uhr, große Versammlung mit Damen in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20. Aufnahme. Besprechung über das Sylvestervergnügen.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8½—10½ Uhr: Süd-Schule, Hagelsbergerstr. 45: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichenbergerstr. 133: Unterricht in Deutsch (oberes), Logik, Rechnen (unteres). Ost-Schule, Markusstraße 31: Unterricht in Deutsch (mittleres); Nord-Schule, Püllerstraße 179 a: Unterricht in Deutsch (mittleres); Mathematik und mathematische Geographie. In alle Lehrfächer können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- und Diskutirklubs. Mittwoch. Vereinte Kraft, Abend 8½ Uhr, bei Klein, Schönleinstraße 6. — Johann Jacoby, bei Fritz Lietze, Schwedterstr. 32. — Heine, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15. jed. Monats, Abends 8½ Uhr, im Restaur. Grude, Mariendorferstr. 10. — Gesundbrunnen, Abends 8½ Uhr, bei Haferland, Bellermannstr. 87. — Gleichheit, Abends 8½ Uhr bei Stramm, Ritterstraße 122. — Emanzipation Abends 8½ Uhr, bei Wagner, Alte Schönhauserstr. 6. — Heine, Rixdorf Abends 8½ Uhr, bei Beiler, Knesebeck- und Herrmannstraßen-Ecke. — Otto Reimer jeden Mittwoch bei A. Brosch, Wilhelmshavenerstraße 33.

Fund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. (Zuschriften sind zu richten an G. Schröder, Rostockstraße 29, 3 Treppen.) **Mittwoch:** Rauchklub Hellblau bei Flick, Samsonstr. 33. — Rauchklub Eiserne Pfeife, bei Hoffmann, Treptowstraße 1. — Theater-Verein Proletariat bei Köhn, Naunynstr. 63. — Theater-Verein Jugendkraft bei Werner, Heimstr. 2. — Touristenklub Nachtfalter, bei Burmann, Frankfurter Allee 66. — Skatklub Puschelgrün, bei Fürstenau, Reichenberger- und Manteuffelstraßen-Ecke. — Pokalk-Klub Lustige Brüder, bei Lurwald, Manteuffelstr. 46. — Vergnügungs-Verein Fridolin, bei Wolff, Brunnenstr. 35. — Vergnügungsverein „Waldesgrün", Krautstr. 6 (Restaurant). — Vergnügungsverein Durch Nacht zum Licht, bei Gründel, Dresdenerstr. 116. — Humoristischer Verein Pipifax, bei Krösche, Fichtenstraße Nr. 29. — Tambourverein Vorwärts bei Kober, Hermann- und Manteuffelstraßen-Ecke (Rixdorf.) — Vergnügungs-Verein International 2 bei Pape (fr. Knobel) Badstr. 58. — Vergnügungs-Verein „Klimbim" bei Brodtorf, Bülowstr. 65.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch. Gesangverein Knospe, Abends 9 Uhr, im Restaurant Wadstatt, Belle-Alliancestraße. — Musikverein Vorwärts, Abends 8½ bis 10½ Uhr, Jungestraße 18 bei Rebelin. — Männer-Gesangverein Waldkapelle 2, Abends 9 Uhr, Restaurant Kayser, Skalitzerstr. 22.

Turnverein Hoffnung, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schröder, Manteuffelstr. 9. — Kraftturnverein Jugendkraft, jeden Mittwoch und Sonnabend 8—11 Uhr Abends bei Lade, Zeughofstr. 8. — Turnverein Gesundbrunnen. Die 2. Männer-Abtheilung turnt heute von 8½—10½ Uhr Abends in der Turnhalle, Freienwalderstraße 38. — Kraftturnverein Berolina, Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Faulmann, Reichenbergerstraße 130. — Athletenverein Atlas, Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Universum, Brunnenstr. 119.

Theater- und Vergnügungs-Verein Humanitas Abends 9½ Uhr bei Merck, Lothringerstr. 94. — Theaterverein „Bulgania 2", Abends 9½ Uhr, Bergstr. 12, Restaurant Rohlik. — Bühnenverband Othello, Abends 9 Uhr, Restaurant Lothringerstr. 101.

Geselliger Vergnügungsverein Regia, Abends 9 Uhr, im Restaurant Sommer, Grünstraße 27. — Humoristischer Verein Arminia, Dresdener Garten, Dresdenerstraße 45. — Kreuzfidel, bei Gumlich, Reichenbergerstraße 149. — Fidele Brüder, bei H. Mrose, Buchmannstr. 5. — Touristenverein „Frei Weg", Abend 9 Uhr bei Siedtkuhd, Manteuffelstr. 68. — Vergnügungsverein Lustig-Stroh, Mittwoch 9 Uhr, Märkischer Hof, Admiralstr. 126. Sitzung.

Rauchklub Roochloch, Abends 9 Uhr, bei Kierstein, Admiralstr. 33. — Rauchklub Vasallis, Abends, bei Lock, Friedrichsbergerstr. 11. — Rauchklub Rothe Nelke, bei Steuer, Weinstr. 22. — Humoristischer Rauchklub, Abends 9 Uhr, bei A. Riemann, Göritzerstr. 43. — Rauchklub Sanssouci, Boxhagenerstraße 51. — Rauchklub Ohne Zwang, Abends 9 Uhr bei Späth, Weinstr. 18. — Rauchklub Grüne Quarre, Abends 9 Uhr, bei Schüler, Kleine Markusstr. 10. — Rauchklub Vulkan, Abends 9 Uhr bei Gittler, Mariannenstr. 48. — Rauchklub „Goldene Quarre", Abends 9 Uhr bei Muß, Johnstr. 8. — Rauchklub gutgesinnter Freunde, Abends 8 Uhr bei Neumann, Höchstr. 29. — Rauchklub Schmokes-Werke, Köpenickerstr. ohne Nr. bei Schöbel. — Rauchklub „Vorwärts 80", Waldemarstraße 74 bei George. — Humoristische Pfeifenbrüder Abends 9 Uhr, Klosterstraße 85, beim Genossen W. Salzwedel. — Rauchklub Deutsche Eiche, Abends 9 Uhr bei Joh. Waldemarstr. 65.

Skatklub Treff, Abends 8½ Uhr, bei Otto Zabel, Frankfurter Allee 80.

Bühnenverband Othello Abends 9 Uhr, Restaurant Lothringerstraße 101.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Lehrkursus. Genossen und Genossinnen, welche noch im Besitz der Petition zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen sind, werden ersucht, dieselbe bis zum 20. d. M. beim Unterzeichneten abzuliefern.

J. A.: G. Dietrich, Willibald Alexisstr. 40.

Geschäftssozialismus.

Mit mir dürfte wohl mancher Leser des „Vorwärts" zu der Ansicht gekommen sein, daß eine Reihe Personen mit der Bezeichnung „Parteigenossen" in Geschäftsanzeigen ꝛc. einen recht bedenklichen Humbug treiben. Anzeigen, wie: Empfehle allen Genossen mein Bierlokal, meinen Stand in der Markthalle ꝛc. klingen sehr stark nach Geschäftssozialismus. Auch der „gemaßregelte Parteigenosse", der sich „den Genossen zum Ankauf von Nähmaschinen, Adresse erbeten unter N. N." empfiehlt, wäre wohl danach zu fragen, welchen Grund er hat, seinen Namen der Oeffentlichkeit zu verbergen. Ebenfalls hat derjenige z. B., der es sich zur Ehre schätzt, Mitglied bei den Unabhängigen zu sein, den „Vorwärts" abbestellt und dafür aus geschäftlichen Gründen auf den „Lokal-Anzeiger" abonnirt, kein besonderes Anrecht darauf, von den Lesern des „Vorwärts" unterstützt zu werden. Allen derartigen „Genossen" kann meines Erachtens am besten entgegengetreten werden, wenn die Vertrauensleute jedes Wahlkreises diesen Leuten recht scharf auf die Finger sehen und ihre Beobachtungen dann jeweilig den Parteigenossen mittheilen. Einem wirklichen Genossen, wird es meines Erachtens nie einfallen, sich in derartiger Weise den Lesern des „Vorwärts" aufzudrängen.

Albert Brückner, Brunnenstr. 97, Hof 3 Tr.

Vermischtes.

Mord. Görlitz, 13. Dezember. Eine Kindersrau Hartmann von hier wurde von unbekannter Hand ermordet; die Leiche wurde von dem Thäter oder den Helfershelfern gräulich verstümmelt und in den Hof des Gasthauses „Zur Stadt Berlin" geworfen. Von dem Mörder fehlt jede Spur.

Großfeuer. Danzig, 13. Dezember. Heute Nacht sind hier drei größtentheils mit Getreide gefüllte Speicher niedergebrannt. Ein Oberfeuermann fand in den Flammen den Tod. Mehrere Feuerleute wurden verletzt; zwei weitere werden noch vermißt.

Mörder. Posen, 13. Dezember. Nach einer Meldung der „Posener Zeitung" aus Wilhelmsbrück von heute wurde der Gastwirth Thomas Gruzki aus Donaborow durch den Distriktskommissarius Sutarski als Mörder des im Walde bei Jankow erschossenen Oberwachtmeisters der Gendarmerie Marschner ermittelt und gestern Abend verhaftet.

Schneesturm. Kopenhagen, 13. Dezember. Ein heftiger Schneesturm raste gestern Nacht und gestern Vormittag über Jütland. Die Bahnlinien Standerborg-Skjern und Herning-Silkeborg waren unfahrbar. Der Morgenzug von Tisted war in Thy im Schnee festgefahren und war am Mittag noch nicht freigemacht. Am Nachmittage war der Schneefall noch geringer.

Untergegangener Dreimaster. Calais, 11. Dezember. Laut hier eingegangener Drahtnachricht ist der französische Dreimastschuner Impératrice in der gestrigen Nacht bei Cascaes (westlich von Lissabon) untergegangen. Die Mannschaft wurde gerettet.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Nürnberg, 12. Dezember. Eine von verschiedenen Orten beschickte sozialistische Gesangvereins-Versammlung beschloß die Gründung eines bayerischen Gesangvereins-Bundes.

Wien, 13. Dezember. Eine hiesige Zeitung kündigt den baldigen Ausbruch eines Setzerstreiks an. Die Setzer verlangen neunstündige Arbeitszeit und einen Minimal-Wochenlohn von 26 Kronen inklusive der Theuerungszulage. Die Setzer erklären im Besitze genügender Geldmittel zur Durchführung des Kampfes zu sein.

Briefkasten der Redaktion.

E. J., Stuttgart. Wann die Veröffentlichung stattfindet, läßt sich noch nicht absehen. Die Arbeit ist eine sehr umfängliche. Den Abzug werden Sie erhalten, sobald wir das bearbeitete Material selbst haben.

H. K., Rostock. Senden Sie die Frage noch einmal ein.

F. D., Waldstraße. Ihre Angaben sind viel zu unbestimmt und zu wenig präzisirt, als daß wir ihnen näher treten könnten.

Briefkasten der Expedition.

O. S., hier. Ihre Inserate kosten 4 M. netto und bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages.

O. L., hier. Ihr Inserat kostet 4 M.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 293. Mittwoch, den 14. Dezember 1892. 9. Jahrg.

Gerichts-Zeitung.

Verstöße gegen die verschiedenen Polizeiverordnungen, welche neuerdings für den Schankbetrieb erlassen worden sind, beschäftigen jetzt fast täglich die hiesigen Schöffengerichte. So standen gestern die Schankwirthe L. und B. vor Gericht, ersterer, weil er unter Verletzung der Polizeiverordnung vom 27. Juli d. J. geduldet haben soll, daß in seinem Lokale eine Kellnerin neben einem Gaste saß, und weil er ohne Erlaubniß in seinem Lokale Singen gelassen hatte — letzterer, weil er trotz polizeilicher Aufforderung die vorschriftsmäßige Spülvorrichtung in seinem Lokale nicht angebracht und dadurch die Polizeiverordnung vom 11. April d. J. verletzt habe. Gegen die vom Polizeipräsidium erlassenen Strafverfügungen beantragte Rechtsanwalt Leopold Meyer die Freisprechung der beiden Angeklagten. Bezüglich des Angeklagten L. mußte der Belastungszeuge, welcher die Strafanzeige erstattet hatte, zugeben, daß der Angeklagte sich gar nicht in dem Zimmer aufgehalten hatte, in welchem die Kellnerin neben dem Gaste saß, die Möglichkeit also nicht ausgeschlossen blieb, daß der Angeklagte von dem Verhalten der Kellnerin keine Kenntniß hatte. Was das Singen im Lokale anlangt, so führte der Vertheidiger aus, daß hier § 458 der Strafprozeß-Ordnung zur Anwendung kommen müsse, welcher die Aufhebung der polizeilichen Strafverfügung ohne weiteres vorschreibe, wenn die Polizeibehörde zum Erlaß der Strafverfügung gar nicht befugt war. Nach dem Gesetz vom 23. April 1883 dürfe die Polizeibehörde nur Strafverfügungen wegen „Uebertretungen“ erlassen. Da nun aber das Reichs-Strafgesetzbuch im § 1 unter einer Uebertretung nur eine mit Geldstrafe bis zu 150 M. bedrohte Handlung versteht, das Singen ohne vorgeschriebene Konzession jedoch im § 147 der Gewerbe-Ordnung mit Geldstrafe bis zu 300 M. bedroht ist, so war das Polizeipräsidium zum Erlaß der angefochtenen Verfügung nicht zuständig. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung des L. — Bezüglich des Angeklagten B. nahm das Gericht mit dem Vertheidiger an, daß der Angeklagte bei dem nicht ganz klaren Wortlaut der Polizeiverordnung vom 11. April d. J. der irrthümlichen Ansicht gewesen sei, er könne die vorgeschriebene Spülvorrichtung nur im Anschluß an die vorhandene Kanalisation anbringen, während ihm sein Hauswirth zugegebenermaßen diesen Anschluß ausdrücklich verboten hatte. Da dieser Irrthum kein Rechtsirrthum, sondern ein thatsächlicher Irrthum ist, welcher nach ausdrücklicher Vorschrift des Strafgesetzbuches die Strafbarkeit ausschließt, so erkannte der Gerichtshof auch in diesem Falle auf Freisprechung.

Frau Valesca Töpfer, jenes spiritistische Medium, welches die hiesige Spiritisten-Gemeinde in so hochgradige Verzückung zu setzen verstand, wird am 10. Februar vor der fünften Strafkammer hiesigen Landgerichts zu erscheinen haben. Frau Töpfer, welcher s. Z. von Herrn Dr. Egbert Müller und anderen hervorragenden Spiritisten Lorbeerkränze gewunden wurden, ist, wie erinnerlich sein wird, vom hiesigen Schöffengericht zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt worden, weil der Gerichtshof die telephonische Verbindung, welche das berühmte Medium mit der Geisterwelt herstellte, für einen höchst verwerflichen Betrug hielt. Frau Töpfer ist damals, trotz der exorbitant hohen Strafe — der Staatsanwalt hatte nur sechs Monate Gefängniß beantragt — nicht in Haft genommen, inzwischen ist sie aber sehr sorgfältig auf ihren Geisteszustand untersucht worden. Die Untersuchung hat ein negatives Ergebniß gehabt und so wird sich denn die mit der vierten Dimension so vertraute Dame fast ein Jahr nach ihrer Verurtheilung der Kritik des Berufungsrichters zu unterwerfen haben.

Einen überraschenden Ausgang nahm die Verhandlung, welche kürzlich vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter dem Vorsitze des Landgerichtsraths Hirschfeld stattfand. Der 22jährige Steinmetz Ernst Franke war der schweren Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange beschuldigt. Der Sachverhalt war ein äußerst einfacher. Der Angeklagte war am 10. Sept. mit einer Anzahl Kollegen bei der Uferregulirung am alten Dom beschäftigt. Der Steinmetz Ellen hatte den Angeklagten längere Zeit durch Sticheleien und Beleidigungen belästigt und als Franke diese endlich erwiderte, kam es zwischen ihnen zu Thätlichkeiten. Sie rangen miteinander und fielen beide zu Boden. Nachdem sie sich wieder erhoben, ging Ellen mit erhobener Faust auf seinen Gegner los, dieser kam ihm aber zuvor, er versetzte ihm einen Schlag gegen den Kopf mit einem schweren Steinmetzklöppel. Der Getroffene sank zu Boden, er hatte einen Schädelbruch erlitten, an dem er bald darauf verstorben ist. Der Staatsanwalt hielt es für zweifellos, daß die Geschworenen den Angeklagten schuldig sprechen würden, stellte aber anheim, ihm mildernde Umstände zu bewilligen. Der Vertheidiger führte dagegen aus, daß der Angeklagte sich im Zustande der Nothwehr befunden habe, und wenn er hierbei die Grenzen überschritten habe, so sei dies in Bestürzung, Furcht oder Schrecken geschehen, wodurch der Angeklagte straflos werde. Nach längerer Berathung verneinten die Geschworenen die Schuldfragen, sodaß ein freisprechendes Urtheil erfolgen mußte.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Lithographen, Steindrucker und Präger! Der wegen Lohnabzug ausgebrochene Streik der Präger in der Luxuspapierfabrik von C. Hellriegel, Berlin, Rochstr. 5, dauert fort. Wir bitten, diese Firma zu meiden und bis auf weiteres jeden Zuzug streng fernzuhalten.

Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen, in der Unterstützung (Listenzeichnen) nicht nachzulassen, da noch nicht alle Streikenden untergebracht sind.

Die Streikkommission.

Die Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer, Anstreicher und verwandter Berufsgenossen hatte im zweiten Quartal 87 Filialen und 4767 Mitglieder. Bei sieben Filialen fehlt die Angabe der Mitgliederzahl. Das Vermögen des Vereins hat sich im zweiten Quartal um 7276,28 Mark vermehrt.

Zum Fürther Bierboykott veröffentlicht die „Fränkische Tagespost“ folgende Zuschrift eines Gastwirths: „Zum zweiten Male in diesem Jahre haben wir hier einen Bierboykott, der mit empfindlichen Verlusten für die Wirthe verknüpft ist. Gegen solche Ereignisse müssen wir uns unter allen Umständen schützen, denn durch den Boykott wird die Existenz vieler Gastwirthe geradezu in Frage gestellt. Wir stehen in den meisten Fällen zwischen Thür und Angel; auf der einen Seite haben wir unsere Gäste, wovon der weitaus größte Theil Arbeiter sind, die das Bier der boykottirten Brauerei nicht trinken, andererseits sind wir durch Verträge an den Brauereibesitzer gebunden, der uns beim Wechsel des Bieres einfach herausschmeißt. Das kann nicht so bleiben, wir müssen unsere Existenz sicher stellen. Vor allen Dingen müßte in die Verträge, die wir mit den Brauern abschließen, ein Passus aufgenommen werden, welcher uns gestattet, falls über eine Brauerei der Boykott verhängt wird, anderes Bier zu verschänken. Wir können nicht untersuchen, wer in diesen Streitigkeiten Recht hat, wir können es nicht verderben mit unseren Gästen, sonst machen wir nach dem Boykott auch kein Geschäft mehr. Aber das können uns die Brauereibesitzer nicht zumuthen, daß wir Haare lassen, wenn sie gerauft werden sollen. Meines Erachtens wäre die Innung verpflichtet, diese Frage energisch in die Hand zu nehmen.“

Ueber den Streik der Spinner in Süd-Lancaster, der jetzt 5 Wochen währt, schreibt die Londoner „Allg. Korresp.“, daß er jetzt auch auf die Weberei seinen Einfluß geltend mache. „Vor einem Monat, als der Streik begann, war viel Garn vorräthig. Allmälig ist es aber aufgebraucht worden, und es steht jetzt hoch im Preise. Viele Webereien haben die Arbeitszeit abgekürzt. Meistens wird nur von Tagesanbruch bis Sonnenuntergang gearbeitet. Die Mitglieder der Assoziation der Baumwollspinner und -Weber von Nord- und Nordost-Lancashire sind zu einer Konferenz mit einer Deputation der Föderation der Baumwollspinnerei-Besitzer eingeladen worden. Die Konferenz soll den Zweck haben, die Spinnereien von Nord-Lancashire zu veranlassen, die Arbeitszeit ihrer Arbeiter zu kürzen, um dadurch die Möglichkeit auszuschließen, daß sie die Werkleute in Süd-Lancashire in ihrem Kampf mit den Fabrikanten unterstützen.“ (Diese Konferenz hat inzwischen stattgefunden. Die Fabrikanten erklärten sich, wie den Zeitungen mitgetheilt wurde, dafür, daß wöchentlich nur drei Tage gearbeitet werde. Die Vereine der Arbeiter sollen sich dazu äußern. Red. des „Vorwärts“.) Nach einer eigenen Mittheilung der „Vossischen Zeitung“ sind an wirklichen Spinnern 7000 Mann ausständig, von welchen 95 pCt. der Gewerkschaft angehören. Diese organisirten Spinner verbrauchen wöchentlich 220 000 M. Ausstandsgelder, sie erhielten aber von ihren arbeitenden Kollegen nur 59 000 Mark wöchentliche Unterstützung, so daß die Ausstandskasse bereits erschöpft sei und ein Aufruf an alle Gewerkvereine um Hilfe hätte erlassen werden müssen. Die Weber von Blackpool haben einstweilen 80 000 Mark geliehen. Die Nichtverbands-Mitglieder erhalten angeblich keine Unterstützung. „Jeder ausständige Spinner nimmt gleichzeitig 5 bis 6 Hilfsarbeitern die Arbeit, wodurch die Gesammtzahl der Ausständigen auf etwa 50 000 steigt.“ Unter diesen Hilfsarbeitern herrscht nach der „Vossischen Zeitung“ angeblich schon entsetzliche Noth, die durch Kälte und tiefen Schnee um so fühlbarer gemacht wird. Der Gewerkverein dieser Hilfsarbeiter ist 1885 gegründet worden. Von seinen 35 000 Mitgliedern feiern gegenwärtig 13 000, weitere 10 000 arbeiten halbe Zeit, und die übrigen 12 000 bringen von ihrem 16 bis 17 Mark betragenden Wochenlohn wöchentlich je eine Mark auf. Die organisirten Hilfsarbeiter haben bisher nur 44 000 Mark Unterstützungsgelder in vier Wochen erhalten. Etwa 30 000 Hilfsarbeiter, meist Frauen und Kinder, die dem Gewerkverein nicht angehören, leben schon seit geraumer Zeit ausschließlich von der öffentlichen Mildthätigkeit. Die Noth in diesen Kreisen spottet jeder Beschreibung. Bandenweise durchziehen Frauen und Kinder die benachbarten Grafschaften und betteln sich ihr tägliches Brot zusammen. Der Verlust der Arbeiter an Arbeitslohn seit dem Beginn des Streiks mit den Arbeitgebern übersteigt bereits 2½ Millionen Mark um ein beträchtliches. Dabei erklären die Spinner den Ausstand mit Hilfe der Unterstützungen von anderen Gewerkvereinen bis in das nächste Jahr hineinziehen zu wollen. Was inzwischen aus den Hilfsarbeitern werden soll, verräth ihr Führer Mawsdley nicht. Nach dem heutigen Stand erscheint das endliche Unterliegen der Arbeiter als wahrscheinlich. — Diese Meldung der „Voss. Ztg.“ ist natürlich vom kapitalistischen Standpunkte aus redigirt. Immerhin muß im Streikgebiete große Noth herrschen. Die „Allg Korresp.“ berichtet darüber: Im Distrikt Oldham haben sich die Behörden entschlossen, „mit Eintreibung der Lokalabgaben bei den durch den Streik Brotlosen zu warten, bis der Ausstand vorüber ist. Der Armenpfleger in Oldham sieht sich zu erhöhten Ausgaben veranlaßt, weil sehr viele Unterstützung nachsuchen. Die dazu gebrauchten Gelder haben einen solchen Betrag erreicht, daß das Ministerium der Lokalverwaltung Aufklärung verlangte und den Bescheid erhielt, daß die Arbeitssperre die Schuld trage. Mawsdley, der Sekretär des Spinnervereins, erklärte jüngst, daß seiner Ansicht nach die Krisis im Kampfe nicht vor Ende Januar erreicht werden wird. Vor Februar werden die Vorräthe erschöpft und die Garnpreise bedeutend gestiegen sein. Dann werden sich die Spinner und die Fabrikanten fragen müssen, ob sie die Fabriken brach liegen lassen können. Mawsdley behauptet zuversichtlich, daß sein Verein seine jetzige Haltung bis Ostern aufrecht erhalten könne. Die Lage der Arbeiter, die keinem Gewerkverein angehören, ist jedoch sehr schlecht. Ihre Zahl wird auf etwa 20 000 geschätzt. In Heywood ist auch infolge des Streiks große Noth. Mehrere Tausend Arbeiter sind dort zeitweilig ohne Beschäftigung. Nur ein Drittel derselben ist mit Gewerkvereinen verbunden. Der Rest hat keine Unterstützung erhalten. Die Nichtunionisten sollen den Wunsch hegen, zu den Bedingungen der Fabrikanten die Arbeit wieder aufzunehmen.“ In England scheint, nach derselben Quelle, überhaupt wieder eine Periode der Streiks zu beginnen. Das wird erklärlich, wenn man hört, daß es sich meist um Vertheidigungsstreiks handelt. So berichtet die erwähnte Korrespondenz: Abgesehen von der Arbeitssperre im Gewerbe der Eisenplatten, ist ein Streik in der Industrie der Hammerwerke eingetreten. Die Fabrikanten suchen nämlich eine Revision der Wägemethode zu erwirken, die eine Lohnermäßigung von 5 pCt. involvirt. Die Arbeiter waren zu einem Zugeständniß bereit, welches einer Lohnherabsetzung von 2½ pCt. gleichkam. Dieses Angebot wurde von den „Brotherren“ abgelehnt, und die Arbeiter werden daher nächsten Sonnabend die Arbeit einstellen. Ein ernster Streik im Bergwerk wird im Frühjahre befürchtet. — Bei letzterem Streik wird es sich wohl auch um Wiedererlangung früherer, besserer Arbeitsverhältnisse handeln.

Versammlungen.

Ein Betriebsarbeiter-Versammlung der Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend, in der die Arbeitseintheilung und die Gerüchte über die Genossenschafts-Bäckerei zur Besprechung standen, tagte am 4. Dezember. Der erste Punkt wurde zwischen der Geschäftsleitung und den Arbeitern zu beiderseitiger Befriedigung erledigt. Im zweiten Punkt wurde durch die Arbeiter selbst festgestellt, daß alle Gerüchte und Verleumdungen, welche über die Genossenschafts-Bäckerei verbreitet werden, nur das Machwerk einiger Personen sind, welche aus persönlichem Haß gegen die Geschäftsleiter Unwahrheiten verbreiten, um dieselben und das Institut zu diskreditiren. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Arbeiter der Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend erklären, daß die von einzelnen Personen in Umlauf gebrachten Gerüchte über schlechtes Material, welches angeblich in der Bäckerei verarbeitet sein soll, und über sonstige Mißstände, nur auf Verleumdung und bösen Willen zurückzuführen sind. Es wird jedem Arbeiter zur Pflicht gemacht, sobald sich Mißstände im Betriebe zeigen, dieses der Geschäftsleitung oder dem Aufsichtsrath behufs Abhilfe zu unterbreiten. Wir erklären ferner, daß unser ganzes Bestreben in Zukunft darauf gerichtet sein wird, den Konsumenten in jeder Beziehung stets ein gutes Brot zu liefern und bitten die Arbeiter Berlins, dem Institut ihr volles Vertrauen entgegen zu bringen.

Der Arbeiter-Ausschuß
der Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend.

Unter Verschiedenem wurde ein Antrag angenommen, der Parteikasse aus der alten Unterstützungskasse 35 Mark zu bewilligen.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute nahm in ihrer letzten Versammlung einen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wurm über „Kapital und Arbeit“ entgegen. Derselbe führte aus, daß nur dem Unerfahrenen der soziale Kampf als ein persönlicher Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern erscheinen könne, in Wahrheit aber stünden sich in demselben die Klassen gegenüber. Fälschlich stelle die bürgerliche Oekonomie die Interessen der Arbeitgeber und -Nehmer als gemeinsam dar. In dieser Beziehung gäbe es auch keinen Unterschied zwischen dem Kopf- und dem Handarbeiter, beide litten unter einem gleich schweren Drucke des Kapitals, denn die ökonomische Abhängigkeit habe bei beiden auch die moralische und geistige Abhängigkeit zur Folge; der Arbeiter habe dem Kapitalisten nicht nur seine Arbeitskraft verkauft, sondern er sei ihm, wie Marx sich ausdrückte, mit Leib und Seele überantwortet. Der Redner schilderte weiter die Nachtheile des heutigen Wirthschaftssystems, bei denen Freizügigkeit die Freiheit und das Recht bedeute, zu verhungern, wo man gerade hingezogen sei. Eine Folge der großen Reserve-Armee unter den Kaufleuten sei es auch, daß in den Arbeitskolonien des Pastor Bodelschwingh in Hannover und Westfalen 50 pCt. der als Stromer Aufgelesenen dem Kaufmannsberufe entstamme. Ein Recht gäbe es nicht, das den Einzelnen gegen solche Zustände schütze, denn das Recht sei stets der Ausdruck der wirthschaftlichen Machtverhältnisse. Daher sei es nothwendig, daß man sich zusammenschließe, denn die Organisationen der wirthschaftlich Schwachen würde den letzten Schritt zur Besserung zu thun haben. Nicht das Kapital würden wir dann abschaffen, sondern den Schaden, den es anrichtet.

In der Diskussion, welche auf den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte, wies Borchardt an Vorgängen des letzten Jahres aus der Berliner Geschäftswelt nach, daß es ein Risiko nicht nur auf Seiten des Kapitals, sondern in noch viel fühlbarerem Maße bei den Gehilfen gäbe. Reg. Wurm machte auf den Zwiespalt aufmerksam, den der Glaube an eine baldige Selbständigkeit im Kaufmann hervorrufe, und charakterisirte den Köder der Gehaltszulage, durch welche die Prinzipale ein Solidaritätsbewußtsein bei den Gehilfen zu hintertreiben wüßten, als eine Art Unteroffizierprämie. Reichstags-Abgeordneter Stadthagen wies auf die Nothwendigkeit der Bekämpfung des Kaufmannsdünkels hin. Bei der Agitation sei besonders der Klassenkampf-Charakter und die ökonomische Entwickelung hervorzuheben, und eine der wichtigsten Aufgaben sei, die Aufklärung unter die Frauen zu tragen. Nachdem noch die Kollegen Kannengießer und Hitze gesprochen hatten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In der Versammlung des Verbandes der Geschäftsdiener, Packer und Berufsgenossen, die am 6. d. M. stattfand, hielt Herr Dr. Weyl einen Vortrag über die „sanitären Zustände Berlins“. Nachdem der Referent, bezugnehmend auf die diesjährige Cholera-Epidemie, unsere sanitären Einrichtungen sowie die Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse einer eingehenden Kritik unterzogen hatte, kam er auf die Wirksamkeit der Berliner Arbeiter-Sanitätskommission zu sprechen, die Versammelten zur Unterstützung derselben auffordernd. Der sehr lehrreiche Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Nach einer kurzen Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach sich die Kollegen mit den Ausführungen des Referenten und der Thätigkeit der Arbeiter-Sanitätskommission vollständig einverstanden erklärten und sich verpflichteten, obige Kommission nach jeder Hinsicht zu unterstützen und derselben alle ihnen zu Ohren kommenden gesundheitsschädlichen Vorkommnisse sofort zu melden. Außerdem wurden der Kommission seitens der Versammlung 15 M. aus der Verbandskasse bewilligt. Sodann theilte Kollege Grauer der Versammlung mit, daß es gelungen sei, den Magistrat zu bewegen, die Frist zur Einzeichnung in die Wählerlisten zur Gewerbegerichts-Wahl bis zum 11. d. M. inkl. zu verlängern. Im Anschluß hieran erläuterte er noch einmal die Bedeutung der Gewerbegerichte und forderte die Kollegen auf, noch recht rege für die Einzeichnung in die Wählerlisten zu agitiren. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Die in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hörten kürzlich einen Vortrag des Frl. Baader über das Wesen der Hausindustrie. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner im Sinne der Referentin aus. Bei dem Punkt „Gewerkschaftliches“ führte Kollege Hübner an, daß in der Westmann'schen Mützenfabrik vier verheirathete Kollegen auf Veranlassung des Werkführers Herrn Kreuzberg entlassen worden seien, weil sie sich einen Lohnabzug nicht hätten gefallen lassen wollen. Herr Kreuzberg suchte sich gegenüber den ihm gemachten Vorwürfen zu rechtfertigen, gab aber schließlich zu, daß er die Veranlassung zu der Entlassung gegeben habe. Nachdem noch mehrere Redner die Zustände in genannter Fabrik geschildert hatten, gab Kollege Rogge Bericht über die Streik-Kontrollkommission und legte der Versammlung ans Herz, auf den Listen besser als bisher zu zeichnen, damit die Kürschner nicht hinter anderen Gewerkschaften zurückstehen blieben. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Literarisches.

1. Lehrstühle für die Naturheilkunde! Ein Mahnruf von S. G. A., Hagen i. W. Herm. Risel. 0,50 M.

2. Die Cholera, unser Bürgerthum und die Sozialdemokratie. Leipzig. E. Thiele 0,20 M.

3. Anleitung zur Verminderung der Arzneikosten bei den Krankenkassen. Von Dr. med. F. Landmann, Arzt in Barmen. Selbstverlag 1 M.

Die obigen Broschüren machen für die „Naturheilkunde“ Propaganda. Die erste stellt mit anerkennenswerther Gewissenhaftigkeit alles zusammen, was nur je in Poesie und Prosa, in Ernst und Satire gegen „Zunftmedizin“ und Aerzte geschrieben und gesprochen worden ist, polemisirt gegen den jetzigen Bildungsgang der Mediziner und die Beschränkung der Lehr- und Lernfreiheit auf den Universitäten und fordert Gleichberechtigung für

die Vertreter der „Naturheilkunde" in der Besetzung der Lehrstühle, — um die Leiden des Volkes zu heilen und das Leben der Menschen zu verlängern!! So gern ich, wie wohl jeder Sozialdemokrat, diese Forderung zu unterstützen bereit bin, so sehr bin ich doch gegenüber den Fanatikern der alleinseligmachenden „Naturheilkunde" der ketzerischen Ansicht, daß auch diese „Erlöser der darbenden Menschheit" zu viel versprechen.

Die Cholera-Broschüre hat positiven Werth. Nicht, daß sich der Verfasser vor Uebertreibungen hütet — etwas mehr Bescheidenheit und etwas mehr Wissen würde ganz gewiß nicht schaden — aber doch ist das Geschick anzuerkennen, mit dem er die Auswüchse der Cholerafurcht und Choleramaßregeln geißelt, Vorschriften der persönlichen Gesundheitspflege giebt und daneben die große Bedeutung der öffentlichen Hygiene würdigt. Er weiß und spricht es aus, daß auch die strengste Befolgung der naturgemäßen Lebensweise die Gläubigen heutzutage nicht vor Erkrankung und vorzeitigem Tod schützt, daß nur der Sozialismus gründliche Heilung bringt. Gerade darin aber, daß ein Theil seiner Gesinnungsgenossen noch nicht zu dieser Erkenntniß durchgedrungen ist, sondern in dem „Evangelium vom nassen Strumpf" das Allheilmittel zur Lösung der sozialen Frage gefunden zu haben glaubt oder glauben machen will, liegt, meine ich, die Erklärung dafür, daß der „Vorwärts", den der Verfasser heftig deswegen angreift, die etwas zu selbstbewußten Herren bisweilen etwas komisch nimmt. Die Ursachen für Gesundheitsschädigungen der Arbeiter liegen eben doch etwas tiefer, auch sie beruhen in den Klassengegensätzen. Naturgemäßes Leben den Arbeitern predigen, ist gewiß recht verdienstvoll, nur schade, daß dieselben den wohlgemeinten Rath auch beim besten Willen kaum befolgen können.

Der Sozialismus steht den Ideologen der Naturheilkunde ähnlich gegenüber, wie den Gläubigen des Freidenkerthums, den Friedensaposteln, Eidhikern und andern Heiligen. Er erkennt bereitwilligst die gute Absicht an diesen Bewegungen an und überläßt es den Parteigenossen, sich mehr oder weniger für die eine oder andere zu erklären, nur dann und insoweit macht er energisch Front gegen sie, wenn dieselben die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit verkennen und bewußt oder unbewußt darauf hinauslaufen, die Klassengegensätze zu verwischen. Die Arbeiter dürfen im Kampf um diese doch eigentlich recht nebensächlichen Dinge das eigentliche Ziel, die Erreichung der sozialistischen Gesellschaft, die alle anderen „Fragen" mit einem Schlage löst, nicht außer Augen lassen, ihre Energie nicht zersplittern.

Der Verfasser der 3. Broschüre, der, wie alle denkenden Aerzte der Gegenwart, kein Dogmengläubiger ist und weiß, wie wenig Krankheiten durch Medizin geheilt werden, wendet sich an die Kassen mit einer Reihe beherzigenswerther Vorschläge, die vielleicht nicht immer einwandfrei sind. Er weist nach, wie viel dieselben bei den Arzneikosten sparen könnten. Eine andere Broschüre „über Ursprung, Wesen und Heilung von Krankheiten", zur „Verbreitung vernunftgemäßer Anschauungen unter den Kassenmitgliedern" geeignet, stellt er bei genügender Nachfrage in Aussicht. Beide Anregungen dürften den Kassen willkommen sein.

Z.

Unser in diesem Jahr bedeutend vergrössertes Lager

Damen-Kleiderstoffe

stellen wir für den Weihnachtsbedarf zu enorm billigen Preisen

zum vollständigen Ausverkauf.

Eine grosse Partie Hauskleiderstoffe, das Kleid 2 M., 2 M. 50 Pf. und 3 M. Eine grosse Partie Morgen- und Hauskleiderstoffe in soliden Qualitäten, das Kleid 3 M. 50 Pf., 4 M. und 5 M. Eine grosse Partie sehr dauerhafter, englischer Kleiderstoffe, die Robe 5 M. und 6 M. Eine grosse Partie einfarbiger und schwarzer Woll-Roben, nur solide Qualitäten, die Robe 6 M. und 7 M. 50 Pf. Eine grosse Partie kleinere Reste zu Blousen, Kinderkleidern etc. etc., bedeutend unter dem Einkaufspreise. Reinwollene Loden-Beige, doppeltbreit, die Robe 6 M. Reinwollen Loden-Cheviot, in vielen mittleren Melangen, doppeltbreit, die Robe 7 M. 50 Pf. und 8 M. Reinwollen Cheviot-Croisé, neue Melangen, sehr empfehlenswerthes Strassenkleid, die Robe 9 M. Eine grosse Auswahl reinwollener, englischer karirter, gestreifter und noppirter Stoffe, für Strassenkleider, die Robe 9 M. Eine grosse Auswahl Popeline- und Diagonal-Changeant, elegantes Strassenkleid. Effektvolle Gewebe mit schillerndem Effekt, die Robe 10 M. **Schwarze, reinseidene Stoffe in Köper-Merveilleux** und **Crepp-Merveilleux, das Meter 1 M. 50 Pf., 2 M.** und **2 M. 50 Pf.**

Ball- und **Gesellschaftsstoffe,** nur Neuheiten. Lichtfarbige, glatte Crepps mit hocheleganten, damassirten Seidenstreifen, doppeltbreit, Mtr. 1 M., 1 M. 25 Pf. und 1 M. 50 Pf. Lichtfarbige, glatte Crepps, Cheviots, Cachemires und Foulés, doppeltbreit, reine Wolle, Meter 75 Pf., 1 M., 1 M. 25 Pf. **Auffallend billig!** Eine gr. Partie schwarze Stoffe, doppeltbreit, reine Wolle, Mtr. 85 Pf. Eine grosse Partie schwarze Phantasie-Stoffe, gestreift und geblümt, doppeltbreit, reine Wolle, Mtr. 1 M., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf. 3407L

Fertige Kleider. Elegante, farbige Kleider, 20 M. und 25 M. Schwarze Kleider 25 M., 30 M., 35 M. Schwarze und farbige seidene Kleider, 50 M. und 60 M. Einzelne Röcke 10 M., 12 M., 15 M.

Morgenröcke in grosser Auswahl 5, 6, 8 und 10 Mark.

Jetzt nach beendeter Engros-Saison verkaufen wir in unserer neu und grossartig errichteten

Damen-Mäntel-Fabrik

die noch grossen Vorräthe sehr viel billiger.

Eine grosse Auswahl Stoff-Jaquets, diesjährige neue Façons, 6 M., 8 M., 9 M. und 10 M. Lange Plüsch-Jaquets in Wolle und Seide, 15 M., 20 M., 25 M. Capes 15 M., 20 M. Lange Winter-Pelerinen-Mäntel 15 M., 20 M. Lange, wattirte Paletots 20 M., 25 M., wattirte Räder u. Abend-Mäntel, lose und anschliessend, 10 M., 15 M., 20 M. Plüsch-Capes 30 M., 40 M., früher 100 M. Ein grosser Posten Regenmäntel mit abzunehmender Pelerine, 10 M., 15 M., bisher das Doppelte.

Sielmann & Rosenberg, Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Sämmtliche bei uns gekauften Kleiderstoffe werden in sehr elegantem Karton mit dazu passendem Modebild kostenlos verpackt.

Berliner Streik-Kontrollkommission.

Freitag, den 16. Dezember, Abends 8½ Uhr **präzise:**

Oeffentliche Versammlung der Delegirten

bei **Deigmüller,** Alte Jakobstraße Nr. 48a.

Tages-Ordnung: 273/14

1. Die Genossenschaftsbäckerei. 2. Der Brauerei-Boykott Evora u. Meyer. 3. Die zur Zeit stattfindenden Streiks. 4. Die Gewerbegerichts-Wahlen.

Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht sämmtlicher Delegirten, pünktlich zu erscheinen.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.

J. A.: **Hermann Faber,** SO., Grünauerstr. 4, Hof I.

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe

Berlins und Umgegend.

Am Freitag, den 16. Dezember, Nachmittags 5 Uhr, im Lokal des Kollegen Pyritz, Gipsstraße 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag und Diskussion. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 162/3

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Verein für Schöneberg und Umgegend.

Donnerstag, den 15. Dezember, Abends 8½ Uhr, in der Schloss-Brauerei:

Vereins-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Friedländer** über die Arbeiter-Sanitätskommission und deren Aufgaben. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 108/3

Gäste haben Zutritt. Die Mitglieder, welche im Besitz von Büchern aus der Vereinsbibliothek sind, werden ersucht, dieselben bis Neujahr zurückzugeben, weil ein genaues Verzeichniß derselben gedruckt werden soll.

J. A.: **Der Vorstand.**

Achtung! Genossen Achtung!

aus den Kreisen Wittenberg, Torgau u. s. w.

Am Donnerstag, den 15. Dezember, Abends 8½ Uhr, im Garten-Lokal Neue Grünstraße 14:

Oeffentliche Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vertrauensmannes und der Revisoren. 2. Neuwahl eines Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 388/3

Der Vertrauensmann: Otto Grosse.

Achtung! Gruppe 5 zu den Gewerbegerichts-Wahlen!

Große öffentliche Versammlung

der Tischler, Klavierarbeiter, Drechsler, Polirer am Donnerstag, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Joel, Andreasstraße Nr. 21.

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Gewerbegerichts-Wahlen. 2. Diskussion. 3. Wahl der Ersatzmänner zu derselben. 4. Wahl eines Mitgliedes zur Streik-Kontrollkommission. 319/1

Der Vertrauensmann.

Zu Gunsten der gemaßregelten Pferdebahn-Bediensteten

findet **am Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8½ Uhr,** in den **Concordia-Festsälen,** Andreasstraße 64, eine

Abendunterhaltung

mit Tanz und Darstellung lebender Bilder

statt. — Da die Polizei die Tanzerlaubniß nicht bewilligte, so haben sämmtliche Billets, welche auf Montag, den 11. Dezember, lauten, zu Sonnabend, den 17. Dezember, **Giltigkeit.** In Anbetracht des guten Zweckes ersuchen wir die Genossen, sich recht zahlreich daran zu betheiligen.

Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

273/15 Der Veranstalter: **H. Faber.**

Die älteste **Goldwaaren-** und **Trauring-Fabrik** im **Norden,**

gegründet 1850, befindet sich immer noch **Brunnenstr. 157,** parterre (am Rosenthaler Thor).

Wegen Ersparung der hohen Ladenmiethe verkaufe ich zu außergewöhnlich billigen, aber festen Preisen 34 52

Gold-, Silber- u. Alfenidewaaren, Corallen-, Granaten-, Simili-Schmuck,

massiv gold. Ketten mit gesetzlichem Stempel, doublé, silberne u. Talmiketten.

Reichhaltigste Auswahl in jedem Artikel.

Uhren zu Fabrikpreisen. Sämmtliche Reparaturen gut u. sehr billig.

Streng reelle Bedienung. Pferdebahn wird vergütet. **C. Lützow,** Goldschmiede-Meister.

Erklärung und Warnung.

gegen gleichnamige Konkurrenz.

Prachtvolle Steppdecken bekanntlich billiger als in jedem Laden in **Tessmer's Steppdecken-Fabrik**

nach wie vor **Blumenstr. 62, I,** nahe Markusstr.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in **Mahagoni** u. **Nußbaum; Küchenmöbel** empfiehlt; **Preislisten** auf Wunsch franco.

Franz Tutzauer, Berlin S.O., Köpnickerstr. 25.

Carl Scholz, Wrangelstraße 32,

empfiehlt den Genossen als passendes **Weihnachtsgeschenk Lassalle, Marx** in sauberster Ausführung zu soliden Preisen. Ferner: Sozialistische Sinnsprüche, auch zum Selbststicken, Büsten von Lassalle und Marx, sozialdemokratische Gratulationskarten. Kabinet- und Visites-Bilder in großer Auswahl. Nach auswärts brieflich gegen Nachnahme. 3857L.

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Oranienstr. 53 (Moritzplatz)

Sprechst. 8—1, 3—5. Poliklinik f. Unbemitt. 1—3, 5—6. Künstl. Zähne 2 M.

Nirgends Uhren

Goldwaaren, sämmtliche optischen Sachen, wie Pincenez,

Operngläser

in nur besten Qualitäten

so billig,

als bei **L. Schulz, Uhrenfabrik** 3424L. **11 Markusstr. 11.**

Elegante Herren-Anzüge, Paletots,

sowie Damenkleider nur nach Maass, billigst, auch gegen Theilzahlung. 3419L.

Oranienstr. 126, I.

Landwolle,

reine Schaafwolle, garantirt nicht einlaufend, sehr empfehlenswerth gegen Schweißfüße. Schock 25 Pf. 3094L.

Alleinverkauf Wrangelstr. 119 und **Falckensteinstr. 8.**

Richard Stock.

Strümpfe jeder Art werden angestrickt.

Gratis Sprechstunde Montag u. Donnerstag 12—1.

Allen angeblich unheilbar Kranken bestens empfohlen. **Naturheilbad Reform, Dessauerstr. 31.**

Falckenstein-Straße 41. Clubhaus „Süd-Ost" **Falckenstein-Straße 41.** 3094L.

Geöffnet bis 12 Uhr Nachts.

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal v. C. Trittelwitz.

2 Vereinszimmer mit Piano. Fr. Billard. 2 Winter-Kegelbahnen.

Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit zu soliden Preisen.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstraße 2.

Soeben erschien:

Heft 32

(Schlußheft des 2. Bandes)

der

Reden und Schriften Ferd. Lassalle's

(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungsspediteure und Kolporteure entgegen.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.